

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Thomas Schmid

Zwischen oder auf den Tankern?

Der schwierige Weg der GRÜNEN in die Reformpolitik

Helmut Fogt

Die Mandatsträger der GRÜNEN

Zur sozialen und politischen Herkunft
der alternativen Parteilite

Peter Radunski

Wahlkampf in den achtziger Jahren

Repolitisierung der Wahlkampfführung und neue Techniken
in den Wahlkämpfen der westlichen Demokratien

B 11/86
15. März 1986

Thomas Schmid, geb. 1945; freiberuflicher Lektor und Essayist.

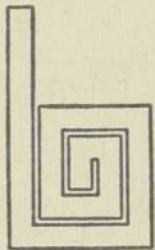
Veröffentlichungen u. a.: Reformpolitik in fundamentaler Absicht. Über den Wiederaufstieg der GRÜNEN, in: Kommune, (1985) 6, S. 40ff.; (Hrsg.) Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen, Berlin 1984; (Hrsg.) Das Ende der starren Zeit, Berlin 1985; (Hrsg.) Das pfeifende Schwein. Über weitergehende Interessen der Linken, Berlin 1985.

Helmut Fogt, Dr. rer. pol., M. A., geb. 1952; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Philosophie und Geschichte an der Universität München; von 1981 bis 1984 Wiss. Assistent am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg; seit 1984 Wiss. Angestellter beim Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin bei Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell, Opladen 1982; Basisdemokratie oder Herrschaft der Aktivisten?, in: Politische Vierteljahresschrift, (1984) 1; (zusammen mit Pavel Uttitz) Die Wähler der Grünen 1980—1983. Systemkritischer neuer Mittelstand?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1984) 2; neben anderen Beiträgen zur Partei der GRÜNEN Veröffentlichungen zur Jugendforschung und zur Geschichte der Soziologie.

Peter Radunski, Dipl.-Ing., geb. 1939; Studium der Rechtswissenschaft, Geschichte, Romanistik und Politischen Wissenschaft in Berlin, Bonn und Straßburg; 1967 Bundesgeschäftsführer des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS); 1967—1969 wiss. Mitarbeiter, dann stellvertretender Institutsleiter des Wissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung (WIKAS); Wahlkampfmanager der CDU-Hessen im Landtagswahlkampf 1970; 1973—1981 Leiter der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, in dieser Funktion verantwortlich für die Bundestagswahlkämpfe 1976 und 1980 sowie für den Europa-Wahlkampf 1979; seit 1981 Bundesgeschäftsführer der CDU.

Veröffentlichungen u. a.: Wahlkampfentscheidung im Fernsehen, in: Wolfgang R. Langenbucher (Hrsg.), Politik und Kommunikation, München 1979; Wahlkämpfe — Moderne Wahlkampf-führung als politische Kommunikation, München — Wien 1980; Wahlkampfstrategien '80 in den USA und der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/81; Der Bundestagswahlkampf der CDU 1983, in: CIVIS, (1983) 4.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46040, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Zwischen oder auf den Tankern?

Der schwierige Weg der GRÜNEN in die Reformpolitik

Ein knappes Jahr vor der Bundestagswahl 1987 ist es trotz ihres erfolgreichen Abschneidens bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein fraglich, ob DIE GRÜNEN bei dieser die Fünf-Prozent-Hürde nehmen werden. Dabei schienen ihnen vor noch nicht zwei Jahren die Wählerstimmen nur so zuzufiegen; (fast) jede Landtags- oder Kommunalwahl brachte ihnen Zugewinne. Die programmatische Unschärfe der GRÜNEN, das Nebeneinander kaum miteinander vereinbarer Positionen, die damals schon in aller Härte und oft auch Unbarmherzigkeit ausgetragenen Flügelkämpfe sowie unkonventionelle, unprofessionelle und wenig auf Spielregeln bedachte Form von Politik — all das schien ihrem kometenhaften (und auch in den eigenen Reihen unerwarteten) Aufstieg keinen Abbruch zu tun. Im Gegenteil. Es schien — gerade weil es so ganz anders war als alles, was in dieser Republik bisher für Politik gegolten hatte — ein wesentlicher Quell grüner Erfolge zu sein. Überspitzt gesagt, DIE GRÜNEN konnten tun und lassen, was sie wollten — sie wurden von zunehmend mehr Wählern einfach deswegen gewählt, weil es sie gab. Es wäre damals schwer zu entscheiden gewesen, ob die Wähler dieser Partei vielfältige Verdrossenheit und vielfältigen Protest zum Ausdruck bringen wollten oder ob sie ein neues politisches Ziel, eine positive Vorstellung von einer veränderten Republik im Auge hatten.

DIE GRÜNEN haben sich — trotz der Koalition

in Hessen — in der Zwischenzeit nur wenig geändert, sie haben weiterhin auf das alte Erfolgsrezept gesetzt und müssen nun zur Kenntnis nehmen, daß es nicht mehr so recht verfängt. Was also hat sich verändert? Die hier vertretene These lautet: Den GRÜNEN ist es bisher nicht gelungen, Antworten auf veränderte Wählererwartungen und auf eine veränderte politische und gesellschaftliche Situation zu finden; und sie lautet weiter: Das ist ihnen deswegen nicht gelungen, weil sie ihre unkonventionelle und neue politische Zielrichtung (so rudimentär sie auch nur sichtbar war) aufgegeben und sich statt dessen traditionellen politischen Frontstellungen zugeordnet haben. Wir befinden uns am Anfang eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruchprozesses: am Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts. Dieser Prozeß wird in absehbarer Zeit auch zu einer grundlegenden Veränderung der politischen Landschaft und der politischen Kräfte führen. Noch sieht es so aus, als würden sich DIE GRÜNEN gegen diese Entwicklung stemmen. Eine Chance werden sie aber nur dann haben, wenn sie in ihr operieren, wenn sie versuchen, die Kräfte und die Wünsche zu entschlüsseln, die in diesem Umbruchprozeß wirksam sind, und aus ihnen die Umriss eines neuen gesellschaftspolitischen Wurfs entwickeln: keine Utopie, kein nebulöses Fernziel, sondern eine Vision von mittlerer Reichweite, ein Ensemble ebenso stimmiger wie revisionsfähiger politischer Vorschläge.

Abweichung und Normalität

Oft — und in der Regel von Vertretern der schon etablierten Parteien — ist es den GRÜNEN vorgeworfen worden, sie seien eigentlich gar keine Partei, da sie keine Gesamtkonzeption besäßen. Vielmehr seien sie eine klassische Ein-Punkt-Bewegung, die ihre — vorläufige — Stärke daraus ziehe, daß sie ein einfaches Weltbild anzubieten habe: die Umwelt- und Ökologiefrage als *der* Angelpunkt notwendiger gesellschaftlicher Veränderung. Zu Recht, so wird argumentiert, hätten DIE GRÜNEN auf die umweltpolitischen Versäumnisse der anderen Parteien hingewiesen. Darin aber erschöpften sich ihre Verdienste auch

schon. Ein einziges Thema sei eben nicht ausreichend, um einer politischen Partei auf Dauer das Existenzrecht zu verleihen.

Es stimmt sicher, daß den GRÜNEN bis heute eine kohärente Programmatik fehlt. Dennoch ist die Einschätzung falsch, bei dieser Partei handle es sich um eine Ein-Punkt-Bewegung, die nur vorübergehend und gewissermaßen widerwillig die Form einer Partei angenommen habe. DIE GRÜNEN sind vielmehr das keineswegs zufällige Produkt der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung dieser Republik — einer Ent-

wicklung, in der die Sphäre der Politik weithin nach „unten“ hin hermetisch abgeriegelt war.

Die Demokratie in der Bundesrepublik ist bekanntlich nur zum kleinsten Teil eine erkämpfte, in erster Linie ist sie ein Geschenk der westlichen Siegermächte. Nach den furchtbaren Erfahrungen des Dritten Reichs — an dessen Anfang u. a. ja auch eine „Bewegung“ gestanden hatte — gab es wenig Grund für die Annahme, die deutsche Bevölkerung sei zu Demokratie und dem Wagnis der offenen Gesellschaft fähig. Verständlicherweise überwog das Mißtrauen gegenüber der Bevölkerung. Allen Werbeversuchen für die Idee der Demokratie zum Trotz ging dieses Mißtrauen konstitutiv in das politische System der Bundesrepublik ein. Demokratie kann grundsätzlich zum einen restriktiv, zum anderen emphatisch verstanden werden: Im einen Fall wird sie als ein für alle Mal feststehendes Regelsystem, im anderen als ein Experiment, als ein offener Prozeß begriffen, der nie zu einem Abschluß kommen kann.

Die Bundesrepublik entschied sich bekanntlich für den ersten Weg — teils aus berechtigter Furcht vor den antidemokratischen Potentialen, die in der Bevölkerung noch schlummern mußten, teils aber auch deswegen, weil die Siegermächte und Teile der Führungselite der entstehenden Bundesrepublik an einem demokratischen Prozeß im emphatischen Sinne wenig interessiert waren. So gab und gibt es zwar nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges im westlichen Deutschland eine Demokratie; diese funktionierte aber zunächst gewissermaßen als Wagenburg, sie igelte sich in der Gesellschaft ein. Und die politischen Parteien neigten schon bald dazu, im Begehren nach demokratischer Partizipation eher eine Gefahr denn eine Chance zu sehen. Demokratie blieb weithin eine Sache der politischen Apparate und Parteien; es war eine formelle Demokratie, die nur wenig in die gesamte Gesellschaft ausstrahlte. Demokratie beinhaltet hingegen nicht nur freie Wahlen und demokratisch legitimierte Regierungen; Demokratie meint auch eine Vielfalt von Partizipationsformen der Bürger. Diese Formen aber, die den Unterbau jeder lebendigen Demokratie darstellen, wurden in der Geschichte der Bundesrepublik lange Zeit kaum gefördert.

Ein verbreitetes Vorurteil lautet nun, diesen Wunsch nach Partizipation habe es — zumindest anfangs — in der Bundesrepublik gar nicht gegeben. Als Erklärung wird auf ein weit verbreitetes Argumentationsmuster verwiesen, nach dem die Erfahrung des Dritten Reiches eine massenhafte Abkehr vom Politischen bewirkt habe; die Menschen hätten sich — auch um zu vergessen — in

die Arbeit des Wiederaufbaus gestürzt. Das ist sicher nicht ganz falsch, aber nur ein Teil der Wahrheit. Wer so argumentiert, verkennt nämlich den insgeheimen politischen Gehalt der berühmten „Ohne-mich-Haltung“, die nicht erst im Jahre 1945 zum Tragen kam¹⁾. Diese Haltung war von einer Indifferenz und Abneigung gegenüber der großen Politik geprägt und zielte um so mehr auf Eigenverantwortlichkeit und Eigenregie im Kleinen. Es ging ihr darum, politikfreie Räume zu erorbern und zu besetzen, großsprecherisch ausgedrückt: im Windschatten der großen Politik Autonomie zu gewinnen. Darin war auch der Wunsch enthalten, die eigenen Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. So wenig dieser Impuls auch an den klassischen Vorstellungen vom demokratischen Gemeinwesen orientiert war, er enthielt doch — gewissermaßen auf unterster Ebene — ein genuin demokratisches Element, er war bürger-initiativ. Sein Wirken blieb beträchtliche Zeit verborgen, weil er mit den herkömmlichen Methoden nicht meßbar war.

Doch bereits in den fünfziger Jahren differenzierte sich dieser Impuls aus, nahm sich größerer Themen an und trat in offenkundig politischer Weise auf den Plan. Als Beispiele können etwa die Bewegungen gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr dienen. Diese und andere Bewegungen sind zwar als im klassischen Sinne politische zu sehen, stellen sie doch Einmischungen in die große Politik dar. Auch hier aber lassen sich noch bedeutsame Reste der „Ohne-mich-Haltung“ ausmachen: eine neutralistische, gegen beide Blöcke gerichtete Haltung prägte sie. Ebenfalls ist hier wieder der Wunsch zu erkennen, aus den Schicksalen der Weltpolitik auszusteigen und Freiräume jenseits der Blockkonfrontation zu erobern.

In der weiteren Entwicklung der Bundesrepublik ist dieses Protestpotential nie verschwunden, im Gegenteil, es ist — über Ostermarsch, Studentebewegung und die Blüte der Bürgerinitiativen in den siebziger Jahren — stets größer geworden. Und noch an den Bürgerinitiativen ist zu beobachten, daß die Präferenz für das Kleine, den überschaubaren Bereich, den man selber gestalten möchte, überlebt hat: Das „Sankt-Florians-Prinzip“, das den Bürgerinitiativen oft vorgehalten wurde, zeigt, daß es in der Bundesrepublik eine solide Basis für eine Politik der Partizipation und Selbsthilfe auf unterer Ebene, für eine neue Kirchturmspolitik gibt.

¹⁾ Dazu Ernst Köhler, Zaghafte Einwände gegen den linken Pessimismus, in: Freibeuter, (Herbst 1979) 1, S. 8 ff.; siehe auch die dort angegebene Literatur zu diesem Thema.

Es soll nicht bestritten werden, daß die vielfältigen Protestbewegungen, die die Geschichte der Bundesrepublik begleitet haben, Beträchtliches bewirkt haben. Es ist aber sicher, daß ihnen nie der Sprung in die offizielle Politik gelungen ist (ein Sprung, wohlgerne, den sie lange Zeit auch nicht anstrebten!). Sie galten als Störenfriede, als Gefahr für die gerade erst einigermaßen konsolidierte parlamentarische Ordnung, und mußten vor der Tür bleiben. In der Tendenz wurde ihnen das Existenzrecht abgesprochen. Während hier — wie unklar auch immer — auf Partizipation gedrängt wurde, reagierte das politische System der Bundesrepublik mit Abschottung. Weiterhin wurde Demokratie eher als die Herrschaft gewählter Eliten begriffen, scheute man sich, das System der formellen, auf dem Prinzip der Delegation beruhenden, Demokratie in Richtung Teilhabe zu öffnen. Das Paradoxe ist nun, daß mit dieser Strategie das genaue Gegenteil des Gewünschten erreicht wurde: Der Protest wurde nicht schwächer, sondern stärker. Weil seine Anfragen an das politische System und die Parteien unbeantwortet blieben, beschritt er selber — und ohne recht zu wissen, was er da tat — den Weg der Parteibildung.

DIE GRÜNEN sind demzufolge das Produkt über dreißigjähriger Protestbewegungen in der Bundesrepublik. In gewisser Weise ist mit ihrem Auftreten die Frühgeschichte dieser Republik zu

Ende. Das Monopol abgeschotteter Parteien auf Politik ist gebrochen. Kurt Biedenkopf hat dies einmal sehr treffend formuliert und festgestellt, mit dem Einzug der GRÜNEN in die Parlamente habe nun auch die Bundesrepublik den Normalzustand demokratisch verfaßter Gesellschaften erreicht. Abweichung, Dissens und ein Bedürfnis nach grundlegender Veränderung haben also heute ihren exotischen und ungewöhnlichen Charakter verloren, sie sind zum — im Prinzip — gleichberechtigten Teil des politischen Systems geworden.

DIE GRÜNEN gerieten damit jedoch schon in der Stunde ihres Entstehens in einen tiefgreifenden Konflikt, den sie bis heute nicht selbstbewußt bewältigt haben und der der wahre Grund für ihre gegenwärtige Krise ist. Auf eine Formel gebracht heißt dies: Sie wollten unbedingt Partei werden und doch — zugleich — ebenso unbedingt lose Assoziation bleiben. Überspitzt gesagt waren DIE GRÜNEN nie auf der Höhe ihrer Gründungstat, sie haben ihre Gründungsmythen niemals aufgegeben. Gewissermaßen haben sie es also bis heute noch nicht verkraftet, daß es ihnen tatsächlich gelungen ist, die Aufnahme in die Familie der in Parlamenten vertretenen Parteien zu erzwingen. Nach wie vor stigmatisieren sie sich selber: Sie tun so, als wären sie noch immer ausgeschlossen. Am liebsten möchten sie drinnen und draußen zugleich sein.

Protest- oder Reformpartei?

DIE GRÜNEN haben, mit anderen Worten, den Schritt von der Protest- zur Reformpartei noch nicht getan; noch immer hat sich diese Partei nicht entschieden, ob sie das System verbessern oder bekämpfen möchte. Das hat vor allem zwei Gründe.

1. Das Wort „Reform“ hat im Umfeld der GRÜNEN einen außerordentlich schlechten Beiklang. Dies gründet darauf, daß es lange Zeit so aussah, als sei Reformpolitik gleichbedeutend mit sozialdemokratischer Politik. Hier wird eine nun schon hundertjährige gesellschaftspolitische Last deutlich: Nach wie vor gelten die kleinen Schritte als unerheblich, als an der Grenze des Verrats angesiedelt. In verbreiteter grüner Optik ist die Reform nichts anderes als der klägliche Ersatz für die eigentlich notwendige große Veränderung; Reform klingt nach Kapitulation vor den Verhältnissen, nach Anpassung und Aufgabe des Ziels. Unvergessen ist der Prozeß, den die Sozialdemokratie seit den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts durchlief: Lange noch hielt sie in Rhetorik und Sonntagsreden die revolutionäre,

systemsprengende Geste aufrecht — und hatte sich doch schon längst für den Kampf um die Teilhabe am System entschieden.

Obleich kaum jemand bei den GRÜNEN heute Reformen noch in Bausch und Bogen ablehnt, haftet diesen doch immer noch der Makel der zweiten Wahl an. Reformen sind bei den GRÜNEN nicht positiv besetzt; noch der entschiedenste Reformpolitiker bei ihnen neigt in der Regel dazu, sein Plädoyer mit Entschuldigungen und Einschränkungen zu schmücken. Hier wird sichtbar, wie wirksam auch heute noch das sozialdemokratisch-sozialistische Paradigma ist: Unter diesem Druck — der ja auch ganz real existiert — ist es den GRÜNEN bislang noch nicht gelungen, eine reformpolitische Debatte zu eröffnen, die Rosa Luxemburgs Alternative „Reform oder Revolution?“ hinter sich läßt. Obwohl vieles dafür spricht, daß sich das sozialdemokratische Jahrhundert seinem Ende zuneigt, fällt es selbst den GRÜNEN — die qua Existenz ein Indikator dieses nahenden Endes sind — ungeheuer schwer, sich vom Bann der sozialdemokratischen

Logik zu befreien. Darauf wird weiter unten zurückzukommen sein.

2. Die Zusammensetzung der GRÜNEN erleichterte es dieser Partei nicht gerade, die nun gebotenen Chancen offensiv zu nutzen und von der Protest- und Anklagephase in die der programmatischen Konsolidierung zu treten. Die grüne Partei war von Beginn an eine Assoziation unterschiedlichster Interessen und Gruppen; gerade das machte ihre Stärke aus. Es war die Leistung der grünen Partei, derart Vielfältiges unter einem Dach zu versammeln. Andererseits gelang es ihr aber nicht, einen Entwicklungsprozeß zu organisieren, an dem alle Gruppen beteiligt sind und der das Gemeinsame dieser Gruppen herausgearbeitet hätte. Grund dafür ist *auch* eine strukturelle politische Schwäche vieler dieser Gruppen: Fest in der Tradition der politischen „Ohne-mich-Haltung“ stehend, lag ihnen sehr wenig an dem großen Unternehmen einer bundesweiten Partei; sie begrüßten diese zwar, mischten sich aber kaum ein. So war es dann nicht weiter erstaunlich, daß es gewieften und im Metier erfahrenen Parteitaktikern nicht schwerfiel, die Partei organisatorisch und programmatisch vor allem nach ihren Vorstellungen zu prägen. Obwohl DIE GRÜNEN *qua Existenz* der Beweis dafür waren, daß demokratische Einflußnahme in dieser Gesellschaft möglich, daß sie partizipatorisch zu öffnen ist und andere ordnungspolitische Schwerpunkte — im Prinzip — durchsetzbar sind, ging ein Großteil des Führungspersonals der Partei von ganz anderen Einschätzungen aus: Man schätzte die bestehende Demokratie eher gering ein, hielt sie eher für eine Veranstaltung zur Verschleierung der wirklichen Machtverhältnisse und wollte damit lieber nichts zu tun haben.

Diese Haltung wurde im wesentlichen von zwei Gruppen vertreten, die ansonsten wenig miteinander gemein haben: den fundamentalistischen, eher aus dem traditionellen bürgerlichen Lager kommenden Radikalökologen und den nicht minder fundamentalistischen, ebenfalls aus dem Bürgertum kommenden Erben der kommunistischen Sekten aus den frühen siebziger Jahren. Die Radikalökologen hatten nicht selten ein gebrochenes Verhältnis zu der Idee von Demokratie und offener Gesellschaft; die Ökologie ist ihnen eine normative Leitwissenschaft, aus der die Regeln des richtigen Verhaltens zwingend ableitbar sind; mit ihrer Vorstellung von Naturalisierung der Politik neigen sie dazu, die Ökologie über die Demokratie zu stellen²⁾. Hier sei nur an

²⁾ Dazu ausführlich Jochen Reiche, *Ökologie und Zivilisation. Der Mythos von den „natürlichen Kreisläufen“*, in: Lothar Baier u. a., *Die Linke neu denken*, Berlin 1984, S. 40 ff.

einige Äußerungen von Herbert Gruhl, damals führendes Mitglied der GRÜNEN, erinnert, der die These vertrat, daß in bestimmten ökologischen Gefahren- oder Notstandssituationen die demokratische Verfassung temporär außer Kraft zu setzen sei. In diesen Kreisen mischte sich die sanfte Rede von der Rückkehr in die Kreisläufe der Natur mit dem Ruf nach der starken ökologischen Hand; Geduld war nicht sonderlich gefragt, die drohende ökologische Katastrophe erfordere vielmehr endzeitliches Handeln: Der Apokalypse komme man mit kleinen Schritten nicht bei.

Diese Gruppierung wurde zwar schon bald aus den Führungsgremien der Partei verdrängt, die Rhetorik der Apokalypse blieb aber fester Bestandteil im Repertoire der GRÜNEN. Noch Ende 1984 trafen sich beide Flügel zu einer brüchigen Zweckkoalition gegen den stärker werdenden reformpolitischen Flügel: Rudolf Bahro, damals noch Mitglied der Partei und Exponent des radikalökologischen Flügels, und Rainer Trampert, Sprecher des Bundesvorstands und Exponent des ökosozialistischen Flügels, formulierten einen gemeinsamen Antrag, der eine Absage der Partei an Reformpolitik enthielt³⁾.

Von nachhaltigerem Einfluß war der ökosozialistische Flügel. Er rekrutierte sich nicht unwesentlich aus der Konkursmasse der Ende der siebziger Jahre in Auflösung begriffenen K-Sekten. Das Paradoxe daran ist, daß ohne die unzweifelhaft großen organisatorischen und parteitaktischen Fähigkeiten dieses Flügels die grüne Partei wahrscheinlich niemals zu einem einigermaßen gefestigten Gebilde geworden wäre. Es geht hier nicht um Entlarvung — die GRÜNEN sind nicht unterwandert worden! Wohl aber ist es dem ökosozialistischen Flügel gelungen, in der Partei DIE GRÜNEN einen über seine reale Bedeutung weit hinausreichenden Einfluß zu gewinnen.

Sieht man von den Radikalökologen und den Ökosozialisten ab, dann haben sich in den GRÜNEN vor allem diejenigen gesammelt, die von den verschiedensten Protesterfahrungen geprägt und nun an einer neuartigen politischen Offensive interessiert waren. Sie hatten nicht nur erfahren müssen, daß die alten politischen Mittel (z. B. Demonstrationen) auf Dauer von nur begrenzter Wirkung sind — sie haben auch (und das ist weit wichtiger) erfahren müssen, daß die alten politischen Koordinaten zur Wahrnehmung der Welt,

³⁾ Vgl. dazu die Rede, in der Rudolf Bahro u. a. dieses Zweckbündnis begründete: Rudolf Bahro, *Hinein oder hinaus? Wozu steigen wir auf? Rede auf der Bundesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN*, in: *Kommune*, (Januar 1985) 1, S. 40 ff.

etwa das Rechts-links-Schema, an Gültigkeit verloren haben. Ein Großteil der grünen Wähler kommt ohne Zweifel aus der linken Tradition, ist aber auch von der nachhaltigen Erfahrung geprägt, daß das linke politische Instrumentarium für eine Politik wenig brauchbar ist, die sich qualitativ von sozialdemokratischer Politik unterscheiden soll. Diese Suche nach neuen Ufern fand nun in der grünen Partei nur verhältnismäßig geringen Ausdruck, sie wurde an den Rand gedrängt. Statt dessen beherrschen Strategien und Ideale von gestern das Feld.

Dies soll im folgenden an drei Punkten erläutert werden: an der Frage der Demokratie, an der der Reformpolitik und an der der Wirtschaftspolitik.

Demokratie

In der radikalen sozialistischen Tradition war die Demokratie in der Regel ein Wert von zweitrangiger, abgeleiteter Bedeutung. Schematisch formuliert heißt dies: Die Avantgarde begriff sich als Vollzugsorgan einer unaufhaltsamen geschichtlichen Tendenz, sie war mit einer Art höheren Einsicht ausgestattet. Das erlaubte ihr ein taktisches Verhältnis zur Demokratie. Reste dieser Haltung sind in den GRÜNEN noch lebendig. So ist hier z. B. die Meinung weit verbreitet, eine emanzipatorische Politik sei in der Bundesrepublik nur gegen die große Mehrheit der Bevölkerung durchsetzbar. Und auch in der Minderheitenfrage ist nicht entschieden, ob der Schutz von Minderheiten ein generelles Postulat ist oder nur für die jeweils genehmen Minderheiten gilt. Unentschlossen schwanken DIE GRÜNEN zwischen demokratischem Weg und Vorbehalten gegen ihn. Das Parlament ist ihnen ohne Zweifel wichtig, ein wenig argwöhnen sie aber immer noch, es könne vielleicht doch nur eine „Schwatzbude“ sein.

Reformpolitik

Die GRÜNEN sind, wie bereits erwähnt, noch immer in die alte Debatte um Reform und Revolution verstrickt. Sie neigen dazu, das „System“ als ein kohärentes Ganzes zu sehen, das im Detail sinnvoll nicht zu verändern ist. Unterhalb der Systemschwelle scheint ihnen Politik im Verdacht des Verrats zu stehen. Auch hier spielt gestriges

Denken eine beträchtliche Rolle: der Glaube, die Gesellschaft sei von einem grundlegenden Antagonismus geprägt und sinnvolle Veränderung nur möglich, wenn die Fesseln der gesellschaftlichen Verfassung gesprengt werden. So gesehen bemißt sich der Erfolg von Reformpolitik gerade nicht an ihrem konkreten Gehalt, sondern daran, inwiefern sie zur Lockerung dieser Fesseln beiträgt. Reformpolitik ist im Grunde genommen von zweitrangiger Bedeutung und muß sich stets die argwöhnische Frage gefallen lassen, ob sie letztlich nicht doch zur Perfektionierung eines eigentlich bekämpfenswerten Systems beitrage. Von Verdächtigungen dieser Art eingekreist, wird die reformpolitische Energie innerhalb der GRÜNEN daran gehindert, sich selbstbewußt zu entfalten.

Wirtschaftspolitik

In der Wirtschaftspolitik ist das traditionssozialistische Erbe wohl am deutlichsten sichtbar. Obgleich die Frage „Markt oder Plan?“ historisch längst zugunsten des Marktes entschieden, obwohl längst klar ist, daß eine planwirtschaftlich verfaßte Gesellschaft keine freiheitliche sein kann, neigen DIE GRÜNEN in dieser Frage dazu, sich um die Entscheidung zu drücken. Zwar gibt es kaum noch jemanden in dieser Partei, der rundweg für ein planwirtschaftliches Modell eintreten würde; aber man sucht nach einem Mittelweg, auf dem möglichst viel an alter Weisheit bewahrt werden kann. „Neue Formen gesellschaftlichen Eigentums“, „marktwirtschaftliche Planwirtschaft“ und andere Ungetüme werden erörtert: Der alte Klassenantagonismus zwischen Kapital und Arbeit soll möglichst unbeschädigt in den neuen politischen Wurf hinübergerettet werden.

Damit aber ordnet man sich untergegangenen historischen Frontstellungen zu, statt gegenwärtige Konflikte der Wirtschaftspolitik zukunftsweisend zu thematisieren. Daß die Ökonomie heute einen anderen ordnungspolitischen Rahmen bräuchte, ist offensichtlich. DIE GRÜNEN aber versäumen es derzeit, in diese Debatte — in der eine Position jenseits der wirtschaftspolitischen Optionen der alten Parteien in der Tat ihren Platz hätte — einzugreifen.

Der verlorene archimedische Punkt

DIE GRÜNEN laufen also Gefahr, zu traditionellen Strategien Zuflucht zu nehmen. Das ist nicht ohne Ironie: Die Partei, die das Unkonventionelle geradezu im Firmenzeichen führt, greift auf konventionelle politische Visionen zurück.

Das liegt freilich nur in zweiter Linie an den Flügeln innerhalb der Partei, die diese Traditionalisierung betreiben. Vor allem liegt es daran, daß DIE GRÜNEN durch ihre jähen Wahlerfolge vor sehr große Anpassungs- und Umstellungs-

probleme gestellt wurden. Zweierlei machte ihnen dabei besonders zu schaffen: der ‚Themenraub‘ der anderen Parteien und die eigene organisatorische und Mitgliederstruktur.

Der ‚Themenraub‘ traf DIE GRÜNEN einigermaßen unvorbereitet. Während sie lange davon ausgegangen waren, Themen (vor allem das ökologische) exklusiv besetzt zu haben, holten die alten Parteien auf, gingen daran, den ökologischen Imperativ in — wie auch immer halbherzige — reale Reformschritte zu übersetzen. DIE GRÜNEN — unentschieden, ob sie solche Schritte nun wollen oder nicht — mußten sich ins Grundsätzliche zurückziehen, mußten sich also auf ein Gebiet zurückziehen, wo sie einst große Erfolge erzielt hatten. Nun aber waren die Zeiten und mit ihr der ‚Zeitgeist‘ weiter fortgeschritten, niemand bestritt mehr, daß es die ökologische Frage gibt und der Industrialismus aus dem Tritt geraten ist: Die richtigen Fragen waren nun nicht mehr ausreichend, es ging nun um ganz konkrete Antworten. Damit jedoch betritt man ein schwieriges Terrain (siehe die ersten Erfahrungen des hessischen Umweltministers Joschka Fischer). Mit Rundumschlägen ist es hier nicht getan.

DIE GRÜNEN sind bislang zu verzagt gewesen, sich auf eine solche Politik einzulassen, sie zogen sich ins Gehäuse des Prinzipiellen zurück, blieben Partei der Anklage und vor allem der Entlarvung. Sie konnten immer nur zeigen, daß alles, was die anderen Parteien vorschlugen, unzureichend ist, beteiligten sich aber noch kaum offensiv an dem Diskurs über Alternativen, die konsequent *und zugleich* machbar sind. So manövrierten sie sich an den Rand des politischen Geschehens; man erwartete von ihnen immer weniger politische Vorschläge. Sie wurden eher zu einem Mahnmal: düster warnend, aber ohne Folgen.

Heute wird deutlich, daß DIE GRÜNEN es versäumt haben, sich auf ein recht umfassend verändertes politisches Szenario einzustellen. Der Hang zum Apokalyptischen, zur Endzeit, gehörte bei ihnen von Beginn an zur rhetorischen Grundausrüstung — und die Unerbittlichkeit, mit der in dieser Form argumentiert wurde (man denke nur an die Reden von Petra Kelly), trug sicher zu ihrem Erfolg bei. Der aber hatte recht präzise historische Gründe: In der Gründungszeit der GRÜNEN Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre zeichnete sich ab, daß die Tage der sozialdemokratischen Regierung in Bonn gezählt sein, daß hier ein sozialdemokratisches Jahrzehnt zu Ende gehen würde. Ein diffuses Gefühl, ‚so könne es nicht weitergehen‘, verstärkte sich. Diese verbreitete Unsicherheit begünstigte das temporäre Erstarken von Heilslehren, die klare Auswege aus einer Misere weisen, also den

archimedischen Punkt einer Wende zum Besseren bezeichnen konnten. Zwei Themen waren hier besonders bestimmend: die Umweltfrage und die Friedenssicherung (und damals erst in zweiter Linie das Problem der wachsenden Arbeitslosigkeit). Das waren die Gebiete, auf denen DIE GRÜNEN Punkte sammelten, weil sie als erste radikale Alternativen formulierten: Primat von Umwelt- und Ökologiepolitik und Ausstieg aus der das Überleben aller bedrohenden Blockkonfrontation.

Der politische Fehler der GRÜNEN bestand in der Folge dann jedoch darin, daß sie mehr oder minder bei einer Politik stehengeblieben sind, die auf Katastrophenszenarios setzt. Dabei sind ihnen zwei ganz wichtige Entwicklungen entgangen: Weder die ökologische Katastrophe noch der Weltkrieg sind bisher eingetreten. Die derzeitige Bundesregierung hat es — allen Pannen und Ungereimtheiten zum Trotz — nicht schlecht verstanden, beide Themen zu entschärfen. Darin nun ist eigentlich etwas ganz Einfaches sichtbar geworden: Eine auf apokalyptischer Drohung basierende Politik hat auf Dauer nie eine Chance; Menschen wollen im Zweifelsfall lieber überleben als sich mit Haut und Haaren einer heroischen Wendeanstrengung zu widmen. Eine radikale Politik im Sinne der GRÜNEN kann daher nur erfolgreich sein, wenn sie diesen Sachverhalt nicht denunziert, sondern in Rechnung stellt, wenn sie in dem Wunsch nach Arrangements etwas Positives sieht und nicht ohnmächtig dagegen anrennt. Sie muß dabei in der Lage sein, den radikalen Impuls den Fährnissen alltäglicher Politik auszusetzen, d. h. sie muß politische Schritte von begrenzter Reichweite entwerfen.

Ein weiterer Grund für den Hang der GRÜNEN zum Traditionalismus besteht in ihrer organisatorischen und Mitgliederstruktur und — freilich weniger entscheidend — in der Zusammensetzung ihrer Wählerschaft. Organisations- und Mitgliederstruktur hängen eng miteinander zusammen. Es ist bekannt, daß DIE GRÜNEN wenig Versuche unternahmen, ihre Mitgliederzahl zu erhöhen. Dies liegt auch daran, daß sie — bei den gegebenen organisatorischen Strukturen — wohl schon ein Maximum an Mitgliedern haben. DIE GRÜNEN wollten eine andere Partei als die herkömmlichen sein, sie wollten Berufspolitikertum, verkrustete Strukturen und die Abschottung der Partei nach unten verhindern. All das ist mit dem berühmten Wort ‚Basisdemokratie‘ gemeint.

Wie aber funktioniert diese? Was ist das: Basis? In der Regel ist die Basis die Gesamtheit derer, die gerade anwesend sind. Indem man diese zum innerparteilichen Souverän erklärt, privilegiert man eindeutig diejenigen, deren Lebenssituation

durch ‚Abkömmlichkeit‘ (Max Weber) geprägt ist⁴). Mit Basis war ursprünglich jedoch etwas anderes gemeint: Im Gegensatz zu den etablierten Parteien sollten DIE GRÜNEN offenere, transparentere und durchlässigere Strukturen haben, sollten vor allem gegenüber ihrer breiten gesellschaftlichen Basis offen sein. Mitgliedschaft sollte kein Kriterium politischer Partizipation darstellen; die Partei war als eine Art Serviceunternehmen gedacht, dessen sich vielfältige gesellschaftliche Gruppen und einzelne bedienen können. Es sollte bei den GRÜNEN möglich sein, politisch folgenreich Einfluß zu nehmen, ohne dafür zum Berufspolitiker werden zu müssen. DIE GRÜNEN sollten ein Beitrag zur Öffnung der Parteienlandschaft nach unten hin sein — nach der Devise: soviel Partei wie nötig, so wenig Partei wie möglich. Das wäre in der Tat ein originärer Beitrag zur demokratischen Kultur der Bundesrepublik geworden.

Vorerst setzte sich jedoch ziemlich genau die entgegengesetzte Tendenz durch: Die Abkömmlichen beherrschen heute eindeutig die Gremien der Partei. Das heißt: Studenten und solche, die in ihrer beruflichen Tätigkeit nur das lästige, aber notwendige Geld verdienen sehen, haben bei den GRÜNEN weit bessere Chancen als alle anderen. In der Konsequenz führt dies zu einem gewissen Realitätsverlust innerhalb der Partei: Ihre Mitgliederstruktur bildet den Alltag nicht ab, ‚normale‘ Menschen müssen eher draußen bleiben. Die Gremien der grünen Partei, die in aller Regel nur einen winzigen Ausschnitt der gesellschaftlichen Realität repräsentieren, neigen gegenwärtig dazu, dieses Manko nicht durch Öffnung, sondern durch weitere Abschottung zu beantworten: Sie begreifen sich — auch hier sind die Traditionslinien sichtbar — als eine Art Avantgarde, die auf jeglichem Gebiet kompetent und jederzeit und sofort zu Entscheidungen befähigt ist.

So kam es nicht selten zu dem Gegenteil von dem, was mit Basisdemokratie gemeint war: Etablierung einer quasi-berufspolitischen Schicht, Abschottung nach außen und ein Nachlassen der Versuche, soziale und fachliche Kompetenz und Intelligenz anzuziehen. Die Gremien der Partei igelten sich vielmehr ein und taten das, wozu alle geschlossenen Kleingruppen neigen: Sie richteten sich vor allem nach innen. Claus Offe und Helmut Wiesenthal haben das so beschrieben: „Da breitet sich eine sterile Binnenradikalität

aus, und Gesinnungsgemeinschaften lieber Menschen mißbrauchen die grüne Partei dazu, bloß noch die eigene Identität zu streicheln. Radikalität wird zur Gemütsdroge umfunktioniert, bei deren Benutzern eine ernste Absicht kaum mehr zu unterstellen ist. Man beschäftigt sich vornehmlich mit den beiden Gesellschaftsspielen ‚Wer sieht schwärzer?‘ und ‚Wer denkt am radikalsten?‘, ohne dabei den wachsenden Abstand wahrzunehmen, in den man zu potentiellen Adressaten und Unterstützern grüner Politik gerät. Der Selbstgenuß der eigenen Scheinradikalität ... betäubt offenbar den Sinn dafür, daß der Abstand zwischen den intern kultivierten Untergangs- und Katastrophenszenarios und der Ärmlichkeit der politischen Abhilfen, die man vorzuschlagen hat, inzwischen schlicht unseriöse Ausmaße angenommen hat.“⁵)

Noch immer wird bei den GRÜNEN häufig Moral mit Politik verwechselt: Der moralische Rigorismus, der gar nicht entschieden genug sein kann, weigert sich, sich an der Realität messen zu lassen. Dies hängt auch damit zusammen, daß DIE GRÜNEN ihren Gründungsmythos nie aufgegeben haben, daß sie nämlich Bewegung und Partei zugleich seien. Eine Chance können sie aber nur haben, wenn sie sich gegenüber dem Auf und Ab sozialer Bewegungen eine selbständige und dauerhafte Struktur geben. Auch hier haben DIE GRÜNEN eher das Gegenteil des Gewünschten erzielt: Den sozialen Bewegungen, die sich ganz offensichtlich in einer Krise befinden, sind sie kein hilfreicher Bezugspunkt, sie wollen ja mit ihnen identisch sein; und indem die selbständige Konsolidierung der Partei unterlassen wurde, machte man es den Kommunal-, Landtags- und vor allem der Bundestagsfraktion leicht, das Bild der GRÜNEN in der Öffentlichkeit zu prägen. Auch das ist nicht ohne Ironie: Indem man die Partei als geschlossenen Zirkel der Abkömmlichen organisierte, leistete man der Parlamentarisierung der GRÜNEN Vorschub.

Während die Mitglieder der GRÜNEN nicht selten auf der rückwärtsgewandten Seite des grünen Projekts sitzen, gilt das für ihre Wähler kaum. Alle Erhebungen zeigen, daß die große Mehrzahl der grünen Wähler für Reformpolitik optiert; die Systemfrage steht hier in der Regel schlicht nicht mehr zur Debatte. Dennoch gilt auch hier die grüne Partei mehrheitlich als Linkspartei, die programmatisch in einiger Nähe zur SPD angesiedelt sei⁶).

⁴) Dazu Claus Offe/Helmut Wiesenthal, Die grüne Angst vorm „Reformismus“, in: Gabriel Falkenberg/Heiner Kersting (Hrsg.), Eingriffe ins Diesseits. Beiträge zu einer radikalen grünen Realpolitik, Essen 1985, S. 198 f.

⁵) Claus Offe/Helmut Wiesenthal (Anm. 4), S. 200.

⁶) Dazu Hans-Joachim Veen, Wer wählt grün? Zum Profil der neuen Linken in der Wohlstandsgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35—36/84, S. 3 bis 17; siehe auch: Wilhelm P. Bürklin, Grüne Politik.

Obwohl die grünen Wähler zu realistischeren Einschätzungen neigen als die Gremien der Partei, stellen sie doch nicht ein qualitativ anderes Potential dar. Das hängt mit einem Paradox aus der Gründungsgeschichte der GRÜNEN zusammen, das heute noch prägend ist: Mit der ökologischen Frage setzten DIE GRÜNEN ein Thema auf die politische Tagesordnung, das traditionelle Fronten unterläuft und hinter sich läßt: Es entzieht sich überkommenen Zuordnungen in ‚rechts‘ und ‚links‘. Und in der Logik der ökologischen Frage läge es gewiß auch, das unselige koloniale Verhältnis zwischen Stadt und Land, zwischen Metropole und Provinz anzugehen. Die Provinz war seit Beginn der industriellen Entwicklung stets das Opfer der großen Zentren gewesen — und konservative wie fortschrittliche Parteien waren sich faktisch darin immer einig, daß dieser Prozeß kräftig zu fördern sei. Die Provinz hatte nie eine wirksame politische Stimme. Es hätte daher außerordentlich nahe gelegen, daß DIE GRÜNEN auch versuchen, sich zum Sprachrohr der Provinz gegen die Anmaßungen der Metropolen zu machen: Es wäre zu erwarten gewesen, daß DIE GRÜNEN auch in der Provinz Hochburgen haben und dieser damit ein

neues parlamentarisches Stimmrecht verleihen. Dazu ist es aber — von wenigen Ausnahmen (z. B. bestimmten Gegenden Baden-Württembergs) abgesehen — nicht gekommen. Den GRÜNEN, deren Mitglieder vorwiegend aus dem metropolitanen Bürgertum kommen, ist es hier nicht gelungen, gewissermaßen über den eigenen Schatten zu springen. Sie haben, pathetisch gesprochen, der Provinz nicht die Hand gereicht sie sind unter sich geblieben und haben bestenfalls über und für die Provinz gesprochen — und auch da meist nur über technische Folgeprobleme wie Massentierhaltung und Chemie in der Landwirtschaft. DIE GRÜNEN sind in einem beträchtlichen Maße eine städtische, eine Metropolenpartei. So ist es zu erklären, daß nicht unbedeutende Wählerschichten der GRÜNEN — vor allem die aus den großen Dienstleistungs- und Bildungszentren — die ökologische Frage nicht als Moment einer qualitativ neuen politischen Konzeption, sondern als einen Zusatz sehen, der den traditionellen systemüberwindenden Strategien hinzugefügt wird⁷⁾. Auch die Wählerschaft der GRÜNEN schwankt zu einem beträchtlichen Teil zwischen traditioneller Linkspolitik und der Suche nach neuen Koordinaten.

Im Dickicht des Wertewandels

Heute wird nicht mehr bestritten, daß die tragenden Werte dieser Gesellschaft seit geraumer Zeit einem Wandlungs- und Erosionsprozeß unterliegen; die Suche nach Schuldigen an dieser ‚anormalen‘ Entwicklung wird indessen nur noch von wenigen betrieben. Die Wissenschaftler, die diesen Prozeß untersuchen⁸⁾, sind sich weithin darin einig, daß es sich um einen graduellen, langsam und oft genug im Zick-Zack verlaufenden Prozeß handelt. Alte Werte werden nicht einfach durch neue ersetzt, sondern alte und neue Werte mischen sich zu einem höchst widersprüchlichen Ganzen. Die Werte der Arbeitsge-

sellschaft — Fleiß, Disziplin, das Zurückstellen von Bedürfnissen etc. — sind im Schwinden, dafür gewinnen Freizeit, Selbstbestätigung, Selbstverwirklichung und Wahlmöglichkeiten an Bedeutung. Widersprüchlich ist dieser Prozeß schon deswegen, weil er im Kern auf eine Gesellschaft zielt, in der Arbeit und Industrie nicht mehr die organisierende Achse des Ganzen sind, dennoch aber erst durch die relativ volle Entfaltung der Industrie- und Konsumgesellschaft überhaupt möglich wurde. Daher ist dieser Prozeß doppelt deutbar: zum einen als nur ein neues Stadium des Industrialismus, zum anderen als die beginnende Abkehr von ihm.

Ideologische Zyklen, Wähler und Parteiensystem, Opladen 1984.

⁷⁾ Zu diesem Komplex (wenn auch mit anderen Schlußfolgerungen): Bodo Zeuner, Parlamentarisierung der Grünen, in: Prokla, (Dezember 1985) 61, S. 5 ff., insbs. S. 19; und Peter von Oertzen, Zur Sozialstruktur des Wählerpotentials der GRÜNEN, in: Frankfurter Rundschau vom 11. u. 13. 1. 1986.

⁸⁾ Siehe die zahlreichen Veröffentlichungen von Helmut Klages; vor allem aber: Michael von Klipstein/Burkhard Strümpel, Der Überdruß am Überfluß. Die Deutschen nach dem Wirtschaftswunder, München 1984; und neuerdings dies., Wertewandel und Wirtschaftsbild der Deutschen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/85, S. 19—38; dies. (Hrsg.), Gewandelte Werte — Erstarrte Strukturen. Wie die Bürger Wirtschaft und Arbeit erleben, Bonn 1985.

Die hier vertretene These lautet nun, daß DIE GRÜNEN derzeit am eindeutigsten die Partei des Wertewandels sind und daß sie dessen Widersprüchlichkeit in den eigenen Reihen abbilden. Teils wollen sie das industrialistische Kommando zurückdrängen, die Gesellschaft auf neue Optionen hin öffnen und die Dilemmata des ‚rechten‘ wie ‚linken‘ Industrialismus hinter sich lassen — teils halten sie diesen Weg, der ja gewiß unbekannt ist, für gefährlich, ziehen sich in das Gehäuse bekannter Politiken zurück und plädieren, oft wider Willen, für eine weitere Expansion des industriellen Modells. Wolfgang Roth hat das

kürzlich auf die nur mäßig witzige Formel gebracht: „Dies kann dazu führen und hat auch dazu geführt, daß auf ein und demselben Parteitag (der GRÜNEN, Th. S.) die Beseitigung der Industriegesellschaft bei Erhaltung aller Stahlarbeitsplätze gefordert wird.“⁹⁾

Auch wenn es oft absurde Formen annimmt, dieses Dilemma ist ein reales; im voluntaristischen Kraftakt ist es nicht zu lösen. Klug wäre eine Strategie, die das Pendelschlagen zwischen beiden Polen gewissermaßen organisiert, *die den realen Widerspruch zwischen Verhaftetsein im Industrialismus (und seinen Segnungen!) und dem Wunsch nach Auswegen thematisiert, zum Gegenstand des politischen Diskurses macht*; die ihn also gerade nicht voreilig für versöhnt oder inexistent erklärt. Hier könnten DIE GRÜNEN strategisch neues Terrain besetzen, das ihnen schwerer streitig zu machen wäre als ihre Katastrophenszenarien und gestrigen Antworten. DIE GRÜNEN sind nicht zufällig in dem Moment entstanden, als das sozialdemokratische Jahrzehnt (und wohl auch das sozialdemokratische Jahrhundert) sich dem Ende zuzuneigen begann. Wenn sie dies realisieren und offensiv wenden, haben sie auch in Zukunft Chancen.

Es ginge dabei keineswegs um den Auszug aus der Industriegesellschaft, sondern um eine andere Entwicklungsrichtung derselben. Auch hier würde sich eine Politik als ohnmächtig erweisen, die als Anwalt der Opfer gegen die Täter auftritt, die Schuldige ausmacht und die Welt in Gut und Böse aufteilt. Im letzten Jahrhundert gab es Gründe für die Annahme, die entstehende Industriegesellschaft sei von dem Antagonismus zwi-

schen Arbeit und Kapital geprägt und es gehe vor allem um den Kampf gegen das Kapital. Schuldzuweisungen waren sinnvoll, denn es gab ein sozial rücksichtsloses Unternehmertum. Heute ist das so nicht mehr der Fall: Der Sozialstaat ist eine im wesentlichen nicht revidierbare Realität, Kapital *und* Arbeit profitieren von der industriellen Entwicklung. Der Versuch der GRÜNEN, den alten Klassenantagonismus entweder fortzuschreiben oder ihn durch den zwischen Industrie und Natur ersetzen zu wollen, ist daher hilflos und untauglich. Alle sind Opfer und Nutznießer einer verselbständigten industriellen Rationalität.

Es hat daher keinen Sinn, nach *dem* archimedischen Punkt zu suchen, von dem aus eine Umkehr zu bewerkstelligen sei. Alle sind in das industrielle System verwickelt; es gibt keine Reserverate, in denen das ‚Gute‘ und ‚Reine‘ und ‚ganz Andere‘ überlebt hätte. Daher scheidet eine Strategie aus, die — gewissermaßen gesellschaftlich exterritorial agierend — der Wirklichkeit ein ganz neues Entwicklungsmodell, das mit allem Bisherigen bricht, aufnötigen will; eine solche Strategie würde an der Realität vorbei operieren. Auch eine radikal andere Politik kann sich nur *immanent* aus den bestehenden Verhältnissen entwickeln; und je listiger sie mit deren Ungeheimheiten umgeht, desto größer sind ihre Chancen. Norbert Kostede, damals einziger reformpolitischer Vertreter im Bundesvorstand der GRÜNEN, formulierte das Ende 1985 so: „Ich vermute, wir sollten uns auf eine Spur begeben, auf der mit den Mitteln der Aufklärung und mit den Mitteln der Moderne gegen die *Selbsterstörung* von Aufklärung und Moderne argumentiert und gekämpft wird.“¹⁰⁾

Entstaatlichung als Perspektive

Es ist auffällig, welch verhältnismäßig geringe Rolle im innerparteilichen Diskurs der GRÜNEN ein Begriff spielt, für den die Öffentlichkeit den GRÜNEN in der Regel immer noch Urheberschaft und Monopol zuschreibt: Dezentralisierung. Daß er in der grünen Partei häufig und pflichtbewußt in den Mund genommen wird, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß er real ein Schattendasein führt. Im Entscheidungsfalle steht er in aller Regel zur Disposition, er ist ein Gut zweiten Ranges.

So sind DIE GRÜNEN in sozial-, arbeitsmarkt- und tarifpolitischen Fragen meist Anwälte kollektiver, allgemeiner und für alle verbindlicher Regelungen. Das ist natürlich verständlich: Die Flexibilisierung von Arbeitszeitpolitik und generell von Tarifpolitik wirft in der Tat gravierende politische Fragen auf; sie ist ja auch vorstellbar als die Entmachtung der Beschäftigten, als der Weg in sozialpolitische Willkür. Andererseits zeigt der Wertewandel aber eindeutig, daß nicht

⁹⁾ Wolfgang Roth, Der Weg aus der Krise. Umriss einer sozialökologischen Marktwirtschaft, München 1985, S. 37.

¹⁰⁾ Norbert Kostede, Opportunismus, Fundamentalismus, Vulgärmarxismus. Empfehlungen für einen raschen Untergang der Grünen, Beitrag zur Bundesversammlung der Grünen in Offenburg, C 2 der Delegiertenunterlagen, S. 3.

unbeträchtliche Wünsche der Beschäftigten in Richtung von Flexibilisierung und mehr Wahlmöglichkeiten gehen¹¹⁾). Eine emanzipatorische Arbeitsmarktpolitik ist daher nur auf der Basis dieser Wünsche möglich, nicht gegen sie. Das aber würde auch Dezentralisierung bedeuten.

DIE GRÜNEN haben sich in der Vergangenheit meist für den alten Weg entschieden: Sie stellten sich übereifrig an die Seite der beiden Großorganisationen SPD und Gewerkschaften. Genau gesehen hätten sie auf diesem Gebiet gute Chancen: Während die Sozialdemokratie nicht von ihrem hundert Jahre alten Hang zu Zentralismus, Expansion, kollektiven Lösungen und Staatsbezogenheit loskommt und neue Konflikte gerne in das Gewand des 19. Jahrhunderts kleidet, neigen die gegenwärtigen Bonner Regierungsparteien zu einer sozial unaufmerksamen Auflösung verkrus-

steter Großstrukturen. DIE GRÜNEN hätten derzeit gewissermaßen die Chance, zwischen diesen beiden Tankern hindurch in Neuland vorzustoßen. Dazu aber müßten sie eine Strategie der Entstaatlichung entwerfen — eine Strategie, in der Planstellen, Besitzstände und expansive Sozialausgaben nicht mehr Werte an sich (umgekehrt aber auch nicht bekämpfenswert an sich) sind. Sie müßten eine Strategie zur Förderung all dessen entwickeln, was sich staatsfern bewegen möchte, eine Strategie zur Entmachtung der großen Politik und zur Verlagerung von möglichst viel Kompetenz von oben nach unten: von Bonn in die Kommunen, vom Großbetrieb zu flexibel spezialisierten Klein- und Mittelbetrieben, vom Management in die Werkhalle, von der Sozialarbeit zur Selbsthilfe, von der Gruppe und dem Kollektiv zum einzelnen.

Die Rückkehr der Industrie in die Gesellschaft: Das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts

Wenn hier vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts gesprochen wird, dann ist damit nicht in erster Linie Parteipolitisches gemeint. Es geht vielmehr um eine große, über hundertjährige Auseinandersetzung, die die Gesellschaft weithin geprägt hat und deren Potential heute erschöpft zu sein scheint.

Der Prozeß der Industrialisierung verlief von Anfang an als ein gegenüber Menschen wie Natur gewalttätiger (hier soll nicht behauptet werden, daß dieser Prozeß nur so verlaufen konnte, daß es keine Alternativen — etwa einer angepaßteren technologischen Entwicklung — gegeben hätte; diese haben sich aber aus einer Vielzahl von Gründen nicht durchgesetzt. Es lohnt daher, die Vergangenheit der technologischen Entwicklung auf liegengebliebene, vergessene und zu wenig beachtete Alternativen hin zu untersuchen¹²⁾). Sehr schnell war die Entscheidung für eine *verselbständigte* industrielle und technologische Entwicklung gefallen: Die Auflösung und Zersetzung traditioneller Strukturen und vor allem ihrer Kleinteiligkeit wurden aktiv betrieben; die In-

dustrie setzte große, möglichst viele Menschen umfassende Produktionsstrukturen durch; und sehr bald wurde der verhängnisvolle Weg der Massenproduktion beschritten — möglichst massenhafter Produktion standardisierter Güter. Dazu waren eine uniforme technologische Struktur und vor allem willige Arbeitskräfte nötig.

Die industrielle Entwicklung war seit Beginn von der Dequalifizierung der Arbeit, von der Entwertung menschlichen Arbeitsvermögens und menschlicher Phantasie geprägt. Schon bald im 19. Jahrhundert hatte die industrielle Entwicklung jene megalomanen Züge angenommen, die uns heute bewußt sind. Die Ökonomie — ein Bereich menschlicher Tätigkeiten — schwang sich immer mehr zur Herrscherin über die Gesellschaft auf, die Gesellschaft wurde konsequent ökonomisiert und zur Arbeitsgesellschaft umgeformt — zu einer Gesellschaft, deren zentrale Veranstaltung die Arbeit ist.

Es gab von Beginn an einen beträchtlichen Widerstand gegen diese Entwicklung, der in der Geschichtsschreibung lange Zeit sehr einseitig dargestellt wurde: Man trennte voreilig zwischen ‚rückwärtsgewandtem‘ und ‚vorwärtsgewandtem‘ Protest. Hier die hoffnungslos unzeitgemäßen Maschinenstürmer und da jene Kräfte, deren Protest auf der Höhe der Zeit gewesen sei und sich daher gegen die barbarischen sozialen Formen wandte, in denen der Prozeß der industriellen Entwicklung verlief. Tatsächlich war dieser

¹¹⁾ Dazu z. B. Margarete Landenberger, Arbeitszeitwünsche. Vergleichende Analyse vorliegender Befragungsergebnisse, Diskussionspapier des Wissenschaftszentrums Berlin, IIMV/Arbeitsmarktpolitik — IIM/Labour Market Policy, August 1983.

¹²⁾ Dazu ausführlich Michael J. Piore/Charles F. Sabel, Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft, Berlin 1985.

Widerstand sehr viel komplexer gewesen, es gab mehr als Maschinensturm und den Wunsch nach Teilhabe am industriellen Prozeß: Es gab Versuche, die Technologie für eine dezentralisierte und regionale handwerkliche Ökonomie zu nutzen, die Technologie in bestehende Lebens- und Arbeitszusammenhänge einzubetten und ihre Veralterung zu verhindern. Auch hier war es nicht — wie bürgerliche *und* marxistische Ökonomen meist annehmen — eine historische Notwendigkeit, die sich dagegen durchgesetzt hat; aufgrund einer Vielzahl vor allem politischer Entscheidungen wurde die handwerkliche Alternative an den Rand gedrängt und marginalisiert.

Nun zeichnete sich zum ersten Mal ein Bündnis ab, das ein ganzes Jahrhundert prägen sollte: das ‚antagonistische‘ Bündnis zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Industrie und Sozialismus. Schaut man sich die Rhetorik der Arbeiterbewegung an, die die offizielle geworden ist, dann könnte es so aussehen, als ginge es hier um einen Bruch mit der bisher herrschenden Entwicklungsrichtung und um ein grundlegend anderes Gesellschaftsmodell. Doch der Eindruck täuscht. Die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts hatte alles Recht auf ihrer Seite: Sie kämpfte gegen einen rücksichtslosen, sozial völlig gleichgültigen Kapitalismus. Die einfachsten Menschenrechte und Sicherheiten mußten diesem stets gegen erbitterten Widerstand abgerungen werden. So konnte der Eindruck entstehen, daß die kapitalistische Form der industriellen Entwicklung der Grund alles Übels sei: würde diese Fessel gesprengt, so könne die industrielle Entwicklung endlich in ‚reiner‘ Form verlaufen und ihre Segnungen allen zuteil werden lassen.

Es ist vielleicht eine historische Tragödie, daß es dem Sozialismus nicht gelungen ist, ein Entwicklungsmodell zu entwerfen, das sich von dem des Industrialismus unterschieden hätte. Der Sozialismus hat sich statt dessen als Anwalt und Promotor eines ‚eigentlichen‘, vom bornierten kapitalistischen Eigennutz befreiten Industrialismus etabliert. Industrielle Megalomanie, Massenproduktion, Zerstörung überkommener Strukturen und Diktat der Ökonomie über die Gesellschaft: dagegen kämpfte er nicht — im Gegenteil, mit diesen Prozessen sah er seine Chancen wachsen. Sein Hauptthema war vielmehr die soziale Frage — eine Frage, die zu einem großen Teil ein Folgeproblem dieser spezifischen Form von industrieller Entwicklung ist. Auf diesem Gebiet erzielte der Sozialismus seine großen Erfolge, hier erwies er sich als die Kraft, die nötig war, um das Modell der expansiven Ökonomie durchzusetzen und auch ‚unten‘ zu verankern.

Kapital und Arbeit haben sich parallel zueinander organisiert, sie haben das gleiche Ziel verfolgt und sind gewissermaßen eine ‚antagonistische Kooperation‘ eingegangen. Die Ideologie des Produktivismus prägt beide Flügel dieses Unternehmens; beide sind sich einig, daß sie nur bei konsequenter Fortsetzung des bisherigen industriellen Weges beide profitieren können. Der Kollektivismus gewerkschaftlicher Organisationsformen und Forderungen bildet die Uniformität industrieller Betriebsstrukturen und Arbeitsbedingungen ab. Beide Parteien plädieren für die große Form, die allgemeine Regelung und das Diktat der Arbeit.

Der Industrialismus hätte als Manchesterkapitalismus auf Dauer keine Chance gehabt, er wäre am Widerstand der Ausgebeuteten und Marginalisierten zerbrochen. Nur indem er sich das Soziale einverleibte, konnte er sich durchsetzen. Diese Leistung ist gemeint, wenn hier vom sozialdemokratischen Jahrhundert gesprochen wird. Sicher waren dabei die SPD und die Gewerkschaften von ganz besonderer Bedeutung; die große Leistung bestand jedoch darin, daß die Sozialdemokratisierung nicht auf diese Organisationen beschränkt blieb, sondern daß sie die Gesellschaft insgesamt prägte. Die Säulen des Sozialstaats werden heute in der Bundesrepublik im Prinzip von keiner politischen Kraft in Frage gestellt — in diesem Sinne ist auch die CDU/CSU sozialdemokratisiert (und noch an den Äußerungen einiger profilierungssüchtiger Politiker der F.D.P. gegen sozialstaatliche Sicherungen wird ex negativo deutlich, wie tief das sozialdemokratische Modell im Bewußtsein verankert ist: Als Alternative fällt ihnen nur die völlig absurde Rückkehr ins 19. Jahrhundert, der Weg zurück zum Manchesterkapitalismus ein).

Heute wird allmählich sichtbar, daß die soziale Frage ihre gesellschaftspolitische Schubkraft verliert. Und hinter ihr nimmt man die großen Fragen wahr, die vom Beginn der industriellen Entwicklung an aktuell waren, die aber lange verborgen blieben:

— Wie kann die Gesellschaft auf umsichtige und verantwortliche Weise vom Automatismus der Expansion befreit werden?

— Wie kann die Ökonomie von ihrem usurpierten Thron geholt werden?

— Wie kann die Gesellschaft vom Diktat der Arbeit entbunden werden?

Das, so scheint mir, sind die zentralen politischen Fragen der Zukunft. Sicher, es sind reaktionäre Antworten auf sie vorstellbar: Sie liefern darauf hinaus, die Veranstaltung Sozialstaat ein-

fach vom Programm abzusetzen, die Menschen gewissermaßen nach Hause zu schicken und ihnen zuzurufen: „Seht selber, wo ihr bleibt“. Daß diese Strategie irgendeine Chance hat, ist allerdings äußerst zweifelhaft; dafür war der Sieg des sozialdemokratischen Geistes zu vollkommen, das werden die Menschen sich nicht gefallen lassen.

Bessere Antworten auf die Fragen der Zukunft werden sich um das Problem des Sozialdemokratismus nicht herummogeln können. Sie geraten damit auf politisch schwieriges Terrain, weil ih-

nen lange noch zumindest der Verdacht entgegenschlagen wird, es ginge hier um soziale Demontage. So wenig aber der Industrialismus ein Wert an sich ist, ist es der Sozialstaat. Beide verhalten sich expansionistisch, beiden wäre diese Tendenz zu nehmen. Im Bereich der Industrie geht es darum, neue ordnungspolitische Schwerpunkte zu setzen. Das wird auch beim Sozialstaat nicht anders sein können: Seine — vor allem nicht finanziellen — Kosten wären zu untersuchen, seine Segnungen und die entmündigenden und enteignenden Schäden, die er anrichtet, wären gegeneinander abzuwägen.

Reparatur statt Utopie: Reformpolitik in fundamentaler Absicht

Der Wertewandel zeigt in rudimentärer Form, daß diese Fragen heute allmählich auf die Tagesordnung der Gesellschaft kommen. Noch aber werden sie als politische kaum gestellt: Zu sehr noch lastet der Druck des sozialdemokratischen Jahrhunderts auf uns allen. DIE GRÜNEN — ein Produkt der Erosionen, die den zukünftigen Umbruchprozeß ankündigen — hätten eine Chance, wenn sie sich offensiv und selbstbewußt dieser Fragen annehmen würden. Denn allen innerparteilichen Verkrustungen zum Trotz: Es könnte sein, daß DIE GRÜNEN der authentischste Ausdruck des begonnenen Wandels sind. Mit Authentizität kann man freilich so wenig Politik machen wie mit Moral. Es ginge also darum, in den Bereich der Antworten vorzudringen. Dort wären dann nicht utopische Gesamtentwürfe — die zu Recht diskreditiert sind — gefragt, sondern umsichtig experimentierende Reparaturpolitiken; es wäre, das gefragt, was Karl R. Popper der Platonischen „Methode des Planens im großen Stil, der utopischen Sozialtechnik, der utopischen Technik des Umbaus der Gesellschaftsordnung, der Technik der Ganzheitsplanung“ entgegensetzt, nämlich „die von Fall zu Fall angewendete Sozialtechnik, die Sozialtechnik der Einzelprobleme, die Technik des schrittweisen Umbaus der Gesellschaftsordnung oder die Ad-hoc-Technik“¹³⁾.

Vorläufig werden DIE GRÜNEN vermutlich zu diesem Kurswechsel — der ja nur ein zentrales, ursprüngliches Postulat der Partei wieder in sein Recht einsetzen würde — nur schwer in der Lage sein, was darin begründet liegt, daß der funda-

mentalistische Flügel der Partei *und* ein großer Teil des realpolitischen Flügels zur Zeit noch fest „in der Falle“ der SPD-Bezogenheit gefangen sind. Dies hat mit den etatistisch-sozialen Traditionen zu tun, die in die grüne Partei eingeflossen sind, aber auch damit, daß der Wertewandel noch immer zwittergesichtig ist. Ihn als Motor von Politik zu nutzen, erfordert Mut, denn es könnte dabei durchaus vorkommen, daß DIE GRÜNEN Teile ihrer Programmatik eher in einigen Äußerungen von Kurt Biedenkopf wiederfinden als in einigen anderen von Peter Glotz.

Noch immer hindert die ‚Rechts-links-Schranke‘ DIE GRÜNEN daran, sich freizuschwimmen. Das ist ernst zu nehmen, denn es hat ja (vor allem historisch) gut zu verstehende Gründe für das gesellschaftliche Umfeld der GRÜNEN gegeben, die Sozialdemokratie mit freundlicheren Augen zu sehen als die CDU/CSU. Auf Dauer dürfte die SPD-Bezogenheit den GRÜNEN jedoch eher schaden.

Dem ökosozialistischen Flügel innerhalb der GRÜNEN geht es nach wie vor wesentlich um die Entlarvung der SPD: von der SPD Unerfüllbares fordern, diese lehnt ab und kann darauf als Feind entlarvt werden — dieses Spiel, dessen Regeln im 19. Jahrhundert festgelegt wurden, kann noch lange gespielt werden; es wird aber schon bald niemanden mehr interessieren. Wichtiger ist dagegen die auch im reformpolitischen Lager der GRÜNEN verbreitete SPD-Bezogenheit. Auch hier wird grüne Politik nicht selten als ‚Mehr vom Gleichen‘ verstanden, gewissermaßen als eine radikalere und konsequentere sozialdemokratische Politik. Geht man aber davon aus, daß der gegenwärtig stattfindende gesellschaftliche Umbruchprozeß *alle* Parteien beträchtlich verän-

¹³⁾ Karl R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. I, München 1980, S. 213f.

dern wird, dann gibt es keinen Grund für die Annahme, die SPD sei auf Dauer nicht in der Lage, eine derart orientierte grüne Partei aufzusaugen. Nicht in der panisch betriebenen Abgrenzung gegenüber der SPD haben DIE GRÜNEN daher eine Chance, sondern nur in einer selbstbewußten Politik jenseits des sozialdemokratischen Entwicklungsmodells. Dazu wäre innerhalb der GRÜNEN vielleicht das nötig, was man früher ‚Kulturrevolution‘ genannt hat.

DIE GRÜNEN haben es bisher nicht geschafft, die Umriss eines neuen gesellschaftlichen Entwicklungsmodells zu entwerfen. Sollten sie bei der kommenden Bundestagswahl das Wahlziel verfehlen, würde eine gerade erst geöffnete Tür wieder zuschlagen. Es wäre dann vorstellbar, daß die politischen Strukturen der Bundesrepublik noch lange eine Frontstellung ausdrücken, die es endlich zu überwinden gilt.

Die Mandatsträger der GRÜNEN

Zur sozialen und politischen Herkunft der alternativen Parteielite

I. Die unbekanntenen GRÜNEN

Von wenigen prominenten Vertretern abgesehen, sind die GRÜNEN noch heute, über sechs Jahre nach ihrer Gründung, personell eine weithin unbekanntere Partei. Der häufige Amts- und Mandatswechsel, den sie aus prinzipiellen Gründen veranstalten, erschwert es selbst der politisch interessierten Öffentlichkeit, sich ein Bild von der Parteiführung zu machen. Auch die Wählerschaft der GRÜNEN ist in ihrer Mehrzahl über das personelle Angebot der Partei kaum informiert.

Dabei hat das Führungspersonal der GRÜNEN seit Gründung der Partei eine Reihe bedeutsamer Veränderungen erfahren. Hierzu gehört die

schrittweise Ausgrenzung konservativer und politisch moderater Vertreter der Gründergeneration der Partei. Auch sonst wurde mancher prominente GRÜNE der ersten Stunde durch Mandatsbeschränkungen und Rotationsregelungen in den Hintergrund gedrängt. Der rasche personelle Wechsel bei Parteiämtern und Parlamentsmandaten droht das Reservoir an politischen Führungsbegabungen bei den GRÜNEN insgesamt zu erschöpfen. Diese personellen Veränderungen legen es nahe, in Fortführung einer älteren Studie erneut eine Bestandsaufnahme der Parteielite der GRÜNEN und der mit ihr assoziierten „Alternativen Listen“ vorzunehmen¹⁾.

II. Die Mandatsträger der GRÜNEN

Die GRÜNEN sind heute im Deutschen Bundestag, im Europäischen Parlament sowie in sechs von elf Länderparlamenten der Bundesrepublik vertreten. Überwiegend hat gegenwärtig bereits eine neu zusammengesetzte zweite (in Berlin gar schon eine dritte) Gruppe von Abgeordneten der GRÜNEN die Parlamentsmandate inne. In Baden-Württemberg, Bremen, Berlin und im Europa-Parlament steht dazu jeweils ein weiteres Team bereit, entsprechend der jeweiligen Rotationsregelung in den nächsten anderthalb Jahren für die derzeitigen Abgeordneten der GRÜNEN „nachzurücken“.

Im folgenden werden Angaben zur allgemeinen Biographie und zur politischen Vorgeschichte von 235 Amts- und Mandatsträgern der GRÜNEN untersucht. Es handelt sich um *sämtliche Abgeordnete*, die die GRÜNEN (einschließlich der Vertreter der „Bremer Grünen Liste“, der Berliner „Alternativen Liste“ und der Hamburger „Grün-Alternativen-Liste“) von 1979 bis heute in die jeweiligen Parlamente entsandt haben; hinzu

kommen die gegenwärtig vorgesehenen Nachrücker sowie zusätzlich die ehemaligen und gegenwärtigen Mitglieder des *Bundesvorstandes*, soweit diese nicht ebenfalls Abgeordnetenmandate inne hatten.

Als Materialbasis wurden zunächst sämtliche biographischen Angaben zu den genannten 200 Abgeordneten in den amtlichen Parlamentshandbüchern von Bundestag, Europa-Parlament und den entsprechenden Landtagen herangezogen. Diese Unterlagen konnten bei etwa 100 Mandatsträgern der GRÜNEN durch detaillierte Lebensläufe ergänzt werden, die diese (meist anlässlich von Kandidatenvorstellungen) selbst verfaßt haben. Hierunter befinden sich Antwortschreiben mit biographischen Angaben von 35 Vertretern der GRÜNEN auf eine vom Verfasser im Sommer 1985 durchgeführte, gezielte Befragung von insgesamt 84 Mandatsträgern der Partei, über die bis dahin nur spärliche Informationen vorlagen (Rücklaufquote: 42 %).

Dieses Material wurde weiter ergänzt durch eine Fülle von biographischen Einzelangaben zum genannten Personenkreis, die sich in der Tagespresse (u. a. der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*,

¹⁾ Helmut Fogt, Die GRÜNEN in den Parlamenten der Bundesrepublik. Ein Soziogramm, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1983) 4, S. 500—517.

der *Süddeutschen Zeitung*, dem *SPIEGEL*, der *ZEIT*, *Christ und Welt*, der *Welt*, der *Stuttgarter Zeitung*, der *Frankfurter Rundschau*, dem *Parlament* sowie dem *Stern*), in verschiedenen Publikationen der GRÜNEN (besonders dem *grünen Basisdienst*, den *Grünen Blättern*), in der sonstigen Alternativpresse (der *taz*, dem *Pflasterstrand*) oder in eigenen Publikationen der jeweiligen Mandatsträger (Zeitschriftenartikeln, Beiträgen zu Sammelbänden, Büchern) zumeist in der Zeit zwischen 1977 und 1985 fanden. Weitere biogra-

phische Angaben konnten den amtlichen Publikationen der Wahlvorschläge der GRÜNEN entnommen werden²⁾.

Auf eine Umfrage mit Hilfe standardisierter Fragebögen wurde verzichtet, da nach aller Erfahrung nur mit einem geringen und zudem nicht-repräsentativen Rücklauf zu rechnen war. Dafür mußten Lücken in der Dateninformation (etwa bezüglich der Konfessionszugehörigkeit der Mandatsträger) in Kauf genommen werden.

III. Zusammensetzung nach Geschlecht und Alter

Die GRÜNEN sind ohne Zweifel die frauenfreundlichste Partei in der Geschichte der Bundesrepublik. Unter allen Mandatsträgern, die die GRÜNEN bis heute im Parteivorstand und in den Parlamentsfraktionen aufgeboden haben, lag der Frauenanteil bei 33 %. Wie ungewöhnlich hoch diese Quote für den Bereich der Politik ausfällt, zeigt ein Blick auf die Zusammensetzung der übrigen Fraktionen des 10. Deutschen Bundestages, die auch im folgenden zum Vergleich der Parteieliten herangezogen werden. Wie schon in der 9. Wahlperiode, erreicht der Anteil weiblicher Parlamentarier bei den „etablierten“ Parteien gerade 8 %³⁾!

Ursache für den vergleichsweise hohen Anteil weiblicher Mandatsträger bei den GRÜNEN ist zum einen der Umstand, daß bei den GRÜNEN bislang keine „Ochsentour“ notwendig war, um auf aussichtsreiche Plätze für Parlamentswahlen zu kommen, während bei den anderen Parteien die meisten weiblichen Bewerber auf diesem mühsamen Weg scheitern. Zum anderen hatten engagierte Frauen und Feministinnen bei den GRÜNEN von vornherein eine ganz andere innerparteiliche Machtposition inne, als dies bei anderen Parteien der Fall ist. Dies kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, daß der Bundesvorstand der GRÜNEN bisher fast zur Hälfte aus

Frauen bestand. Innerhalb der Parlamentsfraktionen der GRÜNEN schwankt der Frauenanteil beträchtlich: Mit dem Ausscheiden der ersten Parlamentarier der Partei aus den Volksvertretungen fiel der Anteil weiblicher Abgeordneter bei den GRÜNEN von 34 % auf 20 %, er liegt beim dritten und vierten Parlamentarieraufgebot der GRÜNEN allerdings wieder bei 45 %.

Die GRÜNEN weichen auch in anderer Hinsicht bis heute beträchtlich von der Elite anderer Parteien ab: Sie verfügen über eine außerordentlich *junge* Führung. Bei Antritt ihres Parteiambtes bzw. ihres ersten Parlamentsmandats waren die hier untersuchten Funktionsträger im Durchschnitt gerade 39,1 Jahre alt (Übersicht 1). Sie waren damit im Mittel über neun Jahre jünger als die Mitglieder der übrigen Parteien im 10. Deutschen Bundestag. Nur im Bundesvorstand der GRÜNEN lag das Durchschnittsalter etwas höher, was im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß dem Gremium in der Gründungsphase einige ältere Mitglieder angehörten, die heute in der Partei keine Rolle mehr spielen. Bei den Parlamentariern der GRÜNEN ist das Durchschnittsalter seit dem Ausscheiden der ersten Repräsentanten der Partei dagegen weiter gesunken: von knapp 40 Jahre auf knapp 38 Jahre.

Dieses Durchschnittsalter ist durchaus von politischer Relevanz. Bis heute können die jeweils jüngsten Parlamentsfraktionen der Partei politisch und ideologisch auch zugleich als die jeweils radikalsten gelten. Unter den ersten GRÜNEN, die in die verschiedenen Volksvertretungen einzogen, hatten die Fraktionen in Hessen, Hamburg und im Europa-Parlament das niedrigste Durchschnittsalter aufzuweisen und vertraten zugleich die radikalsten Positionen; die beiden Fraktionen mit dem höchsten Durchschnittsalter (in Niedersachsen und im Bundestag) gaben sich dagegen vergleichsweise moderat. Die Verjüngung, die die Parlamentsfraktionen der GRÜ-

²⁾ Zu 33 Mandatsträgern der GRÜNEN kamen trotz persönlicher Anfrage nur wenige oder keine Angaben zusammen (Quote: 14 %). Die Materialsammlung wurde am 30. September 1985 abgeschlossen. Für die hilfreiche Unterstützung bei der Auswertung der Materialien bin ich Herrn Franz Dormann zu Dank verpflichtet.

³⁾ Zur sozialen Zusammensetzung des 10. Deutschen Bundestages wird im folgenden zugrundegelegt: Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag. 10. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1983, S. 243—253; Woche im Bundestag, 13 (1983) 2, S. 4; Peter Schindler, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1982, Bonn 1983; Klemens Krämer, Der Weg ins Parlament. Kandidatur zum Bundestag, Heidelberg 1984, S. 104.

Übersicht 1: Zugehörigkeit zu den politischen Generationen und Durchschnittsalter bei Mandatsantritt

	Geburtsjahrgänge	Alle Mandatsträger %	Bundesvorstand %	Parlamentsmannschaft 1 %	Parlamentsmannschaft 2 %	Parlamentsmannschaft 3 und 4 %	10. Deutscher Bundestag *) %
„Alternativbewegungen“	1954—	15	17	10	18	20	—
APO-Ära	1946—1953	39	26	34	45	48	3
Adenauer-Ära	1935—1945	29	14	39	30	20	45
Kriegs- und Nachkriegszeit	1922—1934	12	17	17	8	5	47
Weimarer Republik und NS-Zeit	—1921	5	26	—	—	8	5
Durchschnittsalter		39,1	42,2	39,7	37,6	37,9	48,5
	n =	235	35	82	78	40	492

*) Ohne Abgeordnete der GRÜNEN

NEN in Baden-Württemberg, Berlin und Niedersachsen in der letzten Zeit erfahren haben, ging umgekehrt jeweils Hand in Hand mit einer Radikalisierung der Zielsetzungen und der Auftretensweise.

Die Mandatsträger der GRÜNEN sind nicht nur insgesamt jünger, sie entstammen auch anderen politischen Generationen als das Führungspersonal der übrigen Parteien. Unterteilt man die jüngere deutsche Geschichte in fünf große Epochen — in die Zeit der Weimarer Republik und des frühen NS-Regimes bis 1939, die Kriegs- und Nachkriegszeit bis etwa 1953, die Adenauer-Ära bis Mitte der sechziger Jahre, die Zeit der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) und Studentenbewegung bis in die frühen siebziger Jahre und schließlich die jüngste Epoche, in der eine Vielzahl politischer Bewegungen alternativ-oppositionellen Charakters der Innenpolitik ihr Gepräge gaben — und ordnet man diesen Epochen diejenigen Jahrgänge zu, die in dem entsprechenden Zeitraum heranwuchsen, mithin hier ihre prägenden politischen und sozialen Grunderfahrungen machten, so erhält man die in Übersicht 1 wiedergegebene Aufschlüsselung⁴⁾.

Danach sind nicht weniger als 54 % der Mandatsträger der GRÜNEN der APO-Generation oder der Generation der neueren politischen Bewe-

⁴⁾ Vgl. hierzu im einzelnen Helmut Fogt, Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell, Opladen 1982, bes. S. 126 ff.

gungen zuzurechnen, haben Politik also nie anders als im Zeichen des außerparlamentarischen Aktivismus seit den Tagen der Studentenrevolte kennengelernt. Nur 29 % sind in der Adenauer-Ära herangewachsen. Anders bei den zum Vergleich herangezogenen Abgeordneten der übrigen Parteien im 10. Deutschen Bundestag: Unter ihnen gehören 45 % zur Generation des Wiederaufbaus und des „Wirtschaftswunders“ in der Regierungszeit von Adenauer und Erhard. Für ebenso viele Bundestagsabgeordnete (47 %) zählen Not und Entbehrungen der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit zu den persönlichen Grunderfahrungen. Dagegen sind die beiden jüngsten Generationen bei den anderen Parteien im gegenwärtigen Bundestag so gut wie nicht vertreten.

Im Bundesvorstand der GRÜNEN zählten 26 % der Mitglieder zur APO-Generation, 17 % zur Generation der „Alternativbewegungen“. Unter den Parlamentsmannschaften der GRÜNEN sind die Anteile der beiden jüngsten Generationen fortlaufend gestiegen; unter den vorgesehenen Nachrückern der Partei für das Berliner Abgeordnetenhaus liegt die Quote heute bei 80 %. Ohne Zweifel drängt über die GRÜNEN die APO- und Nach-APO-Generation in die „etablierte“ Politik — zwei Generationen, die Wohlstand und politische Stabilität als Selbstverständlichkeiten vorgefunden haben, die daher häufig nur noch deren negative Begleiterscheinungen zu sehen vermögen.

IV. Schichtzugehörigkeit und Ausbildung

Die Parteilite der GRÜNEN stammt überwiegend aus mittelständischen Elternhäusern. Dieser Schluß scheint gerechtfertigt, auch wenn nur bei 40 Mandatsträgern detaillierte Angaben zum väterlichen Beruf vorliegen. Danach waren über ein Drittel der Väter als Selbständige, Angehörige freier Berufe oder als Landwirte tätig, während diese Gruppe insgesamt nur etwa 13 % aller Erwerbstätigen in der Bundesrepublik stellt. Mit 15 % waren auch Beamte unter den Vätern überproportional häufig vertreten. Der Angestelltenanteil lag dagegen mit einem weiteren Drittel knapp, der der Arbeiter mit 18 % ganz erheblich unter dem Durchschnitt der Erwerbstätigen.

Die überwiegende Mehrzahl der Mandatsträger der GRÜNEN hat die für diese Schicht typische Ausbildung durchlaufen (siehe Übersicht 2)⁵⁾.

Übersicht 2: Ausbildungsabschlüsse der Mandatsträger der GRÜNEN

	Prozent aller Mandatsträger *)
Volksschule ohne/mit Lehre	4
Mittlere Reife/ Fachschulabschluß	7
Abitur, Abschluß höhere Fachschule (ohne Studium)	6
Studium ohne Abschluß	11
Fachhochschulabschluß	3
Staatsexamen Lehramt	26
Staatsexamen Jura	6
Staatsexamen Theologie	2
Magister Artium	4
Diplome, sozial- und geisteswissenschaftlich	18
Diplome, naturwissenschaftlich	7
Staatsexamen Medizin	3
Promotion	10
Studienabschluß ohne nähere Angaben	2
Sonstiges (ohne Hochschulbildung)	3
Keine Angaben	4

*) Inklusive Mehrfachnennungen 116 %

⁵⁾ In diese Übersicht (wie in die Übersichten 5 bis 8) sind Mehrfachnennungen eingegangen, d. h. auf einige Mandatsträger trafen mehr als eine der aufgelisteten Kategorien zu.

Nur wenige unter ihnen besitzen ausschließlich Volksschul- oder Mittelschulbildung; dies trifft beispielsweise auf über ein Viertel der Abgeordneten der übrigen Fraktionen des 10. Bundestages und auf über 80 % der Gesamtbevölkerung zu. 11 % der GRÜNEN haben ein Studium aufgenommen, ohne es bislang abzuschließen. Darunter sind 5 %, die ihr Studium definitiv abgebrochen haben. Von den akademisch gebildeten GRÜNEN haben insgesamt 42 % Politikwissenschaften, Soziologie oder Kommunikationswissenschaft studiert. 17 % zählen die Germanistik zu den von ihnen belegten Fächern, 23 % Pädagogik (überwiegend für das Lehramt), 15 % Geschichte, je 11 % Fremdsprachen und Rechtswissenschaften, 10 % Wirtschaftswissenschaften. Alle übrigen Fächer halten Anteile von unter 10 % (im Schnitt wurden knapp zwei Studienfächer je Mandatsträger angegeben).

An dieser Verteilung wird deutlich, daß die akademischen Gruppen in sehr unterschiedlichem Maße der grün-alternativen Politik zuneigen. Der speziellen Wahl des Studienfaches kommt offenbar für entsprechende spätere Aktivitäten weichenstellende Bedeutung zu. Es sind vor allem die im Gefolge der Studentenbewegung „politisierten“, der akademischen Linken in besonderem Maße aufgeschlossenen Fächer, die vom Führungspersonal der GRÜNEN favorisiert wurden.

Bei den jüngeren Mandatsträgern ist daneben die politische Orientierung durch die besondere Wahl des Studienortes noch stärker in eine bestimmte Richtung gedrängt worden. Die ausgeprägteste Affinität verbindet die akademisch gebildeten GRÜNEN mit der Freien Universität Berlin: 28 % haben hier studiert. Im Verhältnis zur Studentenzahl der jeweiligen Universitäten lag Bremen auf Platz zwei, dann kommen Freiburg, Heidelberg, Hamburg, Frankfurt, Marburg und Tübingen. Ohne Ausnahme sind dies die Hochschulen, an denen der studentischen Protestbewegung im Gefolge der APO die größten Mobilisierungserfolge gelangen.

Von den Studienabschlüssen her gesehen stellen die Absolventen eines Lehrerexamens unter den Akademikern der GRÜNEN mit 26 % einen überragenden Anteil (siehe Übersicht 2). Unter den Bundestagsabgeordneten der übrigen Parteien hat insgesamt nur etwa jeder zehnte die Befähigung für den Schuldienst erworben. Im Vergleich zu 28 % der übrigen Bundestagsabgeordneten der „etablierten“ Parteien, die Rechts- oder Staatswissenschaften studiert haben, besitzen dagegen nur 6 % der Abgeordneten und

Vorstandsmitglieder der GRÜNEN ein juristisches Examen.

Die Zusammensetzung der sozial- und geisteswissenschaftlichen Diplome bzw. Magisterexamen weicht bei den GRÜNEN im Vergleich mit den Parlamentseliten der anderen Parteien erheblich ab. Während in anderen Parlamentsfraktionen hier die Geisteswissenschaftler dominieren, finden sich bei den GRÜNEN in dieser Rubrik elf Politikwissenschaftler, acht Diplom-Soziologen, sechs sonstige Sozialwissenschaftler, fünf Diplom-Psychologen, ein Diplom-Pädagoge, acht Volks- und Betriebswirte und nur sechs sonstige Geisteswissenschaftler. 10 % der GRÜNEN haben einen Doktorgrad erworben (27 % der Abgeordneten der übrigen Fraktionen im Deutschen Bundestag). Wenn man bedenkt, daß sich die

GRÜNEN um Sachkompetenz auf dem Gebiet der Ökologie und des Umweltschutzes bemühen, so muß erstaunen, daß nur 7 % ihrer Mandatsträger ein naturwissenschaftliches Diplom besitzen.

Insgesamt bewegt sich der Akademikeranteil unter den Abgeordneten und Vorstandsmitgliedern der GRÜNEN durchaus im Rahmen des üblichen. 62 % der hier untersuchten Mandatsträger haben einen Universitätsabschluß — zählt man die 6 % Studenten hinzu, so liegt dies knapp unter der entsprechenden Quote im übrigen Bundestag (70 %). Zusammen mit Studienabbrechern und Fachhochschul-Absolventen sind drei Viertel der GRÜNEN akademisch vorgebildet. Bei den Mitgliedern des Bundesvorstandes und den GRÜNEN der dritten und vierten Parlamentsmannschaft liegt diese Quote bereits nahe 90 %.

V. Berufsstatus und andere soziale Merkmale

Die Parteilite der GRÜNEN kommt überwiegend aus Berufen, wie sie für den modernen Versorgungs- und Dienstleistungsstaat typisch geworden sind (siehe Übersicht 3)⁶⁾. Berufe aus den Bereichen Landwirtschaft und Industrie finden sich unter den Mandatsträgern der GRÜNEN kaum. Nur 2 % von ihnen haben land-, forst- oder fischereiwirtschaftliche Berufe ausgeübt (unter den Bundestagsabgeordneten der übrigen Fraktionen gegenwärtig 4 %, unter den Erwerbstätigen insgesamt 6 %), nur 2 % waren Arbeiter (Bundestagsabgeordnete anderer Parteien: 4 %, unter den Erwerbstätigen 40 %). Auch kaufmännische Angestellte und Selbständige sind bei den GRÜNEN im Vergleich zu den Bundestagsabgeordneten der übrigen Parteien um mehr als die Hälfte unterrepräsentiert.

Während der Anteil an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, auch Juristen unter den Mandatsträgern der GRÜNEN nach wie vor vergleichsweise gering ist, steigt der Anteil von Ärzten und sonstigen Angehörigen von Gesundheitsdienstberufen über das in anderen Fraktionen übliche Maß hinaus an. Es ist zu vermuten, daß sich hierin die neuerdings zu beobachtende Tendenz widerspiegelt, die Probleme der Umweltbelastung immer stärker unter ihrem gesundheitlichen Aspekt zu diskutieren. Bemerkenswert ist daneben der steigende Anteil sozialpflegerischer Berufe — er liegt bei den Nachrücker-Mannschaften der GRÜNEN fast um das dreifache höher als unter den Abgeordneten der übrigen Fraktionen des gegenwärtigen Bundestages.

⁶⁾ Fraktions- und Parteiangestellte der GRÜNEN sind in dieser Übersicht nach demjenigen Berufsstatus erfaßt, den sie vor Antritt ihres Parteiambtes innehatten (vgl. Übersicht 4).

Der Deutsche Bundestag hat sich ähnlich wie die Ländervertretungen in neuerer Zeit immer stärker zu einem Lehrer-Parlament entwickelt. Bis zu 18 % seiner Mitglieder können heute pädagogischen Berufen zugerechnet werden, obwohl deren Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt unter 3 % liegt. Von den GRÜNEN wird diese Quote noch deutlich übertroffen: 25 % aller Abgeordneten und Vorstandsmitglieder dieser Partei waren zuvor als Lehrer, Hochschullehrer oder Studienreferendare tätig. Zählt man die wissenschaftlichen Assistenten, Privatdozenten und Inhaber von Lehraufträgen unter den GRÜNEN hinzu, so kommt man auf einen Anteil von über einem Drittel, die Lehrtätigkeiten der verschiedensten Art ausführten. In den ersten Parlamentsfraktionen der GRÜNEN lag allein der Anteil hauptamtlicher Lehrer bei 39 %! Mittlerweile hat sich dieser Anteil allerdings der in den Fraktionen anderer Parteien üblichen Quote angeglichen. Offensichtlich sind den GRÜNEN die negativen Folgen eines solchen Überhangs an Lehrberufen (etwa hinsichtlich der in dieser Berufsgruppe meist fehlenden spezialisierten Fachkompetenz) mittlerweile bewußt geworden.

Als weitere wichtige Berufsgruppe ragen unter den Mandatsträgern der GRÜNEN die Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler hervor, deren Anteil neuerdings insbesondere in den verschiedenen Parlamentsfraktionen der Partei erheblich angewachsen ist. Ebenso angewachsen ist der Anteil der Mandatsträger, die sich noch im Studium befinden.

Sehr bemerkenswert ist schließlich der hohe Anteil GRÜNER, die keine geregelte Berufstätigkeit gefunden haben. 10 % der Mandatsträger waren

Übersicht 3: Berufliche Gliederung der Mandatsträger der GRÜNEN

	Alle Mandatsträger %	Bundesvorstand %	Parlamentsmannschaft 1 %	Parlamentsmannschaft 2 %	Parlamentsmannschaft 3 und 4 %
Land- und Forstwirte, Fischer	2	—	1	4	—
Arbeiter, Facharbeiter	2	—	2	3	2
Einfache technische und Dienstleistungsberufe	6	9	4	8	8
Kaufmännische Angestellte, Selbständige	8	14	6	9	2
Ingenieure, Naturwissenschaftler, Architekten	3	3	4	1	5
Richter, Rechtsanwälte, Rechtsreferendare, Verwaltungsbedienstete	6	3	6	6	8
Ärzte, Gesundheitsdienstberufe	6	—	2	9	10
Sozialpflegerische Berufe	4	—	2	6	8
Geistliche	—	—	1	—	—
Lehrer, Hochschullehrer, Studienreferendare	25	9	39	22	18
Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, sonstige Geisteswissenschaftler	8	11	2	9	15
Journalisten, Publizisten	5	6	6	5	—
Studenten	6	3	4	8	10
Hausfrauen	3	9	5	1	—
Rentner, Pensionäre	1	3	2	—	—
Arbeitslose, unregelmäßig Berufstätige, Studium ohne Anstellung	10	14	10	9	10
Sonstiges, keine Angaben	4	17	2	—	5
n =	235	35	82	78	40

arbeitslos, hatten nach dem Studium keine Anstellung erhalten oder verzichteten von vornherein auf eine regelmäßige Berufstätigkeit („Jobber“). Zählt man diejenigen hinzu, die bereits mehrfach den ausgeübten Beruf gewechselt haben, sowie diejenigen, die beruflich im Bereich der in den siebziger Jahren aufgeblühten „alternativen“ Wirtschaftssektoren tätig waren, so steigt die Quote der beruflichen Problemfälle auf 26 %⁷⁾. Berücksichtigt man ferner, daß außerdem

⁷⁾ Die Selbstverwaltungsbetriebe des Alternativ-Sektors können als „Kinder der Not“ nicht nur in dem Sinne gelten, daß sie „häufig von Leuten gegründet und geführt (werden), die aufgrund von Arbeitsmarktproblemen keine Chance hatten, eine entsprechende Fachqualifikation bzw. Berufserfahrung vor dem Eintritt in den alternativen Sektor zu erwerben, oder die über

eine Reihe von Studienreferendaren und wissenschaftlichen Angestellten mit unsicheren Zukunftsaussichten rechnen müssen, so wird deutlich, in welchem außergewöhnlichem Umfang Probleme des Berufs- und Sozialstatus für die Alternativ-Elite der GRÜNEN bestimmend sind.

Man wird natürlich nicht allein die pessimistischeren Berufs- und Lebensperspektiven von Tei-

Erstqualifikationen verfügen, die abseits von den in den Betrieben geforderten und ausgeübten Berufs- und Arbeitsfeldern liegen“, sondern auch in dem Sinne, daß sie aufgrund vielfältiger Finanzierungs-, Absatz- und Organisationsprobleme in der Regel auf einer außerordentlich prekären ökonomischen Basis arbeiten. Marlene Kück, Alternative Ökonomie in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/85, S. 36.

len der jungen Generation als treibendes Motiv des „alternativen“ politischen Engagements der GRÜNEN ansehen dürfen. Es verbietet sich jedoch ebenso, die GRÜNEN ausschließlich als Phänomen des politischen Aufbegehrens einer wirtschaftlich gesicherten neuen Dienstleistungs-kategorie zu interpretieren. Dies macht die Aufgliederung der Mandatsträger der GRÜNEN nach ihrer beruflichen Stellung in Übersicht 4 deutlich. Zwar kommen unter Berücksichtigung einiger Verbandsangestellter insgesamt 39 % der Abgeordneten und Vorstandsmitglieder der GRÜNEN aus dem öffentlichen Dienst, doch gilt dies im derzeitigen Bundestag sogar für 41 % der Abgeordneten der übrigen Parteien.

Übersicht 4: Mandatsträger der GRÜNEN nach ihrer Stellung im Beruf

	Mandatsträger der GRÜNEN		10. Deutscher Bundestag ohne GRÜNE %
	N	%	
Arbeiter	5	2	4
Beamte, Richter	40	17	36
Angestellte öffentlicher Dienst	42	18	5
Angestellte Parteien	22	9	14
Angestellte sonstige Verbände	11	5	
Angestellte Privatwirtschaft	22	9	13
Angestellte sonstiges	6	3	—
Selbständige	11	5	11
Freie Berufe	18	8	17
Landwirte	2	1	4
Nicht Berufstätige	36	15	1
keine Angaben	20	9	3
	235	100 %	100 %

Nicht weniger als 9 % der Mandatsträger der GRÜNEN stehen heute in beruflicher Abhängigkeit von ihrer Partei. Die im Bundestag nach der Rotation vom Frühjahr verbliebenen „Vorrücker“ der GRÜNEN sind darin noch nicht einmal enthalten; die Quote dürfte mit jeder weiteren „Rotation“ ansteigen. Hierbei wird deutlich, in welchem Maße ausgerechnet die GRÜNEN ihre Repräsentanten zu Berufspolitikern machen.

Geht man von der vorparlamentarischen Berufsqualifikation und Berufserfahrung der Mandatsträger aus, so wird man insgesamt dennoch nicht davon sprechen können, daß es den Fraktionen der GRÜNEN in den vergangenen Jahren gelungen ist, den Anteil sachlich kompetenter Mitglieder nennenswert zu steigern.

40 % der hier untersuchten GRÜNEN waren oder sind Mitglieder in einer Gewerkschaft. Von ihnen hatte über ein Viertel gewerkschaftliche Funktionen inne, vom betrieblichen Vertrauensmann bis zum Gewerkschaftssekretär. 10 % der Mandatsträger waren in einem Betriebsrat oder Personalrat tätig. Von den genannten 40 % der gewerkschaftlich organisierten GRÜNEN entfielen nicht weniger als 18 % der Mitgliedschaften auf die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Dies liegt zum einen an dem hohen Lehreranteil unter den Mandatsträgern, zum anderen wohl auch an der prononciert GRÜNEN-freundlichen Haltung dieser Organisation (die sich ähnlich nur noch bei der IG Druck beobachten läßt). Unter der ersten Parlamentariermannschaft der GRÜNEN kamen die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder mit knapp 50 % fast an den Durchschnitt im 10. Deutschen Bundestag heran (60 % Gewerkschaftsmitglieder ohne die GRÜNEN)⁸). Auch unter den Nachfolgern in den Parlamentsfraktionen der GRÜNEN liegt die Quote kaum niedriger. Wenn man bedenkt, daß die Gewerkschaften dem industriellen Wachstum und den materiellen Zugewinnen der Arbeitnehmerschaft noch immer Vorrang vor den Imperativen des Umweltschutzes einräumen, ist dieser Grad der Gewerkschaftsverbundenheit bei den GRÜNEN doch erstaunlich.

Trotz der schmalen Datenbasis (nur 59 GRÜNE machten Angaben) sind auch die Ergebnisse zur konfessionellen Bindung der untersuchten GRÜNEN bemerkenswert. Die konfessionelle Verteilung, wie sie etwa im gegenwärtigen Bundestag herrscht, verschiebt sich bei den GRÜNEN erheblich: Während dort 52 % der Abgeordneten, die Angaben zur Konfession machten, katholisch und 47 % evangelisch waren, liegt der Anteil der Protestanten unter den hier untersuchten Mandatsträgern der GRÜNEN bei 59 %, der der Katholiken nur bei 12 %. Mit 27 % ist auch der Anteil der Konfessionslosen bemerkenswert hoch, er dürfte in Wirklichkeit noch um einiges höher liegen.

⁸) Emil-Peter Müller, Gewerkschaften im 10. Deutschen Bundestag, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1983) 4, S. 493.

VI. Die politische Herkunft der Mandatsträger

Über die Hälfte (54 %) der hier untersuchten Mandatsträger der GRÜNEN und Alternativen sind vor ihrer Zeit bei den GRÜNEN bereits in einer anderen politischen Organisation aktiv gewesen. 7 % konnten gar auf mehrere entsprechende Mitgliedschaften zurückblicken.

27 % der Mandatsträger hatten zuvor einer anderen politischen Partei angehört (Übersicht 5)⁹⁾. Den Löwenanteil bestreiten hierbei ehemalige Mitglieder der SPD mit 15 %. Diese hatten ihre Partei überwiegend in den Jahren zwischen 1977 und 1979 verlassen, vor allem aus Verärgerung über den Kurs der Partei während der Kanzlerschaft Helmut Schmidts. Acht GRÜNE waren Mitglied der DKP (bzw. der West-Berliner SEW oder der SED) oder Mitglied in einer der Vorfeld-Organisationen der DKP wie der „Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner“ und der SEW-gesteuerten „Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten“. Die „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (AUD), eine rechtskonservativ-nationalistische Splitterpartei, die bei der Gründung der GRÜNEN eine bedeutsame Rolle spielte, stellte zwölf Mandatsträger der GRÜNEN.

⁹⁾ Hierbei ist zu berücksichtigen, daß diese Mitgliedschaften in einigen wenigen Fällen bis in die sechziger Jahre zurückliegen. Zu den Parteimitgliedern wurden auch Mitglieder der entsprechenden Nebenorganisationen gezählt, also z. B. der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen“, der „Jungen Union“ und dergleichen (vgl. Anm. 5).

Neben den genannten politischen Parteien haben die GRÜNEN ihre Führungselite zu einem sehr erheblichen Teil aus den verschiedenen Organisationen und Gruppierungen der radikalen und extremen Linken der Bundesrepublik bezogen¹⁰⁾. 82 der hier untersuchten 235 Mandatsträger der GRÜNEN und der Alternativen Liste, das sind 35 %, waren in einer solchen linksradikalen oder linksextremen Vereinigung organisiert (Übersicht 6). Die GRÜNEN stellen damit in Teilen eine Musterkarte der linksradikalen Protestbewegung der siebziger Jahre dar — ohne die Kenntnis dieser Bewegung wird man die Entwicklung

¹⁰⁾ Als „linksextrem“ werden im folgenden alle Organisationen der Linken und deren Mitglieder bezeichnet, soweit sie von den Verfassungsschutzämtern als verfassungsfeindlich beurteilt wurden und als solche Gegenstand regelmäßiger Beobachtung waren. Der Linksextremismus in der Bundesrepublik zerfällt in einen *orthodoxen*, pro-sowjetischen Flügel, der sich um die DKP gruppiert, und einen aus der Studentenbewegung der späten sechziger Jahre hervorgegangenen Flügel der „Neuen Linken“, der (ursprünglich maoistisch orientiert) den „real existierenden Sozialismus“ des Ostblocks ablehnt. Die Neue Linke ihrerseits umschließt eine *dogmatische* Fraktion, die auf den Marxismus-Leninismus als Organisations- und Ideologieprogramm eingeschworen ist (die sogenannten „K-Gruppen“), und eine diffuse *undogmatische* Fraktion, die insbesondere die leninistische Form der Kaderorganisation ablehnt. Als „linksradikal“ werden im folgenden Organisationen und Personen bezeichnet, deren politischer Standort zwar am linken Rand des Parteienspektrums anzusiedeln ist, die aber nicht eindeutig verfassungsfeindliche Zielsetzungen verfolgen.

Übersicht 5: Frühere Mitgliedschaft der GRÜNEN bei Parteien und deren Vorfeldorganisationen

	N	In Prozent aller Mandatsträger %	Davon in führender Position N
Bereits früher Mitglied einer Partei oder deren Vorfeldorganisation	63	27	25
Davon zuzuordnen der *):			
SPD	35	15	8
CDU/CSU	9	4	4
FDP	7	3	3
DKP	8	3	2
AUD	12	5	8
Nicht zuvor Mitglied einer anderen Partei, nicht zu ermitteln	172	73	—

*) Inklusive Mehrfachnennungen

235

100 %

**Übersicht 6: Frühere Mitgliedschaft der Mandatsträger der GRÜNEN
in linksextremen oder linksradikalen Organisationen (ab 1967)**

	N	In Prozent aller Mandatsträger
Mitglied in linksradikaler oder linksextremer Organisation	82	35 %
Davon in linksextremer Organisation *):		
Orthodoxer kommunistischer Hochschulverband	4	2 %
Dogmatische „Neue Linke“ (K-Gruppen)	36	15 %
Undogmatische „Neue Linke“ (Sozialistisches Büro u. a.)	19	8 %
in linksradikaler Organisation:		
SDS, Republikanischer Club u. a.	11	5 %
Undogmatische „Neue Linke“ (Basisgruppen u. a.)	13	6 %
Anarchistische Gruppen (Spontis, Autonome)	10	4 %
Sonstige linksradikale Hochschulgruppen	5	2 %
Kein Mitglied linksradikaler und linksextremer Organisation, nicht zu ermitteln	153	65 %
*) Inklusive Mehrfachnennungen	235	100 %

und Struktur der GRÜNEN nicht zureichend verstehen¹¹⁾.

Den harten Kern der „Außerparlamentarischen Opposition“ der späten sechziger Jahre bildeten der „Sozialistische Deutsche Studentenbund“ (SDS) und der 1967 von Altgenossen des SDS gegründete „Republikanische Club“. Beiden Organisationen haben elf der Abgeordneten und Vorstandsmitglieder der GRÜNEN angehört.

Vier weitere engagierten sich in den siebziger Jahren in Hochschulgruppen der orthodoxen Linken: drei im „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB), der 1972 auf DKP-Linie einschwenkte, einer arbeitete damals im DKP-eigenen „Marxistischen Studentenbund Spartakus“ (MSB) mit.

¹¹⁾ Ohne maßgebliche Beteiligung einiger linksradikaler und alternativer Zeitungen und Zeitschriften wären insbesondere die Alternativen Listenverbindungen kaum zustande gekommen. Von den hier untersuchten Mandatsträgern der GRÜNEN waren nicht weniger als 19 zum Teil in verantwortlicher Position an solchen Periodika beteiligt. Sechs Mandatsträger waren bei der führenden Alternativzeitung der Bundesrepublik, der *tageszeitung* (taz) beschäftigt, vier arbeiteten bei der undogmatisch-sozialistischen Zeitung *Moderne Zeiten* mit, andere waren bei extremistischen Kampagnen- und Agitationsblättern wie *agit 883* und *Radikal* tätig, in denen auch für terroristische Vereinigungen geworben wurde.

Zur „dogmatischen Neuen Linken“, den „K-Gruppen“, zählten in den siebziger Jahren nicht weniger als 36 der hier untersuchten Repräsentanten der GRÜNEN und Alternativen Listen. Die K-Gruppen-Bewegung zerfiel in den späten siebziger Jahren und begann, ihr Aktionsfeld umzuorientieren — hin zu den neu aufgetretenen „Massenbewegungen“ wie der Anti-Atomkraft-Bewegung; schließlich entdeckte man die GRÜNEN. Von vornherein bestand die Absicht, die GRÜNEN als Vehikel für sich einzuspannen¹²⁾. Die Selbst-Liquidation der meisten K-Gruppen „erwies sich rasch als ziemlich zielstrebige Auflösung in die allenthalben entstehenden bunten und alternativen Wahlbündnisse hinein“¹³⁾.

Insbesondere Mitgliedern der 1980 aufgelösten „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) gelang es, bei den GRÜNEN Fuß zu fassen. Die

¹²⁾ Bereits 1979 sprach sich der spätere Fraktionssprecher der Hamburger „Grün-Alternativen-Liste“, Thomas Ebermann, vor einer Fraktionskonferenz des „Kommunistischen Bundes“ für das „Konzept der Blockbildung“ aus, „um die Möglichkeit der ‚Erpressung‘ und Einflußnahme auf die GRÜNEN zu erhöhen“, und propagierte den „Entrismus“, also die Taktik des Eindringens in größere Organisationen, um dort als Minderheit mitzuarbeiten und nach Festigung der eigenen Position die Führung zu übernehmen. Siehe Gerd Langguth, *Protestbewegung. Entwicklung — Niedergang — Renaissance*, Köln 1983, S. 122.

¹³⁾ *Der Spiegel*, (1981) 19, S. 44.

KPD beabsichtigte ausdrücklich, Mandate bei den GRÜNEN und Alternativen zur Fortsetzung ihrer bisherigen Politik zu nutzen und hat dieses Vorhaben etwa im Rahmen der Berliner Alternativen Liste auch eingelöst. An der Gründung der Alternativen Liste am 5. Oktober 1978 beteiligten sich (neben Bürgerinitiativen, Frauengruppen, sonstigen „Basisinitiativen“, Vertretern des „Sozialistischen Büros“, des „Sozialistischen Studentenbundes“ und anderer linker Hochschulgruppen) fast vollzählig die Kader der KPD, daneben des „Kommunistischen Bundes“ (KB) und des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ (KBW). Die KPD galt bald als die „tragende organisatorische Kraft“ der Berliner Alternativen Liste¹⁴). Der KPD mit ihren Nebenorganisationen gehörten 14 Abgeordnete und Vorstandsmitglieder der GRÜNEN an.

Ähnlich gelang es dem allgemein als relativ flexibel, weniger dogmatisch geltenden, überwiegend in Hamburg beheimateten „Kommunistischen Bund“, erheblichen Einfluß auf die GRÜNEN auszuüben. Dieser hatte bereits in der dortigen „Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe“ eine dominierende Rolle gespielt; die 1978 zu den Bürgerschaftswahlen angetretene „Bunte Liste/Wehrt Euch“ stand unter seiner politischen Führung. 1979 kam es zur Abspaltung einer „Zentrumsfraktion“ („Z-Fraktion“) vom „Kommunistischen Bund“, die geschlossen den GRÜNEN beitrug. Horst Bieber merkte damals in der ZEIT an, vieles spreche „dafür, daß die Spaltung (samt ‚Ausschluß‘ der Minderheit) nur Taktik war“¹⁵). Im Juni 1984 legte schließlich auch der verbliebene Rest des KB seinen Mitgliedern nahe, „einzeln, aber möglichst geschlossen“ den GRÜNEN beizutreten¹⁶). Aus dem „Kommunistischen Bund“ stammen zwölf der hier untersuchten Mandatsträger der GRÜNEN.

Weitere vier hatten sich zeitweise beim KBW engagiert, der sich insbesondere bei gewalttätigen Auseinandersetzungen um Atomkraftwerke in den siebziger Jahren hervorgetan hatte und sich 1985 auflöste. Hinzu kommen zwei ehemalige Mitglieder der KPD/ML und ein Mitglied der Gruppe „Revolutionärer Kampf“. Mindestens

¹⁴) Ernst Hopflitschek, Partei, Avantgarde, Heimat — oder was? Die ‚Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz‘ in West-Berlin, in: Jörg R. Metke (Hrsg.), DIE GRÜNEN. Regierungspartner von morgen?, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 83. Das Bundesministerium des Innern schätzt den Anteil ehemaliger Mitglieder der KPD unter den Mitgliedern und Kandidaten der Alternativen Liste auf etwa ein Viertel; siehe Gerd Langguth (Anm. 12), S. 264.

¹⁵) Die ZEIT vom 25. Januar 1980.

¹⁶) Der Bundesminister des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1984, Bonn 1985, S. 99.

fünf Mandatsträger der GRÜNEN waren in den genannten K-Gruppen in führender Position tätig. Von drei weiteren Repräsentanten der Partei ist bekannt, daß sie mit kommunistischen oder trotzkistischen Gruppen zumindest eng zusammenarbeiteten oder bei ihnen Schulungskurse absolvierten.

Nahezu gleichgewichtig neben den K-Gruppen stehen die Gruppierungen der „undogmatischen Neuen Linken“, also derjenigen, die den Leninismus als verpflichtendes Organisationsprogramm ablehnen. Hier ist in erster Linie das „Sozialistische Büro“ (SB) in Offenbach zu nennen, eine Organisation, die sich als Sammelbecken für Sozialisten verschiedener Schattierungen verstand. Das „Sozialistische Büro“ setzte sich die „revolutionäre Umwälzung“ der Gesellschaft im „hochentwickelten Kapitalismus“ zum Ziel¹⁷). Nach einer Empfehlung an seine Mitglieder von 1979, in den „basis-demokratischen und sozialistischen (!) Fraktionen“ der GRÜNEN und Alternativen mitzuarbeiten, steht es heute vor der Auflösung¹⁸).

Weiterhin zählen hierzu die Mitte der siebziger Jahre an den Universitäten unter maßgeblicher Beteiligung des „Sozialistischen Büros“ gegründeten „Basisgruppen“, Gruppen linkssozialistischer Couleur, die sich organisatorisch mit den sogenannten „Spontis“ überschneiden. Auch den Basisgruppen geht es um eine „radikale Umwälzung“ der „kapitalistischen Gesellschaft“¹⁹). Insgesamt 32 Mandatsträger der GRÜNEN waren in diesen und anderen Gruppen der „undogmatischen Neuen Linken“ organisiert. 19 von ihnen gehörten einer Organisation an, die (wie das SB) als verfassungsfeindlich und mithin linksextrem eingestuft worden ist, 13 einer Organisation, die als linksradikal zu gelten hat (wie die Basisgruppen).

In der antiautoritären Tradition der APO stehen zahlreiche anarchistische Gruppen, die insbesondere im Zusammenhang mit der „Jugendzentrumsbewegung“ und den Hausbesetzungen der siebziger Jahre erheblichen Aufschwung genommen haben. Diese politisch weitgehend konzeptionslosen Gruppen unterscheiden sich letztlich nur in ihrer Radikalität. Während die „Spontis“ zum Teil Gewalt überhaupt ablehnen, zum Teil freilich nur körperliche Gewalttaten gegen Perso-

¹⁷) Informationsschrift „Wer wir sind — was wir wollen“, Herbst 1982; zitiert nach Verfassungsschutzbericht 1982, Bonn 1983, S. 92.

¹⁸) Gerd Langguth (Anm. 12), S. 197.

¹⁹) Stellungnahme der Basisgruppen zur 9. Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften, März 1984; zitiert nach Verfassungsschutzbericht 1984 (Anm. 16), S. 105.

nen ausschließen, sind die sogenannten „Autonomen“ in der Regel von erheblicher Militanz und verschiedentlich durch Gewalttätigkeiten, Hausbesetzungen u. ä. aufgefallen²⁰). Zehn führende Repräsentanten der GRÜNEN und Alternativen waren Bestandteil dieser Szene.

Insgesamt haben über 60 führende Repräsentanten der GRÜNEN und Alternativen in den letzten fünfzehn Jahren einer Partei (DKP) oder Organisation angehört oder eine solche massiv unterstützt, die als linksextrem gilt. Weitere 25 GRÜNE und Alternative gehörten einer Organisation an, die nach der hier zugrunde gelegten Definition als linksradikal zu bewerten ist.

Ehemalige Mitglieder linksextremer und linksradikaler Gruppen waren bei der Gründung der Partei DIE GRÜNEN von Anfang an dabei: Jeder dritte Mandatsträger, der über eine einschlägige Vergangenheit verfügt, ist bereits vor 1979

den GRÜNEN oder den Alternativen Listen beigetreten, während dies nur für ein knappes Viertel der übrigen Abgeordneten und Vorstandsmitglieder gilt.

Die ehemaligen Mitglieder linksextremer und linksradikaler Organisationen konnten ihren personellen Einfluß seitdem weiter ausbauen. Während ihr Anteil unter der ersten Parlamentariermannschaft der GRÜNEN noch bei 30 % lag, stieg er in der zweiten Mannschaft bereits auf 37 % und liegt heute, unter den Mitgliedern der dritten und vierten Abgeordnetenmannschaft, bei 40 %. Nur im Bundestag, in der Hamburger Bürgerschaft und im Europa-Parlament zählen zum zweiten Parlamentarierteam der GRÜNEN weniger ehemalige Mitglieder linksextremer und linksradikaler Gruppen als zum ersten. Dagegen nahm ihr Anteil in Berlin und in Hessen weiter zu.

VII. Verankerung in politischen Bewegungen

Die GRÜNEN verstehen sich als organisatorische Speerspitze der verschiedenen, seit den siebziger Jahren in der Bundesrepublik aufgetretenen „alternativen“ politischen und sozialen Bewegungen, in denen sie ihre eigentliche „Basis“, ihr politisches „Standbein“ sehen. In der Tat lassen sich für zwei Drittel der hier untersuchten Parlamentsabgeordneten und Vorstandsmitglieder der GRÜNEN Beziehungen zu einer oder mehreren dieser nur locker organisierten politischen Bewegungen nachweisen (Übersicht 7).

51 Mandatsträger der GRÜNEN rechneten sich der Studentenbewegung und Außerparlamentarischen Opposition der sechziger Jahre zu. Ähnlich zahlreich sind die Anhänger der Friedensbewegung unter den Repräsentanten der GRÜNEN vertreten, von denen einige wenige ebenfalls bereits in den sechziger Jahren, bei Ostermärschen und „Kampf-dem-Atomtod-Kampagnen“, dabei waren.

Der Bürger- und Menschenrechtsbewegung sind 31 Mandatsträger der GRÜNEN und Alternativen Listen zuzurechnen. Ein Teil von ihnen arbeitete bei „amnesty international“ mit, andere befaßten sich in verschiedenen Initiativen mit Menschenrechtsverletzungen in Südafrika, in der Türkei, im Iran und anderswo. Das Anliegen dieser Gruppe berührt sich mit dem jener 19 Mandatsträger, die sich zu der in den siebziger Jahren

aufgekommenen „Dritte-Welt-Bewegung“ zählen. Der größte Teil der Bürgerrechts-Aktivisten engagiert sich jedoch auf innenpolitischem Gebiet, überwiegend zugunsten „politisch Verfolgter“ in der Bundesrepublik. Acht von ihnen beteiligten sich am Kampf gegen „Berufsverbote“, fünf sind im „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ und anderen Initiativen für „demokratische Rechte“ tätig, fünf haben bei der Vorbereitung des sogenannten „III. Russell-Tribunals“ mitgewirkt, das Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik untersuchen sollte.

Neben dem nicht unbedeutenden Anteil engagierter Feministinnen innerhalb der Parlaments- und Parteilite der GRÜNEN finden sich 36 Mandatsträger, die sich den unterschiedlichsten Rand- und Problemgruppen der Gesellschaft widmeten. Hierbei wurde häufig die Mitarbeit in der Ausländer-Betreuung, in der Sozialhilfe, bei Drogenproblemen, zugunsten sozial geschädigter Jugendlicher oder Arbeitsloser genannt, gelegentlich auch die Unterstützung in der Betreuung Kranker und Behinderter. Sechs GRÜNE konzentrierten ihre Aktivitäten auf den Justizvollzug („Knastarbeit“).

Von den hier untersuchten Mandatsträgern der GRÜNEN wirkten 41 in einer oder mehreren Bürgerinitiativen außerhalb des Bereichs Umweltschutz mit. Unter den Tätigkeitsfeldern der entsprechenden Initiativen steht der Bereich der Mieterprobleme oben an (auch als „Mieterpoli-

²⁰) Vgl. Gerd Langguth (Anm. 12), S. 234—244.

Übersicht 7: Verankerung der Mandatsträger der GRÜNEN in den neueren politischen Bewegungen

	N	In Prozent der Mandatsträger
Mitglied in einer politischen Bewegung:	158	67 %
Davon *):		
APO, Studentenbewegung sechziger Jahre	51	22 %
Friedensbewegung seit sechziger Jahre	50	21 %
Dritte-Welt-Bewegung	19	8 %
Bürger- und Menschenrechtsbewegung	31	13 %
Frauenbewegung	21	9 %
Randgruppenarbeit	36	15 %
Bürgerinitiativen (ohne Umweltschutz)	41	17 %
Alternativbewegung	34	14 %
Kein Mitglied einer politischen Bewegung, nicht zu ermitteln	77	33 %
*) Inklusive Mehrfachnennungen	235	100 %

tik“ und gelegentlich unverblümt als „Häuserkampf“ bezeichnet). An zweiter Stelle folgt das Engagement in der Stadtplanung und in Stadtteilgruppen sowie in der Jugendarbeit bzw. der Jugendzentrumsbewegung.

Schließlich stammen 34 Repräsentanten der GRÜNEN aus der Alternativbewegung im engeren Sinn, d. h. waren beruflich in Alternativläden und Alternativfirmen tätig oder zählten zur „Aussteiger-Szene“. Elf von ihnen arbeiteten hauptberuflich für eine Alternativzeitung, ebenso viele waren in alternativen Gesundheitsläden, Buchläden, Kneipen oder diversen Firmen tätig, eine Abgeordnete unterrichtete an einer Alternativschule, vier GRÜNE praktizierten alternative Landwirtschaft. Drei GRÜNE besitzen Kommunen- oder Sekten-Erfahrung. Vier von ihnen waren Mitglied in einer Dachorganisation der Alternativbetriebe, dem „Netzwerk Selbsthilfe e. V.“.

Die GRÜNEN wären niemals in die Parlamente gelangt, wäre ihre Partei nicht von Anfang an in der Öffentlichkeit mit einer weiteren Bewegung identifiziert worden: der Ökologie- und Umweltschutzbewegung. Im Herbst 1984 trauten nach Umfragen 40% der Bevölkerung den GRÜNEN als einziger Partei zu, die Umweltverschmutzung einzudämmen (24% nannten die CDU/CSU, 20% die SPD)²¹). Ein ernsthafter Einsatz für die Lösung ökologischer Probleme ist den GRÜ-

²¹) Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8405.

NEN auch nicht abzusprechen. Es wäre aber falsch anzunehmen, daß Ökologie und Umweltschutz für die GRÜNEN die alles beherrschenden Themen darstellen. Dies wird bereits an ihren parlamentarischen Aktivitäten sichtbar: Eine eingehende Studie kam zu dem Ergebnis, daß die GRÜNEN in den ersten knapp zwei Jahren ihrer Präsenz im Deutschen Bundestag gerade 23% ihrer Kleinen und Großen Anfragen sowie Gesetzesinitiativen dem Bereich des Umweltschutzes widmeten²²). Die GRÜNEN liegen damit zwar deutlich vor den übrigen Bundestagsparteien, die nur 18% ihrer Anfragen und Gesetzesvorschläge auf den gesamten Bereich Umweltschutz-, Verkehrs- und Energiepolitik verwandten (GRÜNE: 43%); sie setzen ihre parlamentarischen Frage- und Initiativrechte daneben aber ähnlich pointiert für die Friedensbewegung und die Dritte-Welt-Bewegung ein (17% bzw. 12% der Anfragen und Gesetzesvorschläge; andere Bundestagsparteien: 3% bzw. 5%). Das ganze breite Feld der Innen- und Wirtschaftspolitik kommt bei den einschlägigen parlamentarischen Aktivitäten der GRÜNEN dagegen kaum vor (5% bzw. 6%; andere Parteien: 25% bzw. 22%).

Auch in anderer Hinsicht lassen sich die GRÜNEN nur mit Vorbehalten als Partei des Umweltschutzes kennzeichnen. Allenfalls 40% der Man-

²²) Wolfgang Ismayr, Die GRÜNEN im Bundestag: Parlamentarisierung und Basisanbindung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1985) 3, S. 316 ff.

datsträger der GRÜNEN rechnen sich einer Organisation oder Initiative zu, die (bei großzügiger Auslegung) mit der Sicherung und Pflege der natürlichen Umwelt des Menschen zu tun hat (Übersicht 8). Hiervon bezeichnen sich 24% als engagierte Gegner von Atomkraftwerken, 23% gaben Aktivitäten in verschiedenen Umweltschutzorganisationen an oder rechneten sich pauschal der Ökologiebewegung zu, 18% waren Mitglied in einem der großen Umweltschutz- und Bürgerinitiativverbände (Mehrfachnennungen). Hinter dieser Gesamtzahl von 40% Anhängern der Umweltschutzbewegung unter der Parteilite der GRÜNEN verbirgt sich zudem eine beachtenswerte Entwicklung: Noch unter der ersten Abgeordnetenmannschaft, die die GRÜNEN in die Parlamente entsandte, lag der Anteil im Umweltschutz engagierter Parlamentarier bei über 50%. Er ist seitdem kontinuierlich abgesunken und liegt in der dritten und vierten Mannschaft bei nur mehr 18%. Ein immer geringerer Teil der Parteilite der GRÜNEN und Alternativen rekrutiert sich also aus der Ökologie- und Umweltschutzbewegung.

Die Repräsentanten der GRÜNEN stehen gegenüber all diesen Bewegungen unter einem starken Erwartungs- und Rechtfertigungsdruck. Gruppen und Initiativen an der „Basis“ der Partei fordern von ihren Parlamentsvertretern insbesondere demonstrative „Aktionen“, wobei die Abgeordne-

ten-Immunität im Zusammenhang mit sogenannten Regelverletzungen systematisch instrumentalisiert wird²³⁾. Mandatsträger der GRÜNEN haben bei der Verfolgung ihrer politischen Ziele denn auch Rechtsbrüche durchaus in Kauf genommen. Von 25 führenden Repräsentanten ist eine Verurteilung wegen strafbarer Handlungen bekannt geworden. Die meisten davon sind als demonstrative, politisch motivierte Delikte zu bezeichnen. In zehn Fällen handelte es sich um die Blockade von Verkehrswegen, in acht Fällen um Verstöße gegen das Versammlungsrecht oder um Störung des Parlamentsfriedens, in vier Fällen um Hausbesetzungen und dergleichen. Sechs Delikte, für die sich fünf Repräsentanten der GRÜNEN vor Gericht verantworten mußten, betrafen Straftaten im Umfeld des Terrorismus. 58% der Delikte gehen auf das Konto früherer Mitglieder linksextremer und linksradikaler Organisationen, obwohl diese nur 35% aller Mandatsträger stellen.

²³⁾ Die Anhängerschaft der GRÜNEN steht Gewalttätigkeiten in besonderem Maße aufgeschlossen gegenüber. Im Herbst 1984 äußerten 70% der Stammwähler der GRÜNEN Verständnis dafür, „daß Jugendliche manchmal zur Gewalt greifen, weil sie nur so beachtet werden“; 42% fanden „angesichts alltäglicher Gewalt“ „Gewaltaktionen anderer Menschen“ überhaupt verständlich (Bevölkerungsdurchschnitt: 38% bzw. 20%). Siehe Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8405.

Übersicht 8: Mitgliedschaft der Mandatsträger der GRÜNEN in der Umweltschutzbewegung

	N	In Prozent aller Mandatsträger %	Davon Aktivisten/ in Führungsposition N
Mitglied in der Umweltschutzbewegung	93	40	
Davon *):			
Anti-AKW-Bewegung	56	24	44
Sonstige Umweltschutzbewegung	53	23	43
Mitglied in Umweltschutzverband (BBU, BUND u. a.)	42	18	19
Nicht Mitglied der Umweltschutzbewegung	142	60	
*) Inklusive Mehrfachnennungen	235	100 %	

VIII. Parteifraktionen und innerparteiliche Entwicklung

Es ist für den Außenstehenden außerordentlich schwierig, ein zutreffendes Bild von den Strömungen und Machtverhältnissen innerhalb der Partei der GRÜNEN und Alternativen zu erhalten. Die innerparteilichen Fronten bei den GRÜNEN verlaufen recht unübersichtlich und sind zudem laufend in Bewegung. Es werden im folgenden acht innerparteiliche Fraktionen und Gruppierungen bei den GRÜNEN und Alternativen unterschieden — eine Einteilung, die geeignet erscheint, das ideologisch-politische Profil der Partei in seinen entscheidenden Zügen wiederzugeben (siehe Übersicht 9).

der GRÜNEN mit ausreichender Sicherheit einer dieser innerparteilichen Fraktionen zugeordnet werden; die Verteilung gibt damit die innerparteilichen Kräfteverhältnisse bei den GRÜNEN im wesentlichen korrekt wieder.

Da ist zunächst die Gruppe der *Fundamentaloppositionellen* („Fundis“), die als Propheten einer globalen ökologischen Krise auftreten und die moderne Industriegesellschaft schlechthin, in West und Ost, als Fehlentwicklung ansehen. Politische Kompromisse kommen für sie nicht in Frage; sie setzen allein auf Bewußtseinswandel

Übersicht 9: Mandatsträger der GRÜNEN nach innerparteilichem Standort

	Alle Mandatsträger %	Bundesvorstand %	Parlamentsmannschaft 1 %	Parlamentsmannschaft 2 %	Parlamentsmannschaft 3 und 4 %
Fundamentaloppositionelle	10	21	10	5	14
Ökosozialisten	9	4	10	12	3
Traditionelle Sozialisten	19	8	15	23	31
Sonstige Nicht-Ökologen	13	4	10	10	34
Realpolitiker	26	25	32	30	7
Ökoliberale	6	17	7	4	—
Wertkonservative	7	17	8	2	7
Nur-Ökologen	9	4	8	14	3
n = 182					

Die Mandatsträger der GRÜNEN werden aufgrund der *heute* von ihnen eingenommenen Position, d. h. weitgehend *unabhängig* von ihrer individuellen politischen Vorgeschichte, in dieses Spektrum eingeordnet. Diese Einordnung wurde vollzogen an Hand von programmatischen Erklärungen, die die betreffenden Mandatsträger abgaben, aufgrund der von ihnen praktizierten innerparteilichen Politik (soweit dazu Berichte vorliegen), aufgrund von Selbstklassifikationen der Betroffenen oder aufgrund von kompetenten Fremdklassifikationen in der Presse. Daher verbleibt bei dem einen oder anderen Repräsentanten der Partei eine gewisse Unsicherheit der Zuordnung, die auch durch den Umstand gefördert wird, daß die Übergänge zwischen den einzelnen Flügeln fließend sind. Dennoch konnten knapp 80% der hier untersuchten Mandatsträger

und die „ökologische“ Bekehrung des einzelnen. Dem Sozialismus stehen sie bei aller Radikalität der Ablehnung des bei uns „herrschenden Systems“ eher skeptisch gegenüber. Auf etwa 10% der hier untersuchten 182 Mandatsträger der Partei treffen diese Kriterien zu.

Eine zweite wichtige Gruppierung stellen die sogenannten *Ökosozialisten* dar. Für ihre Mitglieder ist ein insgesamt eher bescheidenes und vordergründiges ökologisches Engagement, meist in Initiativen und bei Aktionen gegen den Bau von Atomkraftwerken, charakteristisch. Im übrigen orientieren sie sich am überkommenen Sozialismus der „Neuen Linken“. Die Anhänger dieser Gruppierung können bis heute als linksradikal oder linksextrem gelten. Ihnen geht es vorrangig darum, den Umweltschutzgedanken für die tradi-

tionelle Ideologie der radikalen Linken zu adaptieren²⁴). 9% der hier untersuchten GRÜNEN sind nach diesen Merkmalen als „Ökosozialisten“ anzusprechen.

Das Festhalten am Linksradikalismus verbindet die Ökosozialisten mit der zahlenmäßig bedeutenden Gruppe der *traditionellen Sozialisten* in der Partei. Ein individuelles ökologisches Engagement im Sinne der Mitgliedschaft in einer Organisation oder Initiative, die sich dem Schutz und der Pflege der natürlichen Umwelt des Menschen verschrieben hat, ist bei den Angehörigen dieser Gruppierung nicht zu beobachten. Statt dessen beteiligt man sich etwa in der Friedensbewegung, in der Dritte-Welt-Bewegung, der Frauenbewegung oder in Initiativen zugunsten „demokratischer Rechte“. Die Mitglieder dieses Parteiflügels der GRÜNEN sind als Linksradikale und Linksextremisten klassischer Provenienz zu bezeichnen, sei es, weil sie sich selbst als Sozialisten oder Marxisten definieren, sei es, weil sie bis in jüngste Zeit Mitglied linksradikaler oder linksextre-

²⁴) Vgl. hierzu besonders die wichtigste programmatische Schrift dieser Gruppe: Thomas Ebermann/Rainer Trampert, *Die Zukunft der Grünen. Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei*, Hamburg 1984. Dort heißt es auf S. 209: „Die gegenwärtige Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit hängt mit den inneren Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise zusammen“. Die Umweltzerstörung sei „nicht zu beseitigen ... unter Aufrechterhaltung der heute herrschenden Produktionsverhältnisse“ (S. 280). Für Ebermann und Trampert ist es daher eine „Tatsache, daß die kapitalistische Gesellschaftsformation überwunden werden muß“ (S. 209). Propagiert wird „der Versuch, aus den alten — als zerstörend erkannten — Produktionsverhältnissen in eine neue Form gesellschaftlichen Prozesses zu kommen“ (S. 280). Als Ziel gilt „eine egalitäre Gesellschaft, die den Reichtum der wenigen abschafft und gerecht verteilt, die die Produktion sinnloser Güter (Kriegsmaschinerie) ebenso abschafft/reduziert wie die zu diesem System gehörenden ‚Dienstleistungen‘ (Versicherungswesen) und repressiven Funktionen (Staatsapparat) ...“ (S. 194). Zu erreichen sei dies „nur mit einer mutigen radikalen Politik gegen das hier herrschende System“, keinesfalls etwa mittels der Verfahrensweisen der parlamentarischen Demokratie (S. 245, 273).

Worauf ihre Forderung nach einer „radikalen Politik“ abzielt, wird deutlich, wenn beide postulieren, Lösungen der ökologischen Problematik müßten „erkämpft“ werden (S. 280) und in der ökologischen Bewegung drücke sich ein allgemeines „Streben nach Aneignung gesellschaftlicher Produktivkräfte aus, was offensichtlich tauglicher für die *politische Polarisierung der Gesellschaft* (Hervorhebung H. F.) ist als das recht abstrakte Streben nach Umwälzung der Staatsmacht und Enteignung der Produktionsmittel“ (S. 254). Der „Ökosozialismus“ stellt eine bloße Anpassung der klassisch-marxistischen Ideologie an eine veränderte Konstellation „spätkapitalistischer Krisenentwicklung“ im Zeichen der ökologischen Herausforderung dar, die für die extreme Linke neue Fronten der Agitation und der politischen Auseinandersetzung eröffnet hat, mehr nicht.

mer Gruppen geblieben sind oder in ungebrochener Kontinuität zu einer entsprechenden politischen Herkunft stehen (vgl. Anm. 24). 19% der hier untersuchten Mandatsträger der GRÜNEN sind in diesem Sinne als traditionelle Sozialisten zu bezeichnen.

Daneben besteht eine Gruppierung in der Partei der GRÜNEN und Alternativen, bei der weder ein ökologisches noch ein linksradikales Engagement festzustellen ist. Häufig handelt es sich hierbei um Repräsentanten verschiedener „Basisinitiativen“, die sich auf die Vertretung bestimmter Einzelinteressen spezialisiert haben (z. B. auf Ausländer- oder Sozialhilfefragen, im Gesundheitsbereich usw.). Hierzu zählen auch Außenseiter der Partei, die auf eher untypischem Wege zu den GRÜNEN und Alternativen gefunden haben. Der Anteil dieser *sonstigen Nicht-Ökologen* ist auf 13% zu veranschlagen.

Die größte Einzelfraktion stellt mit 26% der Mandatsträger der GRÜNEN die Gruppe der *Realpolitiker* („Realos“). Man wird die Angehörigen dieser Gruppe am besten als linke Radikalreformisten bezeichnen. Auch viele Repräsentanten dieses Flügels verstehen sich noch heute als radikale Linke²⁵). Die Realpolitiker engagieren sich meist konsequent für Ökologie und Umweltschutz, sind an parlamentarischer Mitwirkung interessiert und verhalten sich unter den übrigen Parteien zumindest gegenüber der SPD relativ kooperationsbereit.

In ihrem ökologischen und parlamentarischen Einsatz wird diese Fraktion allenfalls von der Gruppe der *Ökoliberalen* übertroffen, die sich politisch sehr moderat und koalitionsbereit gegenüber *allen* Parteien geben, den Linksradikalen unter den GRÜNEN ablehnend und einer liberalen marktwirtschaftlichen Politik auch in Umweltfragen durchaus aufgeschlossen gegenüberstehen. Ihr Anteil liegt insgesamt bei 6%.

Kaum umfangreicher ist die Gruppe der *Wertkonservativen* bei den GRÜNEN. Hierunter sind Parteimitglieder (insbesondere aus der Gründergeneration) zu verstehen, die in der Regel ein ausgeprägt bürgerlich-konservatives Weltbild aufweisen, über eine konservativ-ökologische Protesthaltung zu den GRÜNEN gefunden haben und dort den „rechten“ Parteiflügel bilden.

²⁵) So erklärte etwa Joschka Fischer, er werde sich auch als hessischer Minister zu der „Tradition der Frankfurter Sponti-Szene“, aus der er komme, bekennen, und äußerte, nach seiner Auffassung bleibe „Rebellion“ trotz der Beteiligung der GRÜNEN am Parlamentarismus „weiterhin gerechtfertigt“. Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Oktober 1984, S. 3; Der Spiegel, (1984) 9, S. 87.

Schließlich existiert eine relativ kleine Gruppe von GRÜNEN (unter den hier erfaßten Mandatsträgern waren das 9%), die sich überwiegend dem Umweltschutz verschrieben haben, politisch ein kaum konturiertes, in der Regel sehr moderates Profil bieten („Nur-Ökologen“).

Vergleicht man den *heutigen* innerparteilichen Standort der untersuchten Mandatsträger der GRÜNEN nach dieser Typologie mit ihrer politischen Herkunft, ihrer jeweiligen *früheren* Zugehörigkeit zu anderen Parteien und politischen Organisationen, so ergeben sich interessante Aufschlüsse über die Stabilität der individuellen politischen Orientierungen. Von den ehemaligen Mitgliedern der SPD sind die meisten heute zur Gruppe der Realpolitiker zu zählen, einige gehören dem Flügel der traditionellen Sozialisten an. Ehemalige Mitglieder von CDU/CSU und der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ finden sich bei den GRÜNEN in der Regel in den Reihen der Wertkonservativen wieder.

Bedeutsam ist hier das Schicksal der ehemaligen Angehörigen linksextremer Organisationen: 61% von ihnen sind auch bei den GRÜNEN dem Lager der Traditionsozialisten und Ökosozialisten treu geblieben; 12% haben sich zu Fundamentaloppositionellen entwickelt, nur 14% zu Realpolitikern, nur 13% zählen heute zu den politisch moderaten oder unprofilierten Gruppierungen. Bei der Mehrzahl der ehemaligen Mitglieder linksradikaler und linksextremer Organisationen unter der Parteilite der GRÜNEN ist insofern kaum ein tiefgreifender Gesinnungswandel, eine erhebliche Modifikation bestehender Grundpositionen zu beobachten. Im Gegenteil: Zahlreiche Stellungnahmen von Insidern sprechen davon, daß zumal die „ökologischen“ Positionen der GRÜNEN unter zunehmenden Druck von seiten konventioneller linksradikaler Kräfte in der Partei geraten²⁶⁾.

²⁶⁾ Die ehemalige Landtagsabgeordnete Elsbeth Mordo gibt in einem „Abschiedsbrief“ an die GRÜNEN Baden-Württembergs vom 4. Juni 1984 ihren Eindruck wieder, daß „sich innerhalb der GRÜNEN eine kleine Gruppe von Aktivisten hervorgetan (hat), denen es weder um Umwelt, Frieden und die Würde des Menschen geht, sondern darum, irgendwo links von der SPD, Macht im Staate zu erlangen, oder noch schlimmer, den Staat zu zerstören“. Gerd Bastian sprach vor seinem Austritt aus der Bundestagsfraktion davon, daß bei den GRÜNEN „bundesweit immer ungenierter versucht wird, der vom Primat der Ökologie und der Gewaltfreiheit bestimmten grünen Politik einen an überholten Klassenkampfvorstellungen orientierten Akzent aufzuprägen...“; taz vom 21. Januar 1984, S. 5. Die Gründungserklärung der „Ökolibertären“ konstatierte, daß die Partei zunehmend „in die Hände von sozialistischen Kadern mit anderen als grünen Zielen“ gerate, und der Bremer Nachrücker Ralf Fücks sprach davon, daß der „alt-linker Routinier zwischen 30 und 40“ immer mehr

Die acht genannten innerparteilichen Flügel und Gruppierungen der GRÜNEN verteilen sich recht ungleichmäßig auf die verschiedenen Parlamentsfraktionen der Partei im Bundestag, im Europa-Parlament und in den einzelnen Landtagen. Nach Parlamentsfraktionen aufgeschlüsselt, haben die Fundamentaloppositionellen ihren Schwerpunkt in Hessen, die Ökosozialisten in Hamburg und Bremen, während die traditionellen Sozialisten und die sonstigen Nicht-Ökologen in den alternativen Fraktionen von Hamburg und Berlin dominieren. Realpolitiker finden sich vor allem in den Ländern Niedersachsen und Hessen, Ökoliberale hatten eine gewisse Bastion in der ersten Parlamentariermannschaft der GRÜNEN im Landtag von Baden-Württemberg, Wertkonservative in den ersten Abgeordneten-teams von Bremen und Niedersachsen, reine Ökologen sind neben Baden-Württemberg vor allem in der zweiten Bundestagsfraktion der Partei zu Hause.

Gemäßigte Gruppierungen bestimmen also bis heute eher in den Flächenstaaten das Bild, während radikale Strömungen eher in den Stadtstaaten vorherrschen. Diese Palette innerparteilicher Fraktionen macht insgesamt deutlich, welches enorme politisch-ideologische Konfliktpotential nach wie vor in der Partei angelegt ist.

Diese Konstellation der innerparteilichen Strömungen und Gruppierungen ist seit Gründung der Partei erheblichen Verschiebungen unterworfen. Die Traditionsozialisten, die sonstigen Nicht-Ökologen und auch die Fundamentaloppositionellen konnten ihre innerparteilichen Positionen bis heute weiter ausbauen. Während der Anteil traditioneller Sozialisten in der zweiten Parlamentariermannschaft der GRÜNEN noch bei 23% gelegen hatte, sind dieser Gruppe in der dritten und vierten Mannschaft bereits 31% der Abgeordneten und Nachrücker zuzurechnen. Nach einem Rückgang auf nur 5% in der zweiten Mannschaft stellen die Fundamentaloppositionellen im dritten und vierten Team der GRÜNEN immerhin wieder 14%. Auch im Bundesvorstand der Partei sind die „Fundis“ überproportional vertreten. Die übrigen, gemäßigteren Fraktionen werden zumindest unter den Parlamentsvertretern der Partei in nächster Zeit deutlich an Boden verlieren. Innerhalb der dritten und vierten Abgeordnetenmannschaft der GRÜNEN haben sich die Realpolitiker von bisher etwa 30% auf ganze 7% verschlechtert. Ökoliberale und Ökologen sind fast verschwunden, der Anteil der Wertkonservativen stagniert.

zum vorherrschenden Typus bei den GRÜNEN werde. Siehe grüner basis-dienst, (1984) 3, S. 24; ebda., (1983) 12, S. 44.

Insgesamt steht die innerparteiliche Entwicklung entgegen den „basisdemokratischen“ Absichten auch bei den GRÜNEN im Zeichen der Ämterverflechtung und Ämterhäufung. Ein Drittel der hier untersuchten Abgeordneten der GRÜNEN hatte vor oder nach ihrem Parlamentsmandat ein Parteiämter inne — vom Sitz im Bundes- oder Landesvorstand bis zum Angestelltenposten bei Parteigliederungen. Auch bei den GRÜNEN beginnen sich also Parteigremien und Parteifraktionen personell zu verzahnen. Das Phänomen der Ämterhäufung ist bei den GRÜNEN also keineswegs mehr selten. Immerhin 14% der Repräsentanten der Partei haben bislang bereits drei oder mehr Parteiämter oder parlamentarische Man-

date (unter Einschluß der kommunalen Ebene) auf sich vereint. Aufgrund der einmal gewonnenen Organisations- und Kompetenzvorsprünge des Mandatsträgers gegenüber der Parteibasis kommt es auch bei den GRÜNEN zur Verfestigung einer Führungsgarnitur, für die Politik zum „Beruf“ wird. Bemerkenswert ist, daß auch in diesem Zusammenhang die ehemaligen Mitglieder linksradikaler und linksextremer Gruppen in der Partei vorne liegen: Sie sind überproportional in einflußreiche Gremien wie die Bundes- und Landeshauptausschüsse oder die Landesvorstände gelangt, haben vergleichsweise mehr Ämter und Mandate inne als die übrigen Spitzenvertreter der Partei²⁷⁾.

IX. Partielite im Abwind?

Faßt man ihr Führungspersonal ins Auge, so präsentieren sich die GRÜNEN als Partei der Linksinтеллектуellen, der mittelständischen Jungakademiker, aber auch von beruflichen Problemgruppen der jüngeren Generationen. Ihre führenden Repräsentanten sind vor allem in den Freiräumen privilegierter Tätigkeiten im akademischen Bereich, im Bereich der Dienstleistungsberufe, in den „aufgelockerten Randzonen der Arbeitswelt“ (Hermann Rudolph) zu Hause. Angesichts der bei den Mandatsträgern weit verbreiteten Unsicherheiten des sozialen und beruflichen Status kann allerdings keine Rede davon sein, daß sich die Partielite der GRÜNEN ausschließlich aus Angehörigen der gut situierten neuen Mittelschichten rekrutiert²⁸⁾. Das Führungspersonal der GRÜNEN spiegelt in seiner *sozialen* Zusammensetzung die Struktur der Wählerschaft der Partei insgesamt somit immerhin sehr viel besser wider, als dies allen übrigen Parteien heute gelingt.

Die *politische* Haltung der Partielite der GRÜNEN kann dagegen nicht in gleicher Weise als getreulicher Reflex der Wählerhoffnungen gelten. Dem Image einer Partei der Ökologie und des Umweltschutzes, das sich die GRÜNEN erworben haben, werden sie personell, im Hinblick auf die Fachqualifikation ihrer Mandatsträger, nur in Ansätzen gerecht. Was das linksradikale Element im Erscheinungsbild der GRÜNEN anbelangt, haben die Gemeinsamkeiten von Partielite und Wählerschaft ebenfalls ihre Grenzen. Zwar kommen die Anhänger der GRÜNEN (anders als noch 1980) heute fast ausschließlich aus der linken Hälfte des Parteienspektrums, stehen zu einem erheblichen Teil an dessen linkem Rand, noch ein Stück links von der Anhängerschaft der SPD²⁹⁾. Diese Linksorientierung der Wählerschaft bleibt allerdings eher vage, diffus — sie ist keineswegs derart ausgeprägt ideologischer Natur, in der marxistischen, sozialistischen oder anarchistischen Tradition fußend, wie dies

²⁷⁾ Gerd Bastian sprach in der zitierten Erklärung vom „überraschenden Erfolg der dem Kommunistischen Bund entstammenden ehemaligen ‚Z-Fraktion‘ bei der Besetzung von Schlüsselpositionen mit teils altbewährten, teils neugewonnenen Gesinnungsfreunden in den Parteigremien, sowie dem Überstimmen der unkoordinierten Mehrheit der Andersdenkenden in der Fraktion und in den regionalen Verbänden mittels einer geschickt und diszipliniert gehandhabten Kadertaktik“ (vgl. Anm. 27).

²⁸⁾ In bezug auf die Wählerschaft der GRÜNEN vgl. hierzu neuerdings die interessanten Feststellungen von Horst W. Schmollinger, Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 10. März 1985. Zunehmende Mobilisierung- und Integrationsschwäche des Parteiensystems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1985) 3, S. 351.

²⁹⁾ So treten neun von zehn Anhängern der GRÜNEN für eine Beteiligung ihrer Partei an einer Koalition mit der SPD und den Eintritt in die Regierungsverantwortung ein, während die Mehrzahl der Mandatsträger der GRÜNEN eine solche Möglichkeit mehr oder weniger klar ablehnt. Zum Wählerprofil der GRÜNEN siehe neuerdings Hans-Joachim Veen, Die GRÜNEN an den Grenzen ihres Wachstums, in: Politische Studien, (1985) 282, S. 356—367; ders., Wer wählt grün?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35—36/84, S. 3—17; Helmut Fogt/Pavel Uttitz, Die Wähler der GRÜNEN — Systemkritischer neuer Mittelstand?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1984) 2, S. 210—226. Zur Koalitionpräferenz der Wählerschaft siehe auch Manfred Berger u. a., Starke Wählerbewegungen und stabile Strukturen, kein Test für Bonn — Landtagswahlen 1985, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1985) 3, S. 428.

für erhebliche Teile der führenden Repräsentanten der GRÜNEN gilt.

Ohne Frage besteht auch die Parteilite der GRÜNEN zu einem beachtlichen Teil aus politisch moderaten, durchaus wohlmeinenden Politikern. Dies ändert jedoch nichts an dem Gesamteindruck, den die Untersuchung ihres Führungspersonals hinterläßt: daß man es nämlich bei den GRÜNEN mit einem Wahlverein ganz heterogener Strömungen zu tun hat, in dem eine Gruppe von Aktivisten, die früher linksextremen und linksradikalen Organisationen angehört haben, überproportional großen Einfluß ausübt. Soweit es um die faktische Beteiligung an der Politik geht, präsentiert sich die Neue Linke heute stärker als je zuvor: Erstmals seit den frühen fünfziger Jahren ist es der extremen Linken gelungen, in den Parlamenten der Bundesrepublik eine Rolle zu spielen. In einzelnen Bundesländern haben ehemalige Mitglieder linksextremer Vereinigungen und Organisatoren von Rechtsbrüchen und militanten Auseinandersetzungen darüber

hinaus sogar Ministerämter erhalten oder sind anderweitig bis in leitende Positionen der Exekutive vorgedrungen³⁰⁾.

Die linksradikale und linksextreme Herkunft eines Teils der GRÜNEN ist zweifellos eine entscheidende Ursache für das ambivalente Verhältnis der Partei zur Gewaltfrage, zum staatlichen Gewaltmonopol, zum Rechtsstaat mit seinen Organen. Die GRÜNEN sind in Gefahr, einem Teil ihrer Klientel zuliebe hier den Weg der Radikalisierung fortzusetzen, der sie entscheidende Sympathien beim politisch moderaten, kompromißfähigen Teil ihrer Wählerschaft kosten kann. Über das Schicksal der GRÜNEN wird auf weitere Sicht das politische Erscheinungsbild ihrer führenden Vertreter ebenso entscheiden wie das Problem der versiegenden personellen Ressourcen, der rückläufigen Medienresonanz und des Kompetenzverlustes gegenüber anderen Parteien.

³⁰⁾ DIE ZEIT vom 13. Januar 1984; Der Spiegel, (1985) 45, S. 27.

Wahlkampf in den achtziger Jahren

Repolitisierung der Wahlkampfführung und neue Techniken in den Wahlkämpfen der westlichen Demokratien

Einleitung

Die Politik verändert sich und mit ihr die Wahlkämpfe, denn Wahlkampfführung ist Politik, Wahlkämpfen heißt Politik machen. In den offenen Gesellschaften der westlichen Demokratien bieten Wahlkämpfe die Chance, Schlaglichter auf den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustand eines Staatswesens zu werfen und die Trends der Entwicklung zu verdeutlichen. Wahlkampfstrategien können demzufolge versuchen, die politischen Probleme und ihre Lösungsmöglichkeiten bewußt zu machen — oder davon abzulenken.

In den siebziger Jahren hatten Ablenkungsstrategien Hochkonjunktur. Mit Imagekampagnen und einer vordergründigen Personalisierung der Politik wurden Machtpositionen so lange verteidigt, bis der existentielle Ernst politischer Probleme die Politisierung der Wahlkämpfe wieder erzwang. Was man in der amerikanischen Literatur abschätzig Tweedledum-Tweedledee-Wahlkämpfe nannte, hatte sich in vielen westlichen Demokratien — auch bei uns in der Bundesrepublik — in zahlreichen Ansätzen gezeigt und den politisch-thematischen Gehalt der Wahlkämpfe erheblich zurückgedrängt.

Mit der existentiellen Dringlichkeit der ökonomischen, sozialen, sicherheitspolitischen und umweltpolitischen Probleme ist die Politik heute erneut in die Wahlkämpfe zurückgekehrt. So war der Bundestagswahlkampf in der Bundesrepublik Deutschland 1983 nach elf Jahren — wie der entsprechende Wahlkampf 1972 — wieder eine politische Richtungsentscheidung. Ähnliche Entscheidungen haben in den Vereinigten Staaten 1980 und 1984, in Großbritannien 1979 und 1983, in Frankreich 1981, in Spanien und Portugal 1982 sowie in Italien 1983 stattgefunden. Wahlen als *politische* Richtungsentscheidungen sind demnach kennzeichnend für die achtziger Jahre.

Konnten im ökonomisch ruhigeren Fahrwasser der siebziger Jahre die Regierungen im wesentli-

chen mit Imagekampagnen ihre Positionen behaupten, so wurden demgegenüber in ökonomisch unsicheren Zeiten zu Beginn der achtziger Jahre die Wahlkämpfe politischer, die Stunde der Oppositionen schlug. Tatsächlich sind in den westlichen Demokratien mit Stichworten wie Wertewandel, Umweltproblemen, Sicherheitsfragen und vor allem Arbeitslosigkeit die politischen Veränderungen so stark ins Bewußtsein der Wähler vorgedrungen, daß die Repolitisierung der Wahlkämpfe zwangsläufig wurde. Mit dem Bewußtsein, daß sich die Wirtschaft in einem tiefgreifenden Strukturwandel als Folge neuer technologischer Entwicklungen befindet, und mit der Veränderung von Bedürfnissen und Wertvorstellungen der Menschen ist der Stellenwert politischer Fragestellungen in den Wahlkämpfen gestiegen. Und gewachsen ist die Erkenntnis, in einer Zeit des Übergangs, der Veränderung, ja einer weiteren industriellen Revolution zu leben, so daß die Politiker beim Kampf um Wählerstimmen Schwierigkeiten eingestehen, Opfer verlangen und Lösungen für die Zukunft vorschlagen müssen. „Zurück zur Politik“ heißt daher die Devise der Wahlkämpfe in den achtziger Jahren.

Die ökonomische und gesellschaftliche Veränderung der Industriegesellschaft zur nachindustriellen Informationsgesellschaft bewirkt nicht nur eine politische Thematisierung der Wahlkämpfe, sondern auch eine Reihe von neuen Techniken der Wahlkampfführung, die in den neuen Informationstechnologien angelegt sind. Die Wahlkampfführung der kommenden Jahre wird sich nicht radikal verändern, aber allmählich werden eine Reihe neuer Methoden hinzukommen. Wie bisher werden die Wähler über die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen, über die Organisationen der Parteien und Nebenorganisationen angesprochen. Aber hinzukommen werden neue Techniken, die den Wähler über das Telefon, mit dem Brief, über Video, über Kabelfernsehen,

Bildschirmtext, kurz über die Neuen Medien zu erreichen versuchen.

Wahrscheinlich werden sich diese neuen Methoden der Wahlkampfführung ganz in den Dienst der neuen inhaltlichen Politisierung der Wahlkämpfe stellen müssen. Zu erwarten ist, daß mit Personalisierungs- und Thematisierungsstrategien in den kommenden Wahlkämpfen die politischen, ökonomischen und sozialen Fragen, die der Wähler als existentiell empfindet, angesprochen und zur Entscheidung gestellt werden. Zur Umsetzung dieser politischen Wahlkampfstrategien wird es die wichtigste organisatorische Aufgabe jeder Wahlkampfführung bleiben, eine breite Schar von Anhängern für die Politik und den Kandidaten ihrer Partei zu engagieren. Angesichts dessen, daß die Mobilisierung von Mitgliedern und Anhängern, die sich mit dem Wahlkampf einer Partei, mit ihren Themen und ihren Politikern identifizieren, weiterhin eine wichtige Komponente jeder Wahlkampfführung bleiben wird, kommt gerade im Zeitalter des Fernsehens und neuer Medien einer effizienten Wahl-Parteiorganisation eine erhöhte Bedeutung zur erfolgreichen Wahlkampfführung zu.

Wahlvorhersagen in den westlichen Demokratien sind schwieriger geworden, weil die Entwicklung der Wählermeinung schneller und sprunghafter geworden ist. So hatte Ronald Reagan zwei Jahre vor seinem Erdrutsch-Sieg in den USA mit seiner republikanischen Partei ein Tief in der Wählermeinung der USA zu durchlaufen. François Mit-

terrand, dem Triumphator der französischen Präsidentschaftswahl 1981, wurde ein halbes Jahr vor seiner Wahl bis in die eigene Partei hinein Chancenlosigkeit bescheinigt. Ebenso wenig hatte sich Margret Thatchers großer Wahlsieg in der Mitte ihrer Amtszeit abgezeichnet. Auch in Deutschland deutete beim Regierungswechsel im Oktober 1982 nichts auf den großen Wahlsieg für die Koalition aus Union und FDP hin, zumal das Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde für die FDP fast als unmöglich galt.

Der schnelle Wandel des Wählerverhaltens ist an vier wesentlichen Merkmalen zu erkennen:

1. Die Parteibindungen lockern sich, die Zahl der Stammwähler wird geringer.
2. Die Politik erfährt eine Personalisierung; der Spitzenpolitiker wird zum Hoffnungsträger.
3. Politische Themen dominieren Wahlkämpfe als Stimmungsmacher. Sie werden zum Anlaß einer politischen Emotionalisierung der Wähler.
4. Das Bewußtsein der Wähler entscheidet; Lebensgefühl und Lebensstile werden zu Bestimmungsgründen der Wahlentscheidung.

Die Wähler entscheiden unberechenbarer, differenzierter, wechselhafter, enthaltungsbereiter, vor allem aber auch emotionaler und ungebundener. Kurzfristige Stimmungsschwankungen, die die Wahlen entscheiden können, sind die Folge, der Zeithorizont von Politikern und Wählern ist kürzer geworden.

Fernsehwahlkampf und Mobilisierung: Wahlkampforganisation und neue Techniken

Entsprechend den skizzierten Veränderungen von Wählerverhalten und Politik müssen die Wahlkämpfe der achtziger Jahre politisch-inhaltlich, fernsehgerecht und zielgruppenorientiert organisiert werden. In den großen westlichen Demokratien hat denn auch die Intensität der Wahlkampforganisation auffallend zugenommen, allen voran in den Vereinigten Staaten.

So begann Ronald Reagans Herausforderer Walter Mondale bereits unmittelbar nach der Wahl 1980 die Vorbereitung seiner Kampagne für 1984. Nach Meinung der amerikanischen Presse hatte er bei den Vorwahlen die beste, teuerste und effizienteste Organisation aller bisher in den Vereinigten Staaten geführten Wahlkämpfe. Reagans Wahlkampforganisation dagegen wurde erst ein Jahr vor der Wahl aufgebaut; er brauchte als amtierender Präsident ja keine Vorwahlen zu überstehen. In Frankreich und England dagegen

werden Wahlkampforganisationen noch immer kurzfristig vor den Wahlen aus dem Boden gestampft, zumal in England der Wahltermin erst kurzfristig bekannt wird. Dennoch beginnen auch hier die Vorbereitungen bereits weit vor dem Wahltermin, so daß bei dessen Bekanntwerden die Parteien und Kandidaten auf Vorarbeiten aufbauen können. Für die deutschen Parteien ist die zeitliche Vorbereitung für Bundestagswahlen besonders schwierig, weil die Parteizentralen in Bonn aufgrund der gewachsenen Bedeutung der Landtagswahlen praktisch in einer Art Daueralarmzustand sind.

Vereinigte Staaten von Amerika

Lange Vorbereitungszeiten und die Perfektion durch die Computerisierung sind insbesondere kennzeichnend für den amerikanischen Wahl-

kampf. Vier Merkmale beschreiben diese Wahlkampforganisation:

1. Die Wahlkampfführung wird von professionellen Spezialisten gesteuert. Da in den Vereinigten Staaten laufend Wahlen stattfinden, ist praktisch eine Art Wahlkampfindustrie entstanden.
2. Der Wahlkampagne liegen umfangreiche Studien und Umfragen zugrunde, die insbesondere von Demoskopen, aber auch von politischen Strategen zu Wahlkampfkonzeptionen geformt werden.
3. Der Wahlkampf wird elektronisch geführt mit Fernsehen, Telefon und Computer.
4. Die Wahlkampforganisation sorgt durch eigene Spendenkampagnen für ihre Finanzierung und organisiert die Rekrutierung ihrer freiwilligen, aber auch bezahlten Wahlkampfhelfer.

Obwohl die Wahlkampforganisation wegen des amerikanischen Wahlrechts über das gesamte Gebiet der Staaten verteilt sein muß, werden die politischen Vorgaben von der jeweiligen Wahlkampfzentrale ausgegeben. Von hier aus wird vor allem die erwiesenermaßen entscheidende Kampagne im Fernsehen initiiert und gesteuert, während die regionalen Wahlkampforganisationen sich auf eine direkte Ansprache der Wähler konzentrieren.

Großbritannien

Diese direkte Wähleransprache war in der Wahlkampforganisation der englischen Parteien traditionell die entscheidende Komponente der Wahlkampfführung und oblag den Wahlkreisparteien. Mit der wachsenden Bedeutung des Fernsehens und der Massenmedien ist jedoch auch hier das Schwergewicht auf eine Zentrale übergegangen, von der aus der Fernsehwahlkampf geführt wird. Gerade in den Londoner Parteizentralen hat es in den letzten Wahlen erhebliche Anstrengungen zur Professionalisierung des Wahlkampfs gegeben. Seit Margaret Thatcher in ihrem ersten Wahlkampf 1979 die Werbeagentur „Saatchi und Saatchi“ verpflichtet hatte, mußten die anderen Parteien nachziehen. Für den Wahlkampfanalytiker ist es nach wie vor imponierend, wie mit der Bekanntgabe des Wahltermins in den örtlichen Parteiorganisationen von der Kandidatenaufstellung bis zur Wahlversammlung und vor allem den traditionellen Hausbesuchen alles im fliegenden Start organisiert wird. Auch hier bleibt der Basis indessen nur die Durchführung vorbehalten. Die jeweilige Zentrale bestimmt die politische Argumentation. Nicht der einzelne Wahlkreiskandidat, sondern der Premierminister bzw. dessen Gegenkandidat(in) entscheiden über politische Inhalte der Wahlkampagne. Das Duell

zwischen Oppositionsführer und Premierminister ist der entscheidende Zweikampf, der von den Wahlkampforganisationen der Zentralen gesteuert wird.

Frankreich

In Frankreich ist die Professionalisierung der Wahlkampfführung und damit die Intensität der Wahlkampforganisation weit vorangeschritten. Spezialisten in Agenturen und Parteien haben die Methoden der amerikanischen Wahlkampfführung auf französische Verhältnisse übertragen. Seit Mitte der sechziger Jahre wird mit der den Franzosen eigenen Systematik von „Marketing-Politique“ gesprochen. Im Präsidentschaftswahlkampf 1981 hatten beide Kandidaten, François Mitterrand wie Valerie Giscard d'Estaing, eine große Wahlkampforganisation neben ihren Parteien und beschäftigten mehrere Agenturen. Interessant ist dabei, daß der damalige Präsident Giscard d'Estaing in seiner Wahlkampforganisation drei Minister und viele Ministeriale mit Führungsaufgaben beauftragt hatte, die sich von ihren Staatsämtern beurlauben ließen. Von diesen Zentralen aus wurden Unterstützungsausschüsse für die Kandidaten im ganzen Land organisiert, die Parteimitglieder und Anhänger engagieren sollten. Bei französischen Präsidentschaftswahlen ist es selbstverständlich, daß die Zentralen den Fernsehwahlkampf führen, die politische Argumentation ausgeben und das Wahlgeschehen alleine bestimmen.

Bundesrepublik Deutschland

Die in den anderen großen westlichen Demokratien zu beobachtende Intensivierung der Wahlkampfzubereitung und Zentralisierung der Wahlkampfführung ist auch bei den deutschen Parteien festzustellen. Ohne Zweifel werden die Bundestagswahlen von den deutschen Parteien heute zentral geführt, wobei diese Entwicklung, vor allem bei der CDU, erst mit den siebziger Jahren einsetzte. Im Unterschied zur amerikanischen Wahlkampforganisation wird in den deutschen Parteien allerdings großer Wert auf die Mobilisierung der eigenen Wähler und Anhänger gelegt, zumal wegen der Mitgliederstärke und Organisationsdichte der deutschen Parteien die Hilfe der Basis eher erwartet wird. Ziele dieser Mobilisierung sind nicht nur die Identifikation der Mitglieder und Anhänger mit dem Wahlkampf der Partei, ihren Themen und ihren Politikern, sondern auch Aktivitäten wie Veranstaltungsorganisation, Materialverteilung und Spendensammlung.

Amerikanischer und europäischer Wahlkampf

Diese dritte Ebene des Wahlkampfes neben den Massenmedien und der Werbekampagne ist eine Eigenart der europäischen Parteien, die von den Amerikanern heute wieder intensiver studiert wird. Bekannt sind Versuche der Republikaner, diese Formen der Mobilisierung wieder aufzunehmen und persönliches Engagement in breiter Form für die Partei und die Kandidaten zu mobilisieren. Nicht ohne Bewunderung wird vermerkt, daß deutsche Parteien über ihre Mitglieder und Anhänger Wahlkampfmaterial direkt an die Haushalte verteilen können, so z. B. die SPD mit ihrer „Zeitung am Sonntag“ oder die CDU mit ihrer zentralen „Wahlkampfillustrierten“. Wo diese Mobilisierung einer Partei allein gelingt, ist sie ohne Zweifel im Vorteil. Die Sozialistische Partei Frankreichs demonstrierte das zugunsten von François Mitterrand in den Präsidentschaftswahlen 1981.

Der klassischen Werbung haben die amerikanischen Wahlkampfstrategen allerdings fast vollständig abgeschworen. Anzeigen, Plakate und Broschüren gibt es nur noch wenige, während sie für die europäische Wahlkampforganisation nach wie vor einen Schwerpunkt darstellen. Selbst in England bereiten die Zentralen wieder Plakate vor und schalten Anzeigen, und in Frankreich und Deutschland ist das Plakat noch immer das Flaggschiff der Wahlkampfwerbung. Die Amerikaner dagegen konzentrieren ihre Mittel und Energien auf elektronische Medien wie Fernsehen, Telefon und Computer. Sie bestimmen damit den Trend für neue Wege zum Wähler.

Neue Techniken

Im Vergleich zu den Wahlkämpfen in Europa ist das eigentlich neue und die Wahlkampforganisation kennzeichnende Element im amerikanischen Wahlkampf der Computer. Computergesteuert werden Wähler mobilisiert und Spenden gesammelt. Direct Marketing — dieses Zauberwort jeder amerikanischen Wahlkampforganisation ist der Versuch, in breit angelegten Brief- oder Telefonaktionen Wähler und Spender zu gewinnen. Beim fund-raising, der amerikanischen Spendenwerbung, geht es darum, Millionen von Menschen per Brief um eine Spende zu bitten, sie im Erfolgsfalle für weitere Spendenaktionen zu erfassen oder auch per Telefon erneut anzusprechen. Moderne Laserprinter machen diese massenhaften Briefaktionen in kurzer Frist mit persönlicher Ansprache des Empfängers möglich. Briefe werden aber auch geschrieben, um Wähler zu werben oder die Wähler zur Einschreibung in

die Wählerlisten zu gewinnen. Grundlage bilden meistens die Adressenlisten der Führerscheininhaber. Letzter Schrei ist die Möglichkeit, Telefonate ebenfalls computergesteuert zu führen.

Doch nicht nur nach außen, auch in der inneren Organisation des Wahlkampfes stellt der Computer durch integrierte Text- und Datenverarbeitungssysteme eine schnelle und intensive Verbindung zwischen Zentrale und regionaler Wahlkampforganisation her. Seit Beginn der achtziger Jahre werden solche Systeme auch in Deutschland, zunächst bei der CDU, jetzt auch bei SPD und FDP, aufgebaut.

Was diese neuen Techniken in Amerika zusätzlich für die Wahlkampforganisation so attraktiv macht, ist ihr Einsatz in den Hilfsorganisationen des Wahlkampfes, beim sogenannten „interest-group-endorsement“. Hier geht es darum, daß bestimmte Organisationen, beispielsweise die Moral Majority, die Gewerkschaften oder Lehrer-Organisationen sich für Kandidaten einsetzen und ihm deshalb Listen ihrer Anhänger für das Direct Mail, also die persönliche Ansprache durch einen Brief, zur Verfügung stellen oder mit eigenen Direct-Marketing-Aktionen oder Telefon-Anhänger für den Kandidaten mobilisieren. Dieser Wahlkampf von Interessengruppen, Verbänden und Bewegungen mit den neuen Techniken wird, so ist zu erwarten, auch in anderen Ländern zunehmen.

Fernseh-Wahlkampf

Alle Wahlkampforganisationen in den Vereinigten Staaten sind darauf ausgerichtet, einen optimalen Fernsehwahlkampf zu führen. Dafür, daß das Fernsehen in der Planung aller Wahlkämpfer Priorität hat, gibt es eine Reihe von Gründen:

1. Die enorme Reichweite und damit die Omnipotenz des Fernsehens für politische Informationen aller Art.
2. Die durch den Abbau von traditionellen Wählerhaltungen bedingte Destabilisierung der Parteilicherschaft hat dazu geführt, daß eine wachsende Zahl von unentschlossenen Wählern offener für Einflüsse aller Art wird — nicht zuletzt für Einflüsse aus dem Massenmedium Fernsehen.
3. Die Personalisierung der Politik findet ihre entscheidende Verstärkung und Grundlage im Fernsehen, weil hier Personen besser als alles andere dargestellt und durchgesetzt werden können.
4. Weil Massenmedien vorhandene Meinungen verstärken können, ist das Fernsehen als Medium für die Mobilisierung der eigenen Anhänger-schaft unentbehrlich.

5. In einer Zeit schnell wechselnder Themen und Ereignisse werden neuartige Entwicklungen durch das Fernsehen besonders schnell dem Publikum nahegebracht. Solche neu auftretenden Themen können in Wahlkämpfen enorme Veränderungen bewirken und einem laufenden Wahlkampf eine völlig andere Richtung geben.

6. Die politischen Kampagnen in der Presse und im Fernsehen hängen eng zusammen. Presseleute weisen oft darauf hin, daß das Fernsehen nur den Appetit auf Informationen anregen kann, die sie schließlich ihren Lesern bieten. Tatsächlich behandeln Zeitungen, Zeitschriften und Magazine politische Probleme komplexer und ausführlicher, während diese im Fernsehen oft nur in zwei Minuten abgehandelt werden. Demgegenüber sagen amerikanische Medienleute „Prints leads, television follows“ und bezeichnen damit einen Vorgang, den wir auch in der Bundesrepublik häufig beobachten können: Politische Themen werden von Magazinen oder Zeitungen aufgegriffen und dann erst durch das Fernsehen einem breiten Publikum bekannt.

7. Das Fernsehen hat eine „Agenda-setting-function“, d. h., was es auf die Tagesordnung setzt, ist bedeutend. Genauso geht es den Personen: Was immer ein Kandidat tut, seine Aktivitäten werden erst dann bedeutend, wenn im Fernsehen darüber berichtet wird bzw. der Kandidat dort auftritt.

8. Das Fernsehen ist das Medium der Visualisierung. Wer Botschaften über das Fernsehen bringen will, muß Bilder bieten, muß Ereignisse schaffen, die als Bilder wiedergegeben werden können.

9. Das Fernsehen ist nicht nur das Medium des Inhalts. Es kommt nicht nur auf das Was, sondern auch auf den Stil, das Wie an.

In den achtziger Jahren hat es keinen Wahlkampf mehr gegeben, der nicht als Fernsehwahlkampf geplant und umgesetzt worden ist. Fernsehgerechter Wahlkampf erfordert nicht nur eine Veränderung in Stil und Form der politischen Präsentation, er stellt auch neue Anforderungen an die Wahlkampfstäbe. Gewachsen ist daher der Bedarf an Medienberatern und politischen Strategen, die in der Lage sind, komplexe politische Probleme zu verstehen und diese in Bilder und verständlicher Sprache fernsehgerecht umzusetzen. Energie und Ideenreichtum werden auf die Frage gelenkt, wie man ein politisches Programm zu einer Information macht, die fernsehwirksam kommuniziert werden kann. Für das Fernsehen gilt nun einmal, daß eine Information ohne Bilder keine Information ist.

Amerikanischer Fernsehwahlkampf

In der Wahlkampforganisation Ronald Reagans spielten deshalb die fernseherfahrenen Berater die erste Rolle, an der Spitze Michael Deaver, einer der wichtigsten Berater des Präsidenten. Der Fernsehwahlkampf läuft in den allgemeinen Sendungen und in der Fernsehwerbung, die amerikanische Parteien frei kaufen können. Für Reagan wurde unter James Travis das sogenannte Tuesday-Team (in der Vereinigten Staaten wird dienstags gewählt) geschaffen, besetzt mit den besten Fernsehwerbeexperten von Agenturen rund um die New Yorker Madison-Avenue. Sie produzierten für Reagan gut 100 verschiedene Fernsehspots, die in den großen amerikanischen Fernsehanstalten, aber auch in den vielen kleinen lokalen und Kabelstationen eingesetzt wurden.

Welche Bedeutung das Fernsehen in der amerikanischen Wahlkampforganisation hat, kann man auch daran ersehen, daß von den rund 46 Mio. Dollar, die Reagans Wahlkampforganisation im Hauptwahlkampf von Ende September bis Anfang November ausgegeben hat, etwa 26 Mio. Dollar allein für den Kauf von Sendezeiten und die Produktion von Fernsehspots ausgegeben wurden. Darüber hinaus war die gesamte Reiseplanung und Veranstaltungsplanung des Kandidaten darauf ausgerichtet, fernsehwirksame Ereignisse zu schaffen, damit der Kandidat in den Abendnachrichten oder Magazinen auftaucht. Wie sehr dabei Parteikonvente Medienereignisse sind, dafür gibt der demokratische Konvent in San Francisco 1984 ein gutes Beispiel: 4 000 Delegierte waren geladen und 14 000 Journalisten kamen dazu (nicht die gleichen Proportionen, aber eine ähnliche Tendenz zeigt sich in Deutschland: Beim CDU-Parteitag 1985 in Essen kamen auf 800 Parteitagsdelegierte 2 000 Journalisten). Bemerkenswert bei den amerikanischen Parteikonventen ist auch, daß sich wegen der abendlichen ausgewählten Berichterstattung in der besten Sendezeit der Ablauf dieser Parteikonvente ganz nach dem Fernsehen zu richten hat.

Europäischer Fernsehwahlkampf

Wenngleich die europäischen Parteien sich keine Werbezeit im Fernsehen kaufen können, sondern nur kurze Werbezeiten mit wenigen Spots kostenlos erhalten, so gilt auch für England, Frankreich und Deutschland, daß der Wahlkampf zum großen Teil im Fernsehen stattfindet. Für England wurde bemerkt, daß der Wahlkampf weitgehend eine „arm-chair-affair“ geworden ist. In Großbritannien geben die Fernsehanstalten — die staatlichen wie die privaten — den Parteien praktisch

eine Plattform für den Wahlkampf, so daß sich Wahlkampfsendungen, Berichte von Wahlkampfveranstaltungen, Studiodiskussionen, Fragestunden und ähnliches ablösen. Jede der politischen Parteien hält morgens in London eine Pressekonzferenz ab, um die jeweiligen Themen ihrer Kampagne zu akzentuieren oder neu zu bestimmen. Überspitzt kann man sagen, daß der früher traditionelle Hausbesuch des Abgeordneten heute durch den Bildschirmbesuch des Spitzenkandidaten ergänzt oder sogar ersetzt worden ist.

Der Kampf um Sendezeit im Fernsehen und die Bemühungen um gekonnte Wahlkampf-Inszenierungen im Fernsehen sind auch für den französischen Wahlkampf das Organisationsziel Nr. 1. Hier ist es Tradition, daß die französischen Fernsehkanäle den Kandidaten weitgehend das Feld überlassen und den Präsidentschaftsbewerbern schon in der Vorkampagne zahlreiche Gelegenheiten zu Auftritten in Interview- und Diskussionssendungen bieten. Nicht anders wurde auch der Winterwahlkampf 1983 in Deutschland als Fernsehwahlkampf von den Parteien angelegt und geführt. Überall ist das Fernsehen Zielpunkt der Wahlkampforganisation. Hinzu kommt die Mobilisierung der Anhängerschaft, die vor allen

Dingen in den europäischen Wahlkämpfen ein weiteres wichtiges Organisationsziel der Wahlkampforganisation ist.

Bedeutung der Wahlkampforganisation

Walter Mondale wurde nachgesagt, die beste Wahlkampforganisation aller Zeiten zu besitzen, und dennoch hat er die Wahlen hoch verloren. Es ist bisher nicht nachzuweisen, daß die Überlegenheit einer Wahlkampforganisation allein eine große Wahl in den westlichen Demokratien entschieden hat. Es ist aber auffällig, mit welcher großen Anstrengungen überall Wahlkämpfe vorbereitet und organisiert werden, weil kein Politiker es riskieren will, mit einer mangelhaften Organisation in den Wahlkampf zu gehen. Mittlerweile haben alle wichtigen Kandidaten und politischen Kräfte in den westlichen Demokratien solche Wahlkampforganisationen aufbauen können und damit weitgehend ein organisatorisches Patt erreicht. Diese effizienten Wahlkampforganisationen bildeten in den Wahlkämpfen der achtziger Jahre die Grundlage für eine politische Personalisierung und Thematisierung, die eine Repolitisierung der Wahlkämpfe nicht verhindert, sondern ermöglicht haben.

Die Repolitisierung der Wahlkämpfe — Personalisierung und Thematisierung

Nur ein Mann in Aktion ist eine Nachricht. Deshalb ist die Personalisierung der Politik so alt wie die Politik selbst: Politische Führer als Verkörperung politischer Ideale und Ziele sowie als Vertreter politischer Bewegungen und Parteien hat es zu allen Zeiten gegeben. Heute jedoch hat das Fernsehen der politischen Macht ein Gesicht gegeben. Damit wird sie belebt und humanisiert, sie hat sich personalisiert. Doch das Bild des Politikers beim Wähler ist von den Medien vermittelt, d. h., er wird vom Wähler durch einen Filter gesehen. In der Regel kennt der Wähler nur das Image, also ein vorgefaßtes Vorstellungsbild vom Politiker. Er wählt nicht den Politiker, wie er tatsächlich ist, sondern wofür er ihn hält. So entsteht die Hauptbeziehung zwischen Politiker und Wähler vor allem durch die Medien.

Die Darstellung von Politikern unterliegt dabei ohne Zweifel auch zeitlichen Moden und Grundströmungen. So standen in den siebziger Jahren die persönlichen Daten, der Lebensstil und sonstige, mehr vordergründige Elemente des Politiker-Images im Vordergrund der Darstellung und Betrachtung. Diese Personalisierung war offen-

sichtlich möglich geworden vor dem Hintergrund fast sorglos gewordener Wohlstandsgesellschaften, die sich erst am Ende der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre auf existentielle Probleme zurückbesinnen mußten und damit wieder politische Leistungserwartungen an die Kandidaten stellten.

Ohne Zweifel hat sich gegenüber den siebziger Jahren die Personalisierung der Politik repolitisiert. Die einzelnen Kandidaten müssen wieder für eine Politik oder eine Richtung stehen. Alle Wahlsieger haben in den westlichen Demokratien zu Beginn der achtziger Jahre ihre Kandidatur inhaltlich thematisiert. Als Grundthema war es sowohl bei Reagan, Mitterrand und Kohl als auch bei Frau Thatcher die politische Führung, die vom Wähler erwartet und vom Politiker versprochen und im Wahlkampf demonstriert wurde. Überall nämlich galt es, ökonomische Krisen zu überwinden. Bei Ronald Reagan kam die Größe der USA, bei François Mitterrand das Thema des demokratischen Wechsels, bei Margaret Thatcher die nationale Selbstbehauptung und bei Helmut Kohl die Bündnistreue hinzu.

Die handelnden Hauptpersonen der Wahlkämpfe hatten also wieder politische Themen. Vorbei war die Zeit der siebziger Jahre, in denen Personalisierungsstrategien ersonnen wurden und entweder der eigene Kandidat oder der Gegenkandidat zum alleinigen Thema gemacht werden konnten, wie das in Deutschland mit der Auseinandersetzung zwischen Helmut Schmidt und Franz-Josef Strauß der Fall war. Erkennbar wurde in den hier beobachteten Ländern auch, daß Wahlen in erster Linie eine Abstimmung über die Politik der Regierenden sind: So wurden Ronald Reagan, Helmut Kohl und Margret Thatcher in ihren Wahlen bestätigt, während Giscard d'Estaing abgewählt wurde.

Mit dieser Repolitisierung der Spitzenkandidaturen hat die Bedeutung von Spitzenkandidaten eher zu- als abgenommen. Insofern ist diejenige Strategie zeitgemäß, die den Kandidaten oder Spitzenpolitiker in das Zentrum einer Wahlkampagne stellt. Der Politiker sieht sich dabei im Wahlkampf vor einer doppelten Aufgabe: Er ist zugleich Hauptdarsteller und Regisseur seiner Kampagne. Als Hauptdarsteller führt er den Wahlkampf und ist selbst Inhalt der Kampagne und das wichtigste Angebot seiner Partei an die Wähler. Doch er agiert nicht nur als Wahlkämpfer auf der Bühne, auch die Strategie einer Wahlkampfführung muß er in eigener Regie beherrschen. Die politische Anlage und Planung eines Wahlkampfes und die Fähigkeit, auf neu eintretende Ereignisse im Wahlkampf zu reagieren, um sie in seine Kampagne einzuordnen, sind somit wichtige Anforderungen, die ein Politiker in einem modernen Wahlkampf erfüllen muß. Einige Beispiele aus Wahlkämpfen zu Beginn der achtziger Jahre können zeigen, wie solche Grundentscheidungen den Erfolg des Wahlkampfes bestimmt haben.

Politische Entscheidungen zur Wahlkampf- führung

Als Ronald Reagan in den Hauptwahlkampf eintrat, der in Amerika traditionell mit dem Labour-Day Ende September beginnt, mußte er eine wichtige Entscheidung über dessen Ablauf treffen. Reagan, der einen komfortablen Vorsprung (teilweise über 25%) in den Meinungsumfragen hatte, mußte entscheiden, ob er sich seinem Herausforderer Walter Mondale in Fernsehdebatten stellen wollte. Lyndon B. Johnson und Richard Nixon hatten das in ähnlicher Situation nicht getan, und viele seiner Berater rieten ebenfalls davon ab, weil solche Debatten für den Amtsinhaber nicht ohne Risiko waren und dem Herausforderer eine Chance eröffneten. Reagan hingegen entschied, zwei Debatten mit Mondale zu führen,

die im Verlauf des Hauptwahlkampfes dann auch wohl zu den beiden entscheidenden Stationen wurden. Mit sicherem politischen Instinkt hatte er sich für die Debatten entschieden, um nicht das Fairneß-Gefühl der Amerikaner zu verletzen und um die Frage zu vermeiden, ob er sich solche Diskussionen in seinem Alter nicht mehr zutraue. Wie recht er damit hatte, zeigte sich in der aus seiner Sicht mißlungenen ersten Debatte, nach der tatsächlich die Altersfrage in der Öffentlichkeit aufkam. Erst in der zweiten Debatte konnte er mit einem souveränen Auftreten und einer humorvollen Behandlung des Altersthemas („Ich mache die Jugend und Unerfahrenheit meines Gegenkandidaten nicht zum Thema“) die Zweifel an seinem Alter zerstreuen.

Die britische Premierministerin Margret Thatcher hatte die Qual der Wahl aller britischen Premierminister, denen über das Auflösungsrecht des Parlaments die Festlegung des Wahltermins obliegt. Für die Regierung in Großbritannien ist die Bestimmung des Wahltages eine strategische Größe, die bereits ausschlaggebende Bedeutung für Sieg oder Niederlage im Wahlkampf haben kann; die englische Geschichte kennt viele Beispiele für Premierminister, die auf das falsche Wahldatum gesetzt haben. So stand auch Margret Thatcher im Frühjahr 1983 zwischen den Juni- und den Oktober-Männern, wie ihre Berater genannt wurden, die für das entsprechende Wahldatum eintraten. Schließlich entschied sie sich selbst für den 9. Juni und schuf damit eine wichtige Voraussetzung für einen großen Wahlsieg. Mit gekonnter Regie hatte sie damit den Wahlkampf mit einem Blitzstart eröffnet, während sich die Opposition stärker auf einen Wahltermin im Herbst vorbereitet hatte. Hier zeigt sich, wie Wahlkampf führen auch politisches Entscheidungshandeln ist.

Ähnlich Helmut Kohl in Deutschland. Auch er konnte einen Wahlkampf erfolgreich führen, weil er zuvor die politischen Weichen richtig gestellt hatte. In nur zwei Wochen — zwischen dem 17. September 1982, als die Regierung Schmidt zerbrach, und dem 1. Oktober, dem Tag seiner Wahl zum Bundeskanzler — entwickelte er einen politischen Fahrplan, der die Grundlage für den späteren Wahlerfolg bildete. In der schwierigen politischen Situation der damaligen Septembertage 1982 war nur klar, daß es Neuwahlen geben würde. Über den Zeitpunkt, den politischen Inhalt, über die Koalitionsvorstellungen, ja selbst über die verfassungsrechtliche Einleitung von Neuwahlen herrschte eine erbitterte politische Auseinandersetzung. Hinzu kam als besonders harte Bewährungsprobe, daß die hessischen Landtagswahlen von der CDU nicht — wie er-

wartet — gewonnen, sondern verloren wurden. In unzähligen Sitzungen — im CDU-Präsidium und -Bundesvorstand, im Fraktionsvorstand und in der Fraktion, in Verhandlungen mit der CSU und dem künftigen Koalitionspartner FDP — setzte Helmut Kohl seine Strategie als Antwort auf die damalige Situation durch. Sein Konzept war ein Dreierschritt: zunächst eine Regierungsbildung durch die Union, dann das Regierungsprogramm sowie die Haushaltsverabschiedung und schließlich Neuwahlen. Diese Strategie hat der Union zusammen mit der FDP den Wahlsieg ermöglicht. Der Politiker hatte dem Wahlkämpfer Kohl den Weg geebnet.

Auch François Mitterrand sah sich zu Beginn seines erfolgreichen Wahlkampfes um die französische Präsidentschaft vor eine grundlegende Entscheidung gestellt. Es war dies die Frage, ob er der Kandidat seiner sozialistischen Partei sein sollte, denn vor ihm hatte Michel Rocard bereits am 19. Oktober 1980 seine Bewerbung um die Präsidentschaftskandidatur der sozialistischen Partei erklärt. Erst nach einigen Wochen innerparteilicher Auseinandersetzung und der Erklärung, er selbst stehe für eine Kandidatur bereit, konnte Mitterrand sich schließlich durchsetzen und Rocard zur Aufgabe zwingen. Auch hier stand am Anfang der Kandidatur eine energische politische Entscheidung.

Diese Beispiele zeigen, daß Wahlkampfführung „Politik machen“ heißt und daß die Personalisierung der Politik nicht das Werk von anonymen Imagemachern ist, sondern daß es politische Entscheidungen gibt, wo die Expertise der Berater aufhört und die persönliche Verantwortung des Kandidaten beginnt. Wie Wahlkampf in einer Mischung aus Politik, Stimmungen und Images gemacht wird, dafür sind die Wahlkämpfe von Ronald Reagan 1984 und François Mitterrand 1981 exemplarisch.

Reagans Wahlkampf

Reagans Wahlkampf wird zukünftig wohl überall in der Welt die Ideen und Planungen der Wahlkampfmanager beherrschen. Angefangen vom persönlichen Stil des Präsidenten, der seine Botschaft vor allem über das Fernsehen erklärte, bis hin zur politischen Strategie, dem Wähler nicht nur die vollbrachten Leistungen zu zeigen, sondern ihn auch Stolz über die eigene Nation empfinden zu lassen, war die republikanische Präsidentschaftskampagne ein Wahlkampfkonzept aus einem Guß. Man muß dabei bedenken, daß es sich hierbei keineswegs um eine selbstverständliche politische Entwicklung handelte, hatte man doch die Republikaner nach dem Verlust

der Präsidentschaftswahlen 1976 in der öffentlichen Diskussion Amerikas bereits totgesagt. Und als Reagan 1982 in der Halbzeit seiner ersten Präsidentschaftsperiode niedrigste Werte bekam, wurden ihm kaum Chancen für die Wiederwahl eingeräumt. Das Durchhalten eines konsequenten politischen Kurses hat ihm und den Republikanern schließlich die Wahlkampfstrategie für 1984 ermöglicht. Der politische Slogan hieß: „America is back again“ (Amerika ist wieder da), der persönliche Slogan „Leadership that's working“ (Führung, die es schafft).

An Reagans Wahlkampf wurde deutlich, daß es in den modernen Wahlkämpfen die politischen Gesamtbotschaften sind, die Wähler mobilisieren. Bei Reagan war es eine positive optimistische Botschaft: die Hoffnung auf die Zukunft, die er, auf seine politischen Leistungen aufbauend, glaubhaft präsentieren konnte. Früher einmal Filmschauspieler, ist Ronald Reagan wohl der Kandidat mit den größten Fähigkeiten zur Selbstdarstellung in einer politischen Kampagne. Zu Recht spricht man in den Vereinigten Staaten, auf Reagan bezogen, von dem „great communicator“. Dabei wird oft übersehen, daß dieser sich nicht allein auf die fernsehgerechte politische Darstellung beschränkte, sondern daß seine Politik den Wählern eine politische Richtungsentscheidung abverlangte. Seine Wiederwahl wurde zum Plebiszit über die Politik der ersten Amtsperiode. Die Amerikaner haben bestätigt, daß sie diese Politik fortgesetzt sehen wollten.

Reagans Wahlkampf und seiner Politik liegt ein wesentliches sozialpsychologisches Element zugrunde: Es ist der Optimismus eines Präsidenten, der an die Zukunft seines Landes glaubt und der nicht schlechtere, sondern bessere Zeiten kommen sieht. Allerdings hatte Reagan den Wählern auch bereits konkrete Ergebnisse seiner Politik zu bieten, vor allem einen wirtschaftlichen Aufschwung und Frieden für eine Nation, die so oft in weltpolitische Zusammenhänge verstrickt war. Diese Situation hat Peter Hart, der Meinungsforscher Mondales, auf typisch amerikanische Weise zusammengefaßt. Nach Harts Ansicht hat sein Kandidat Mondale gegen vier P's von Ronald Reagan verloren: *Personality, Prosperity, Peace and Pride*, also gegen die Persönlichkeit, gegen Wohlstand, Frieden und Stolz.

Mondales Fehler

Erst im Kontrast zu fünf wesentlichen Fehlern, die Walter Mondale gemacht hat, wird die Wahlkampfführung Reagans in ihrer Überlegenheit deutlich:

1. Mondale ist es nicht gelungen, seine persönliche Ausstrahlung im Laufe des Wahlkampfes zu verbessern. 50% der Wähler blieben ihm gegenüber negativ gesonnen.

2. Zur Bekämpfung des riesigen Defizits im amerikanischen Budget hat er Steuererhöhungen vorgeschlagen — und damit das wohl unpopulärste Thema gewählt, das man den Wählern anbieten kann.

3. In seinem Engagement für die Armen und die Zurückgebliebenen im Lebenskampf hat er ergreifende und wohl auch jeden Beobachter anrührende, sympathische Worte gefunden, dabei aber den Appell an die arbeitende Mittelklasse vergessen, d. h. an diejenigen, die diszipliniert und mit großem persönlichen Einsatz ihren Lebensunterhalt verdienen. Unterschwellig wurde es — wie amerikanische Beobachter sagen — eine Kampagne für die „life-losers“, die Verlierer des Lebens, während doch die Masse in den Vereinigten Staaten davon überzeugt ist, die gebotenen Chancen ergreifen und den Schwierigkeiten des täglichen Lebens ein „Dennoch“ entgegenzusetzen zu können. Mondale hat es damit als Vertreter der demokratischen Partei versäumt, das klassische Bündnis mit den amerikanischen Arbeitern herzustellen.

4. Mondales Wahlkampf wurde schließlich zu einer einzigen Kritik an einem alles in allem erfolgreichen Präsidenten. Diese Kritik schlug auf ihn selbst zurück. Wieder einmal hat sich gezeigt, daß ein Angriffswahlkampf nur von demjenigen geführt werden kann, der seine eigene Glaubwürdigkeit und Leistungsfähigkeit bereits unter Beweis gestellt hat.

5. Der wohl größte Mangel des demokratischen Präsidentschaftskandidaten war jedoch das Fehlen einer politischen Gesamtbotschaft. Sein Wahlkampf zerfiel in viele Einzelpunkte, konnte aber mit der optimistischen Aussage Reagans, die den Amerikanern Hoffnung auf weitere gute Jahre machte, nicht konkurrieren.

Mitterrands Wahlkampf

Aus einer ganz anderen Position mußte François Mitterrand seinen Wahlkampf führen. Er hatte sieben Jahre vorher gegen Giscard d'Estaing verloren, lag in den Umfragen klar hinter diesem und galt als weniger populär als der andere mögliche Kandidat der sozialistischen Partei, Rocard. Mitterrand mußte in seiner Präsidentschaftskampagne 1981 daher vor allem zwei Dinge neu aufbauen: sein Image und seine Botschaft.

Zusammen mit seinem Werbeberater Jacques Séguéla entwickelte Mitterrands Wahlkampfteam

das Konzept eines ruhigen, neuen, selbstbewußten Mitterrand, der mit einer neuen Politik die Fehler und Schwächen des Amtsinhabers Giscard d'Estaing überwinden wollte. Mit einer großen Anzeigenkampagne in Illustrierten und Magazinen wurde auf Doppelseiten von berühmten Persönlichkeiten über den „neuen“ François Mitterrand gesprochen. Es war eine Kampagne, die weniger den Wählern als zunächst den Meinungsführern und Journalisten galt. Der längst von allen als alter Bekannter angesehene Politiker Mitterrand wurde neu und interessant dargestellt. Vorgestellt wurde nicht der alte erfahrene Politiker Mitterrand, sondern der Literat, der Naturliebhaber, der Mann mit breit gefächerten kulturellen Interessen. Auch äußere Image-Veränderungen wurden vorgenommen: Der Cord-Anzug wurde mit dem staatsmännischen dunklen Anzug vertauscht.

Darüber hinaus wurden die politischen Interessen des Kandidaten neu akzentuiert. Daß Mitterrand kein Wirtschaftsfachmann war, war allgemein bekannt. In einem ersten Plakat wurde er daher umgeben von Wirtschaftsfachleuten gezeigt. Während dieses Plakat eher als mißlungen bezeichnet werden kann und noch wenig Widerhall in der Öffentlichkeit fand, prägte das darauf folgende Plakat mit dem Slogan „La force tranquille“ (Die ruhige Kraft) Mitterrands Kampagne. Mitterrand wurde darauf gezeigt vor einer idyllischen französischen Dorflandschaft unter einem tiefblauen Nachthimmel, der langsam in die Farben eines Sonnenaufgangs übergeht, praktisch eine Blau-Weiß-Rot-Version von Landschaft, und der Blick des Kandidaten war in die Ferne gerichtet. Dazu wurden von Wahlkampfhelfern der Sozialistischen Partei zwei Programmplakate mit den Slogans „D'abord l'Emploi“ (Zuerst Arbeit) und „Vivre autrement“ (Anders leben) geklebt. Diese drei Slogans symbolisierten treffend François Mitterrand und seine Politik.

Auch der Kampagne-Stil Mitterrands hob sich erheblich von dem seiner Gegner ab. Während die Hauptkandidaten der anderen Parteien im ersten Wahlgang von Großveranstaltung zu Großveranstaltung durch Frankreich hetzten, konzentrierte sich Mitterrand auf wenige, oft kleine Auftritte, bei denen er aber seine Politik entscheidend thematisierte. Diesen Stil hielt er auch in der Stichwahl gegen Giscard d'Estaing durch. Während beispielsweise Giscard d'Estaing eine riesige Jugendveranstaltung mit etwa 100 000 Anhängern in Paris abhielt, sprach Mitterrand mit ausgewählten Jugendlichen über ihre Probleme. Wie schon in der gesamten Kampagne konzentrierte sich Mitterrand auch jetzt auf Konferen-



zen, um politische Probleme zu verdeutlichen, während sein Kontrahent in großen Wahlreden überall im Land auftrat. Selbstverständlich hielt auch Mitterrand einige Großveranstaltungen ab, etwa am 1. Mai, aber im wesentlichen vermittelte er von sich das Bild eines ruhigen, selbstgewissen Kandidaten, der nicht den üblichen Wahlrummel mitmachen wollte.

Ebenso überraschend war sein Auftreten in der Fernsehdebatte am 5. Mai, die fünf Tage vor der Wahl von allen Rundfunk- und Fernsehanstalten live übertragen wurde. Während Giscard d'Estaing vor den Gefahren eines sozialistischen Präsidenten warnte, trat Mitterrand präsidentiell auf und entwickelte seine Politik. Der amtierende Präsident war zum Herausforderer, der Oppositionskandidat zum Titelverteidiger geworden. Mitterrand hatte sich mit seiner psychologischen Botschaft der „Force tranquille“ durchgesetzt. Giscard's Botschaften „Il faut un Président à la France“ (Frankreich braucht einen Präsidenten) und „Je me bats pour la France“ (Ich schlage mich für Frankreich) waren Mitterrands beharrlicher, ruhiger Selbstdarstellung ebensowenig gewachsen wie seine schärfer werdenden Angriffe auf den Sozialisten. Mitterrands Wahlkampfstil hatte die Hoffnungen und Gefühle der Wähler auf seine Seite gezogen.

Hoffnungswahlkampf

Die Lehre aus den beschriebenen Wahlkämpfen der achtziger Jahre könnte darin bestehen, daß sich in westlichen Demokratien, wo erfahrungsgemäß die Stimmungen der Wähler schwanken und schnell umschlagen können, Hoffnungswahlkämpfe gegen Angstwahlkämpfe durchsetzen. Das war bei Reagan gegen Mondale ebenso wie bei Mitterrand gegen Giscard d'Estaing, aber auch in England bei Margret Thatcher gegen Michael Foot und in Deutschland bei Helmut Kohl gegen Hans-Jochen Vogel der Fall. Offensichtlich suchen die Wähler gerade in wirtschafts- und sozialpolitisch schwierigen Zeiten nach positiven Ansätzen für eine bessere Zukunft und wählen den Kandidaten und die Partei, die Hoffnungen auf bessere Zeiten erweckt. Der Hoffnungswahlkampf besiegte den Angstwahlkampf. Ist der Hoffnungswahlkampf damit die Antwort auf die Stimmungsdemokratie?

Es ist allerdings problematisch, Wahlentscheidungen mit einem oder wenigen Faktoren zu erklären. Hieß es noch in den siebziger Jahren „You cannot beat the boom“, d. h. Regierungen mit Wirtschaftserfolgen sind unschlagbar, so wurden die Wahlen der achtziger Jahre ausnahmslos von wirtschaftlichen und sozialen Kri-

senerscheinungen begleitet. Herausragend war überall das Thema „Arbeitslosigkeit“: in den Vereinigten Staaten stärker im 1980er als im 1984er Wahlkampf, ganz besonders aber in den europäischen Wahlkämpfen in England, Frankreich und Deutschland. Mit diesem Thema wurden die Wahlkämpfer überall zur Thematisierung ihrer Kampagnen gezwungen. Und überall standen die Wähler vor klaren politischen Alternativen.

Arbeitslosigkeit als Wahlkampfthema

Besonders weit auseinander gingen die Konzepte in Großbritannien. Die Labour-Partei unter Michael Foot bot ein kreditfinanziertes staatliches Expansionsprogramm in einem Umfang von rund 40 Milliarden DM an, das den Briten wieder Arbeit geben sollte. Gleichzeitig prangerte Labour in seiner Wahlkampagne die 3,2 Millionen Arbeitslosen als Ergebnis einer verfehlten Politik der Regierung Thatcher an. Da sich die Zahl der Arbeitslosen in ihrer Regierungszeit verdoppelt hatte, wurde in den Angriffen der Labour-Partei von den „Arbeitslosen der Frau Thatcher“ gesprochen.

Die Konservative Partei antwortete ihrerseits nicht mit Versprechungen zur schnellen Beseitigung der Arbeitslosigkeit, obwohl sie erkannt hatte, daß dieses Thema für die Wiederwahl von Frau Thatcher eine große Gefahr bedeutete. Das Thema wurde von den Konservativen auf zweierlei Weise behandelt. Zunächst wurde dem Wähler erklärt, daß Arbeitslosigkeit in allen industriellen Ländern herrsche und keineswegs ein rein britisches Phänomen sei. Arbeitslosigkeit wurde als ein Problem dargestellt, das nur durch langfristige, realistische Politik beseitigt werden könne. Dementsprechend wurden die Konzepte von Labour als verfehlt kritisiert, weil sie eine schnelle Abhilfe für ein langfristiges Problem versprochen. Als besonders wirkungsvoll erwies sich das konservative Argument, daß die Arbeitslosigkeit in Großbritannien unter allen Labour-Regierungen der Nachkriegszeit gestiegen war. Die Konservativen machten in ihrer Wahlkampagne daraus ein „Naturgesetz“; es wurde zum Kernpunkt der Zurückweisung der Labour-Angriffe.

Offensiv gestaltete sich die Argumentation der Konservativen auf dem zweiten eingeschlagenen Weg. Es wurde darauf verwiesen, daß Wirtschaft und Gesellschaft in Großbritannien auf einem langen und grundlegenden Weg zur Reform seien. Ziele mit Langzeitcharakter könnten nur von einer starken politischen Führung, wie sie Frau Thatcher verkörpert, in der Zukunft erfolgreich verwirklicht werden. Diesen erfolgreichen Weg

dürfe man jetzt nicht unterbrechen. Der Slogan der Konservativen lautete deshalb: „Britain is on the right track, don't turn back“.

Für Labour wurde es schwer, dieser Kampagne entgegenzutreten, zumal Labour den Fehler machte, viele andere Themen in der Kampagne aufzugreifen, die zweifellos nicht sehr vorteilhaft für sie waren, etwa den Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft und Verstaatlichungen. Selbst die von den Briten gutgeheißene Falkland-Politik von Margret Thatcher wurde kritisiert. Damit hatte Labour den Faden verloren und steuerte in eine hohe Wahlniederlage.

Anders dagegen François Mitterrand, der aus der Opposition heraus sein Thema offensiv einsetzen konnte. Für Frankreich war es eine der seltenen Wahlkampagnen ohne intensiven ideenpolitischen Wettbewerb, ohne ideologische Ausschweifungen, aber auch ohne die für Frankreich typische Diskussion über die Rolle des Landes in der Welt und die Autorität seines Staates. Alle diese Themen blieben Randerscheinungen vor der einen großen Fragestellung, ob die wirtschaftspolitische Bilanz von Giscard d'Estaing seine Wiederwahl rechtfertigen würde. Ohne Zweifel waren große Teile der Wähler auf der Suche nach einem Präsidenten, der die Arbeitslosigkeit bekämpfen und die Wirtschaft ankurbeln konnte, betrug doch zu diesem Zeitpunkt die Zahl der Arbeitslosen immerhin 1,7 Millionen und die Inflationsrate rund 14 %.

In der Diskussion standen sich zwei Pläne gegenüber: der „Plan Giscard“ und der „Plan Mitterrand“. Da in der öffentlichen Diskussion, wie viele Meinungsumfragen zeigten, Arbeitslosigkeit das Thema Nr. 1 war, machte Giscard in seinem Plan mehrere Versprechungen: Er versprach, bis 1985 eine Million neue Arbeitsplätze zu schaffen und allen Jugendlichen bevorzugt Arbeit zu geben. Um seinen Bemühungen Nachdruck zu verleihen, überraschte er die Öffentlichkeit mit dem Plan einer französisch-deutschen Anleihe von insgesamt 30 Mrd. Franc bei erdölexportierenden Ländern. Darüber hinaus versuchte auch er darzutun, daß es gegen die Arbeitslosigkeit kein schnell wirksames Rezept gebe, da ein solches sonst in anderen westlichen Industrieländern längst angewendet worden wäre.

Der Plan Mitterrands — exklusiv im L'Express am 11. April 1981 veröffentlicht — war ein umfangreiches sozialistisches Wirtschafts- und Sozialprogramm. Unter anderem wurde gefordert: die Erhöhung der niedrigen Einkommen, die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, private und staatliche Investitionsprogramme, Schaffung von zusätzlichen Ar-

beitsplätzen im öffentlichen Sektor, Verstaatlichungen und Steuermaßnahmen.

Auch in Frankreich gab es somit zum Thema „Arbeitslosigkeit“ klare Alternativen. Der Präsident wie sein Herausforderer hatten das Thema „Vollbeschäftigung“ bewußt zum Hauptthema ihrer Kampagne gemacht, beide, indem sie konkrete, tiefgreifende Maßnahmen versprachen. In dieser Diskussion war Giscard d'Estaing im Nachteil, weil er bereits sieben Jahre zuvor bei seinem Amtsantritt versprochen hatte, die Sicherheit der Arbeitsplätze zu garantieren und die Inflation erfolgreich zu bekämpfen. Beides war ihm jedoch nicht gelungen. Ohne Zweifel zeigt sich bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich 1981, daß diese nicht nur eine Wahl des Herausforderers, sondern auch eine Abstimmung gegen den amtierenden Präsidenten war.

Schließlich ist auch die Bundestagswahl 1983 ein Beispiel dafür, wie sehr das Thema „Arbeitslosigkeit“ in den Mittelpunkt einer Auseinandersetzung rückte, die der einen Partei eine konzeptionelle Selbstdarstellung ermöglichte, der anderen hingegen die Verantwortung für wirtschaftliche Mißerfolge zuwies. Für die Wahlkämpfe zu Beginn der achtziger Jahre kann allgemein festgestellt werden, daß deren gemeinsames Kennzeichen darin bestand, daß über das Thema „Arbeitslosigkeit“ in allen westlichen Demokratien wirtschaftliche und soziale Fragen in den Wahlkämpfen thematisiert und mit politischen Richtungsentscheidungen der Wähler beantwortet wurden. Auch das ist ein Beispiel für die Repolitisierung der Wahlkämpfe in den achtziger Jahren.

Auswahlbibliographie

- Jamieson, Kathleen Hall, *Packaging the Presidency*, New York-Oxford 1984.
- Kaltefleiter, Werner, Eine kritische Wahl. Anmerkungen zur Bundestagswahl 1983; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 14/83.
- Linski, Martin, *Television and the Presidential Elections*, Lexington 1983.
- Lösche, Peter, Präsidentschaftswahl in den USA: Konservative Wende?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, (1985) 2.
- Radunski, Peter, Der Bundestagswahlkampf der CDU 1983, in: *CIVIS*, (1983) 4.
- Radunski, Peter, Wahlkampfstrategien '80 in den USA und der Bundesrepublik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 18/81.
- Radunski, Peter, *Wahlkämpfe — Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation*, München—Wien 1980.
- Reif, Karlheinz, Keine Angst, Marianne! Die französische Präsidentschaftswahl 1981, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29—30/81.
- Sabato, Larry J., *The Rise of Political Consultants*, New York 1981.
- Schulz, Winfried/Schönbach, Klaus, *Massenmedien und Wahlen*, München 1983.
- Séguéla, Jacques, *Hollywood lave plus blanc*, Paris 1982.
- Wolf, Werner, *Der Wahlkampf. Theorie und Praxis*, Köln 1980.
- Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Mitterrands Siege — Voraussetzungen und Folgen, (1983) 2.

Thomas Schmid: Zwischen oder auf den Tankern? Der schwierige Weg der GRÜNEN in die Reformpolitik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/86, S. 3—15

Vor zwei Jahren noch überaus erfolgreich, laufen DIE GRÜNEN heute Gefahr, aus der politischen Landschaft der Bundesrepublik zu verschwinden. Dies liegt darin begründet, daß sie auf eine veränderte gesellschaftliche und politische Situation weiterhin mit traditionellen Antworten reagieren.

Mit den GRÜNEN ist ein über dreißigjähriger Protest in der Bundesrepublik sozusagen ‚politikfähig‘ geworden: Er ist nicht mehr Bittsteller, sondern potentiell gleichberechtigter Teil des politischen Systems. Das aber würde den Übergang von der Anklage- und Protestpartei, die nicht unwesentlich von der drohenden Apokalypse lebt, zur Reformpartei erfordern. Bis heute tun sich DIE GRÜNEN schwer mit diesem Schritt. Noch immer sind sie in die Debatte um ‚Reform oder Revolution?‘ und mithin ins 19. Jahrhundert und ins sozialdemokratische Paradigma verstrickt.

Die aktive Mitgliedschaft der GRÜNEN besteht zu einem beträchtlichen Teil aus ‚Abkömmlingen‘ (Max Weber): Damit bildet die Partei die Realität der Gesellschaft nur sehr verzerrt ab. Basisdemokratie funktioniert nicht selten ganz anders als ursprünglich geplant: Sie macht die Partei nicht nach unten, zur Gesellschaft hin durchlässig, sondern arbeitet als Gremiendemokratie, die nach außen hin abgeschottet ist.

DIE GRÜNEN sind dennoch die Partei des Wertewandels, der ein widersprüchliches Ganzes darstellt: Alte Werte mischen sich mit neuen. Sie neigen in diesem Konflikt derzeit allerdings eher dazu, die alten Werte zu favorisieren. So finden sie sich in der Regel am linken Rand der SPD wieder — Reformpolitiker *und* Fundamentalisten. Einiges spricht indessen für die These, daß DIE GRÜNEN in Zukunft nur dann eine Chance haben, wenn sie vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts ausgehen und eine Politik der Entstaatlichung entwerfen: Es wäre dies das listige Manövrieren zwischen den Tankern.

Helmut Fogt: Die Mandatsträger der GRÜNEN. Zur sozialen und politischen Herkunft der alternativen Parteilite

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/86, S. 16—33

Die Analyse der Parlamentsabgeordneten und Vorstandsmitglieder, die DIE GRÜNEN seit 1979 aufgeboten haben, belegt die altersmäßige Dominanz der APO- und Nach-APO-Generation unter dem Führungspersonal der Partei. Die Parteilite besteht zum überwiegenden Teil aus Akademikern, mit einem besonders hohen Anteil von Lehrern und Sozialwissenschaftlern. Daneben sind bei den GRÜNEN — ein Novum — erstmals zahlreiche Personen in politische Spitzenpositionen gelangt, die als berufliche Problemfälle anzusehen sind, etwa „Jobber“ und Arbeitslose.

Über die Hälfte der Mandatsträger der GRÜNEN war politisch bereits anderweitig organisiert, 35 % von ihnen waren Mitglieder in einer linksradikalen oder linksextremen Partei oder Organisation. Besonders den K-Gruppen gelang es, in erheblichem und oft unterschätztem Maße bei den GRÜNEN Fuß zu fassen und zwischenzeitlich ihren personellen Einfluß noch weiter auszubauen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bedeutet die Mitarbeit früherer Linksradikaler bei den GRÜNEN keineswegs, daß diese Gruppe ihre bisherige Ideologie und politische Strategie entscheidend modifiziert hätte.

Zwei Drittel der GRÜNEN sind in verschiedenen anderen politischen Bewegungen der jüngsten Zeit verankert, so u. a. in der Friedensbewegung, der Dritte-Welt-Bewegung, der Bürgerrechts- und Frauenbewegung. Dagegen wird die Einbindung der GRÜNEN in der Ökologiebewegung den selbstgesetzten Ansprüchen kaum gerecht. Insgesamt betrachtet fehlen der Parteilite der GRÜNEN die Voraussetzungen für eine wirkungsvolle politisch-parlamentarische Professionalisierung. Fachkompetenz, wie sie der parlamentarische Betrieb verlangt, ist häufig nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Statt dessen zeichnet sich eine weitere politisch-ideologische Radikalisierung unter den Abgeordneten und Vorstandsmitgliedern der GRÜNEN ab. Die Überlebenschancen der Partei werden durch diese Entwicklung voraussichtlich gemindert.

**Peter Radunski: Wahlkampf in den achtziger Jahren. Repolitisierung der Wahlkampf-
führung und neue Techniken in den Wahlkämpfen der westlichen Demokratien**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/86, S. 34—45

1. Zwei neue Tendenzen kennzeichnen die Wahlkämpfe in den achtziger Jahren: die Repolitisierung und der Einsatz neuer Techniken. Die ökonomische und gesellschaftliche Veränderung der Industriegesellschaft zur nachindustriellen Informationsgesellschaft bewirkt nicht nur eine politische Thematisierung der Wahlkämpfe, sie bringt mit diesem Wandel auch eine Reihe von neuen Techniken der Wahlkampf-*führung*, die in den neuen Informationstechnologien angelegt sind. Die Wahlkampf-*führung* der kommenden Jahre wird sich nicht radikal verändern, aber allmählich werden eine Reihe neuer Methoden hinzukommen: neue Techniken, die den Wähler über das Telefon, mit dem Brief, über Video, Kabelfernsehen, Bildschirmtext — kurz: über die Neuen Medien — zu erreichen versuchen. Wahrscheinlich werden sich diese neuen Methoden der Wahlkampf-*führung* ganz in den Dienst der neuen inhaltlichen Politisierung der Wahlkämpfe stellen müssen. Zu erwarten ist, daß mit Personalisierungs- und Thematisierungsstrategien in den kommenden Wahlkämpfen die politischen, ökonomischen und sozialen Fragen, die der Wähler als existentiell empfindet, angesprochen und zur Entscheidung gestellt werden.

2. Der Wahlkampf in den achtziger Jahren muß politisch-inhaltlich, fernsehgerecht und zielgruppenorientiert organisiert werden. Der Aufbau großer Wahlkampforganisationen ist eine auffällige Erscheinung in den Wahlkämpfen der westlichen Demokratien. Wähleransprache über Massenmedien, mobilisierende Organisationen und neue Techniken — das sind die drei wichtigen Wege zum Wähler in den Wahlkämpfen der achtziger Jahre.

3. In den achtziger Jahren hat es keinen Wahlkampf mehr gegeben, der nicht als Fernsehwahlkampf geplant und umgesetzt worden ist.

4. Hieß es noch in den siebziger Jahren „You cannot beat the boom“, d. h. Regierungen mit Wirtschaftserfolgen sind unschlagbar, so wurden die Wahlen der achtziger Jahre ausnahmslos von wirtschaftlichen und sozialen Krisenerscheinungen begleitet. Herausragend war überall das Thema „Arbeitslosigkeit“: in Amerika stärker in dem 1980er als in dem 1984er Wahlkampf, aber ganz besonders in den europäischen Wahlkämpfen in England, Frankreich und Deutschland. Mit diesem Thema wurden überall die Wahlkämpfer zur Thematisierung ihrer Kampagnen gezwungen, und überall standen die Wähler vor klaren politischen Alternativen.